# VERSORGERIN

stadtwerkstatt linz

*2 Euro / 2 Giblinge* *# 0117*

änderungen geschehen schleichend. änDerungen geschE-hen schlEichend. änDerUngen geschEhen schlEichEnd. ÄnDerUngen geschEhEn schlEichEnd. AenDerUngen geschEhEn schlEichEnd. AenDerUngen geSchEhEn schlEichEnd. AenDerUngen geSchEhEn SchlEichEnd. AenDerUngen geSchEhEN SchlEichENd. AeNDerUngen geSchEhEN SchlEichENd. ANDerUngen geSChEhEN SchlEichENd. ANDerUngen geSChEHEN SchlEichENd. ANDerUngen geSCHEHEN SchLEichENd. ANDerUn-gen SCHEHEN SchLEichENd. ANDUerngen SHEHEN SchLEichENd. ANDUerngen SEHEN ShLEichENd. AN-DUerngen SEHEN ShLEichENd. ANDUerNgen SEH-EN ShLEichENd. ANDUerNen SEHEN ShLEichENd. ANDUerNen SEHEN ShLEichENd. ANDUerNen SEH-EN ShLEichEN. ANDUErNen SEHEN ShLEichEN. AN-DUERNen SEHEN ShLEichEN. ANDAUERNen STE-HEN ShLEichEN. ANDAUERNe STEHEN ShLEichEN. ANDAUERNe STEHEN ShLEIchEN. ANDAUERNe TSTEHEN ShLEIcHEN. ANDAUERN ETSTEHEN Sh-LEIcHEN. ANDAUERN ENTSTEHEN ShLEICHEN. ANDAUERN ENTSTEHEN SLEICHEN. ANDAUERND ENTSTEHEN SLEICHEN.

ANDAUERND ENTSTEHEN LEICHEN.

märz 2018

versorgerin Nr. / 117 / MÄRZ 2018 / österreichische Post AG / MZ 15Z040481 M, **VORTEILSTARIF,** Stadtwerkstatt, Kirchengasse 4, 4040 Linz

# editorial

Was soll das? Wir werden jeder Brieftaube den Bürzel rupfen, die die infamen Behauptungen des *Erwin Riess* transportiert und jeden Briefträger durch Drohnen ersetzen, der *Tina Füchslbauers* Vernaderung DEUTSCHER MÄDEL ausliefert. Da loben wir die Vorarbeit des oberösterreichischen Frauenreferats, auch wenn Miesmacherinnen wie *Melanie Letschnig* daran herummäkeln. Dieser *Stephan Grigat*, der nicht in das Lob der Arbeit (das uns leider mit dem sozialistischen Feind verbindet) einstimmt, wird so schnell nicht wieder essen. Ein Verräter wie dieser Türke wiederum, der sich als Deutscher ausgibt, nur um unter dem Deckmantel der »Pressefreiheit« das Volk zu zersetzen, sollte ewig im Kerker schmoren und nicht von dieser *Paulette Gensler* auch noch willkommen geheißen werden. Nur gut, dass Gemeinschaftsempfänger heute in beide Richtungen funktionieren – das wird sich als nützlich erweisen und auch eine *Svenna Triebler* hat das zu akzeptieren. Wenn Links-Linke Links-Linke kritisieren, ist das für uns zwar ein innerer Reichsparteitag, dass *Jakob Hayner* aber die Identitätspolitik angreift, kann nicht in unserem Sinne sein – dafür war und ist sie uns zu nützlich. Ähnliches gilt für den Text von *Felix Riedel*: Kritik am Antirassismus läuft bei uns nur dann offene Türen ein, wenn sie sich nicht auf eine bestimmte Form beschränkt – gegen Sozialexperimente, bei denen Leute herumkommandiert werden, haben wir nichts. Der Beitrag von *Gerhard Scheit* über die Freiheit im Subjekt läuft unseren Zwecken völlig zuwider und jemand wie *Magnus Klaue*, der Sprache nicht als Instrument, sondern als Reflexionsform begreift, ist uns von vorneherein suspekt. Kulturell liegt vieles im Argen: Libertinage sollte der Parteispitze vorbehalten sein, aber nicht von einer FRAU in Buchform abgehandelt werden. Dieses Machwerk dann sogar zu besprechen – wie es *Marcel Matthies* tut – ist der Gipfel der Perversion. Nicht einmal die Tonkunst bietet da noch Zuflucht, wenn es sich um solch artfremden Geräusche handelt, die *Berthold Seliger* propagiert, weil sie aufwühlen und nicht die deutsche Seele ergötzen. Da will uns offensichtlich ein Haufen Kritikaster verhöhnen (mit Satire kennen wir uns aus) – wartet aber, wer zuletzt lacht:

Gewalt schlägt Denken und ein Knieschuss ist die höchste Form von Wahrheitsbeweis: Wer schreit UND blutet, hat DOPPELT unrecht.

Kurz gesagt: So wie überall in der Republik sind wir mit dem Kärcher ausgerückt und haben auch in dieser Redaktion mal kräftig durchgewaschen.

Für die neue Schriftleitung:
Fickel, Furz und Strafe



servus.at – Think Tank & Kultur-Datenzentrum in der Stadtwerkstatt

# AMRO 2018 – Unmapping infrastructures

AMRO - Art Meets Radical Openness, das Festival für Kunst, Hacktivismus und Open Cultures seit 2008 von servus.at in Kooperation mit der Kunstuniversität Linz organisiert, wird dieses Jahr von 16. bis 19. Mai im afo - architekturforum Oberösterreich, der Kunstuniversität Linz und der Stadtwerkstatt stattfinden.

Wie der informierten Leser*In bekannt sein dürfte, werden die Budgets für Vereine und Initiativen der freien Kulturszene von der städtischen bis zur nationalen Ebene drastisch reduziert. Selbst bei der Vergabe von finanzieller Unterstützung ist der Zeitpunkt der endgültigen Bestätigung der verfügbaren Mittel um viele Monate verspätet. Viele Vereine der freien Kulturszene wie servus.at sind dazu gezwungen, mit Ungewissheit das Jahresprogramm zu planen und umzusetzen.

Das ist unglaublich für eine Stadt, die vor nicht einmal zehn Jahren Kulturhauptstadt Europas war und gerade zur UNESCO City of Media Arts ernannt wurde. Trotz dieses schwierigen finanziellen Klimas entschied sich servus.at, die Planung der nächsten Ausgabe des AMRO-Festivals fortzusetzen.



servus.at Research Lab 2017 - Hic Svnt Dracones, Dèrive Updated (Detail).

Das Thema des diesjährigen Festivals basiert auf dem 2017 durchgeführten Forschungslabor, das sich mit den Themen digitale Kartographie, künstliche Intelligenz und Online-Chatbots beschäftigte (*http://research.radical-openness.org/*). Mit der Gestaltung des Festivals verband das Team von servus.at die Forschung mit der Absicht, die technologische Infrastruktur kartographisch zu überdenken[1]. *Silences* und *blank spaces*[2] werden dadurch hervorgehoben und als Orte bewertet, wo Künstler*Innen, Designer*Innen und Aktivist*Innen Raum für Reflexionen und kritische Interventionen finden können.

Kartographie ist eine grundlegende menschliche Tätigkeit, die darin besteht, die physische Landschaft zu beobachten, zu analysieren, zu verstehen und darzustellen, um diese räumlich basierten Informationen auf andere Menschen zu übertragen. Mit der Geburt und der Verbreitung des Internets und der digitalen Technologien hat sich die kartographische Praxis radikal verändert, wie der Künstler Trevor Paglen sagt: »In unserer Zeit vollzieht sich eine neue kartographische Renaissance«[3]. Die Erneuerungen durch die ständige Entwicklung von Werkzeugen und Technologien gehen einher mit der Veränderung der Erdoberfläche selbst.

Entfernt von der Idee der »Natur«, die der Begriff selbst suggerieren könnte, wird die Landschaft in der Periode des Anthropozän nicht nur von den »üblichen« geographischen und physischen Elementen wie Bergen, Wäldern, Städten und Flüssen geprägt, sondern schließt auch die technologischen Strukturen ein, die sich mit dem Transport von Informationen befassen, und nicht-menschliche Akteure (Maschinen, Bots, Internet der Dinge), die in ihr unabhängig agieren. Diese gemischte Struktur kann durch die Metapher eines *Stacks*[4] verstanden werden, die Benjamin H. Bratton in Bezug auf Netzwerkstacks, die Schnittstellen zwischen Hard- und Software-Schichten, die in der Internet-Infrastruktur überlagert sind, vorschlägt. Um die Welt als eine mehrstufige globale Struktur und das Zusammenspiel der unzähligen miteinander verbundenen Systeme, die darauf wirken, zu beschreiben, muss die Karte dreidimensional werden und sich sowohl in der vertikalen als auch in der horizontalen Dimension entwickeln. Sobald die Erde als eine einzige riesige Maschine visualisiert wurde, die Territorien und Maschinen, menschliche und nichtmenschliche Akteure, Nationalstaaten und Großkonzerne miteinander verbindet, müssen wir die Definitionen eben dieser geopolitischen Konzepte überdenken.

AMRO geht vom Bild des *Stacks* aus, um die Rolle und die Möglichkeiten der »radikal offenen« Kultur neu zu diskutieren. Wie können Kunst und Aktivismus diese komplexe Struktur beeinflussen? Welche Werte sind bei der Diskussion über diese riesige elektronische Landschaft zu berücksichtigen? Der diesjährige Titel *Unmapping Infrastructures* fasst die Intentionen zusammen, die globale technologische Architektur von Unternehmen, Staaten, Clouds, Nutzer*Innen und Schnittstellen zu analysieren, zu kritisieren und in sie einzugreifen. AMRO setzt diese Interventionen durch die Philosophie von Open Source und Open Culture um.

Trotz der klaren ethischen und philosophischen Grundlage der Bewegung, »radikal offen« ist eine Bedingung, die fortlaufend diskutiert und bestätigt werden muss. Ein Teil der Methode zur Offenheit besteht darin, die Grenzen der Instrumente selbst zu bewerten, die sich auf den genauen Zeitpunkt stützen müssen. In diesem Sinne kann Design als Kollisionspunkt zwischen Theorie und Praxis neu definiert werden, während Hacking eine Strategie ist, die es Künstler*Innen und Aktivist*Innen erlaubt, in die komplexe gegenwärtige Infrastruktur einzugreifen und deren Verzerrungen aufzuzeigen.

Wenn die Kartierung eines Territoriums eine Handlung ist, die untrennbar mit der Produktion und Akkumulation von Macht in denselben Gebieten verbunden ist, dann zeigen die »critical cartography« und »counter-mapping« wie diese gleichen Praktiken der Kartierung genutzt werden können, um Kritik zu üben und in das politisch-ökonomische System einzugreifen. Der Fokus von AMRO 2018 ist von diesen Praktiken inspiriert, Methoden zu entwickeln, um die technologische Infrastruktur und deren Machtverhältnisse im Internet kritisch zu hinterfragen.

Traditionell ist das Festival in eine Reihe von Panels und Vorträgen gegliedert, die während der vier Tage des Festivals der AMRO-Community einen Raum für den Austausch von Informationen und kritischer Reflexion bietet. Die Diskussion wird in praktischen und konzeptionellen Workshops fortgesetzt, in denen die Vermittlung von Techniken und Wissen, die typisch für die Open-Source-Philosophie und DIWO (Do It With Others) sind, im Vordergrund stehen. Die intensiven Tage der Festivals enden mit der unvermeidlichen Nightline, in der die konzeptionellen Spannungen des Tages gelöst werden.

Die Beiträge für Projekte, Workshops und Konferenzen werden im Rahmen einer offenen Ausschreibung gesammelt, bei der die gesamte Gemeinschaft das in den letzten zwei Jahren erworbene Wissen in die Praxis umsetzen kann. Das AMRO-Programm wird dann in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Kooperationspartner*Innen durchgeführt: servus.at und ihre Community, afo – architekturforum Oberösterreich als Hauptveranstaltungsort des Festivals, die Kunstuniversität Linz, die Universität Malta und das Piet Zwart Institut der Willem de Kooning Akademie in Rotterdam.

Open Call und weitere Informationen: *www.radical-openness.org*

*Für servus.at und über AMRO schreibt Davide Bevilacqua.*

---

[1] Christian Reder (Hrs.), *Kartographisches Denken*, Wien und New York, Springer, 2012.
[2] J.B. Harley, *The New Nature of Maps. Essays in the History of Cartography*, Baltimore, Johns Hopkins University Press, 2002.
[3] Trevor Paglen, »Experimental Geography: from cultural production to the production of space«, in Nato Thompson (Hrs.), *Experimental Geography – Radical Approaches to Landscape, Cartography, and Urbanism*, Brooklin, NY, Melville House, 2009, p. 28.
[4] Benjamin H. Bratton, *The Stack. On software sovereignty*, Cambridge, Mass., MIT Press, 2016.

**2018 - ART MEETS RADICAL OPENNESS (#AMRO18)**

**Wed. 16th - Sat. 19th of May 2018**

**VENUES:** afo - architekturforum OÖ, Stadtwerkstatt, Kunstuniversität Linz

# Austrofaschismus revisited

## Die Wirtschaftspolitik des Austrofaschismus liest sich wie eine Synopsis des Kurz-Strache-Staates. *Erwin Riess* über ein neues Buch von Emmerich Tálos.

In den dreißiger Jahren entwickelte Österreich wie die meisten anderen europäischen Staaten eine eigenständige Diktaturform – einen christlich-deutschen Staat nach dem Vorbild des italienischen Faschismus. Ein ideologischer und institutioneller Widerspruch, der sich auflöste, als Mussolini sich nach dem Scheitern seines Afrika-Kriegs Hitler unterwerfen mußte, was für den abhängigen österreichischen Faschismus wiederum zur Folge hatte, daß mit dem Juli-Abkommen von 1936 die vorher bekämpften Nazis in die Regierung aufgenommen werden mußten – womit die evolutionäre Unterwanderung des Austrofaschismus bis hin zum »Anschluß« im März 1938 vorgezeichnet war.
Um zu verstehen, wie die Genese des Austrofaschismus innerhalb eines Rumpfstaats (von 55 Millionen Einwohnern waren nur sechs geblieben) mit einer starken Arbeiterbewegung verlief, wie die Machtergreifung sich vollzog und welche Spezifika der Austrofaschismus an der Macht ausbildete, kann man nun auf einen wichtigen Band des österreichischen Politikwissenschaftlers Emmerich Tálos zurückgreifen. Er ist das Substrat jahrzehntelanger Arbeit des Autors am Gegenstand, in dessen Zentrum die 632 Seiten starke Studie »Das austrofaschistische Herrschaftssystem« aus dem Jahr 2013 steht, die mit den bis dahin unter reaktionären Historikern propagierten verharmlosenden Begriffen »Kanzlerdiktatur« und »Ständestaat« (wie das Regime sich selber bezeichnete) aufräumte. Tálos belegt, daß die Klassenbasis des Austrofaschismus nichts mit dem romantisierenden Ständebegriff zu tun hatte, sondern bei Unternehmern vorzüglich der Schwerindustrie lag, bei Großagrariern, hohen Beamten sowie – der wichtigste Unterschied zu Deutschland – der katholischen Kirche, die sich mit heiliger Inbrunst in den Dienst der gottgefälligen Sache stellte.
Der Austrofaschismus war eine Diktatur mit allen Ingredienzien eines Faschismus an der Macht: Ausschaltung des Parlaments, Beschuß von Gemeindebauten mit Kanonen des Bundesheers, glühender Hass auf »die Roten« bis hin zur Hinrichtung schwerverletzter Arbeiterführer, Schaffung einer faschistischen Massenbasis, der »Vaterländischen Front (VF)«, Ausbau der »Heimwehren« (ein Gutteil der Kader waren illegale Nazis und wechselte später zur SS), und Erlaß einer biedermeierlichen Retro-Verfassung. Daß die künstlerische und geistige Elite beim Faschisierungsprozeß nicht nur mitmachte, sondern voranschritt, ist keiner besonderen Erwähnung wert. Namen wie Holzmeister, Boeckl, Waggerl, Krenek, Wildgans, Weinheber und Doderer stehen für (fast) alle. Männergewalt und ein durchaus nicht harmloser Antisemitismus rundeten das System ab. Für Frauen galt ein Doppelverdienerverbot, selbst Ehegemeinschaften führten dazu, daß beamtete Frauen ihre Stelle verloren.
Die Wirtschaftspolitik des Regimes liest sich wie eine Synopsis des Kurz-Strache-Staates (und seiner rot-schwarzen Vorläufer!). Senkung der Staatsausgaben durch rigorosen Sozialabbau, Verringerung der Staatsschuld, Sanierung des Bankenapparats mit Steuermitteln, reale Lohnsenkungen, Erhöhungen der Arbeitszeit, Unterlaufung und Abschaffung von Kollektivverträgen. Dazu kommen und kamen die Reduktion der Unternehmersteuern sowie die Vernichtung zarter Pflänzchen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Großbauten wie die Wiener Reichsbrücke, die Wiener Höhenstraße und die Großglockner-Hochalpenstraße waren propagandistische Vorzeigeprojekte und fanden keine Fortsetzung. Von großer Wirkung waren das Verbot und die Zerschlagung der Richtungsgewerkschaften und die Verordnung einer einheitlichen Zwangsgewerkschaft. Sie wurde 1945 übernommen, begünstigte bis in die 70er Jahre einen steigenden Lebensstandard der Lohnabhängigen, zeichnet seither für massive Reallohnsenkungen verantwortlich, sie sprengte sich um die Jahrtausendwende selbst in die Luft, indem sie den Streikfonds von drei Generationen im Aktienrausch verzockte und führt seither die Existenz eines Schoßhunds der Herrschenden. Tálos weist nach, daß Wirtschafts-, Budget- und Sozialpolitik des Austrofaschismus ausschließlich den Trägergruppen des Systems zu dienen hatten.
Betrachtet man die Eckpfeiler des austrofaschistischen Staates, ist es schwer, sich des Gedankens zu erwehren, daß die Kurz-Strache Regierung, studiert man ihre Pläne und verfolgt ihre ersten Taten wie die Reduktion des Arbeitslosengelds und die Streichung der Notstandshilfe, sich als leicht adaptierte Fortsetzung der glücklichsten Jahre der österreichischen Bourgeoisie versteht. Mit einem Unterschied: Im Gegensatz zu den dreißiger Jahren, als Dollfuß und Co aus Österreich den besseren, nämlich einen *christlich-deutschen* Staat, meißeln wollten und daher die gottlosen Nazis anfänglich bekämpften (in den *Anhaltelagern* vor 1935 saßen zu drei Vierteln Nazis ein, Kommunisten und Sozialisten bildeten den Rest), ist in der gegenwärtigen Regierung das völkische, deutschnationale Element von vornherein integriert und gebietet über den gesamten Sicherheitsapparat (Innen- und Verteidigungsministerium, Geheimdienste). Das Regime Kurz-Strache repräsentiert einen stabilen historischen Block, dessen Hegemonie in einer mehr als sechzigprozentigen Zustimmung der Bevölkerung ebenso wurzelt wie in der Dominanz des kirchennahen Großagrarkapitals (Raiffeisen mit seinen tausenden Betrieben in allen Sektoren der Wirtschaft, insbesondere im Versicherungs- Banken- und Medienbereich). Dazu gesellen sich Einheiten wie Andritz-, Böhler-, die Voest-Alpine, AMAG und andere, allesamt privatisierte Staatsbetriebe. Dazu kommen noch Konzerne wie KTM, Unternehmen der Solar- und Wassertechnik, der Flugzeug- und Autozulieferer, des industriellen Agrarkapitals und der Glückspielindustrie (Novomatic). Die Agrana (im Raiffeisenkonglomerat) ist der größte Zuckerproduzent und Veredler Europas. Praktischerweise erfreut sich die Mateschitz-Gruppe rund um das omnipräsente Süßgesöff günstiger Zuckerpreise und EU-Agrarförderungen. Daß man die Aristokratie von Erbschafts- und Vermögenssteuern verschont und es wie in der Dollfuß-Zeit wieder Polizeipferde auf Wiens Straßen geben wird, sind nur barocke Farbtupfen einer tiefschwarzen und leuchtend braunen Hegemonie, alles demokratisch gewählt.
Wer wissen will, wohin die dritte österreichische Republik steuert, der lese Emmerich Tálos' Buch über den Austrofaschismus.

---

*Emmerich Tálos. Das austrofaschistische Österreich 1933-1938*
*LIT Verlag, 180 S., brosch.*

---




Cartoon: Richard Schuberth

# Komplexer Antifeminismus

*Tina Füchslbauer* interviewt die Literatur- und Politikwissenschafterin Judith Goetz zu Mädelschaften und Identitären.

***Dass unter den FPÖ-Mitgliedern eine große Anzahl deutschnationaler Burschenschafter sind, ist schon lange bekannt. Nun ist die dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller Mitglied verschiedener Mädelschaften, unter anderem der Linzer »Iduna«. Wie haben sich Mädelschaften entwickelt und welche Frauen*bilder werden da vermittelt?***

So genannte Damenverbindungen als Äquivalent zu den männerbündischen Studentenverbindungen gibt es im Grunde genommen seit der Zulassung von Frauen zu den Universitäten. Nicht alle sind jedoch dem deutschnationalen Umfeld zuzuordnen, der Großteil der Studentinnenverbindungen in Österreich ist konfessionell orientiert. Mädelschaften hingegen sind das Ergebnis des strikt dualen Geschlechtermodells, das in burschenschaftlichen Kreisen verfochten wird und das auch im Verbindungswesen eine klare Geschlechtertrennung vorsieht. Frauen dürfen demnach im männlichen Verbindungsleben nur an ausgewählten Veranstaltungen teilnehmen und übernehmen selbst nur vermeintliche Frauenaufgaben wie die Organisation von Brauchtumsabenden und Sonnwendfeiern oder dienen bei Burschenschafter-Bällen als standesgemäße Tanzpartnerinnen. Wenngleich sich weibliche Verbindungen vor allem in den Anfangsjahren an ihren männlichen Vorbildern orientierten und beispielsweise die hierarchische Organisationsform sowie auch Bräuche, Rituale und Komment (Regelwerk) übernahmen, lassen sich auch Unterschiede festmachen. So ist Frauen* das Kämpfen von Mensuren untersagt, wird ihnen doch seit dem Entstehen der Burschen-schaften die Satisfaktionsfähigkeit, die Möglichkeit, »Ehre« nach einer Ehrverletzung oder einer Beleidigung (durch ein Duell) wiederherzustellen, abgesprochen. Das sagt natürlich auch bereits einiges über das dort vertretene Frauen*bild aus, das sich an einem komplementär gedachten und in der Regel biologistisch konstruiertem Geschlechterdualismus orientiert. Das bedeutet, dass ein eher traditionelles, konservatives Bild vorherherrscht, das vermeintlich naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern übertont und Frauen* besondere Fähigkeiten und Aufgaben in der Gesellschaft zuschreibt. In Österreich gibt es aktuell sieben Verbindungen in drei Bundesländern, die eher dem deutschnationalen Lager zuzuordnen sind, davon eine Linz, die Iduna. Ihr bekanntestes Mitglied ist Anneliese Kitzmüller, die nicht nur für die FPÖ das aktuelle Regierungsprogramm mitausverhandelt hat, sondern eben aktuell auch als dritte Nationalratspräsidentin tätig ist.

Gerade das Beispiel von Kitzmüller zeigt, dass Mädelschaften – auch wenn sie zahlenmäßig deutlich kleiner sein mögen und gesellschaftlich weniger relevant – ideologisch ihren männlichen Gesinnungskameraden um nichts nachstehen. Spannend ist auch, dass sich seit 2010 drei neue Verbindungen gegründet haben, was darauf schließen lässt, dass es auch unter Frauen* verstärkt ein Bedürfnis zu geben scheint, sich in diesem Spektrum zu organisieren.

***Du arbeitest schon lange zu Frauen im Rechtsextremismus und bist Mit-Herausgeberin eines Buches[1] über die rechtsextreme Gruppe der »Identitären«, in dem du dich unter anderem mit deren Geschlechterbildern beschäftigst. Was sind für dich die Kernthemen und gab es während des Forschungsprozesses auch Überraschungen für dich?***

In den letzten Monaten sind zahlreiche Medienartikel  über Frauen* in den Kreisen der ‚Identitären' sowie über einzelne Aktivist_innen verfasst worden. Dabei dominierten in der medialen Berichtserstattung, trotz jahrzehntelanger Forschung zu diesem Themenbereich, Erstaunen, Exotismus und Skandaliserungsversuche. Aber auch kritische Auseinandersetzungen beleuchteten die Thematik bislang unterkomplex und blieben meist beim Vorwurf des Sexismus und des Antifeminismus stehen. Den dahinter stehenden Argumentationsmustern, der Modernisierung dieser Ideologien sowie den zahlreichen anzutreffenden Widersprüchlichkeiten hingegen wurde einstweilen kaum auf den Grund gegangen. Das hat mich ehrlich gesagt schon ein wenig überrascht.

Diese Leerstelle wollte ich daher füllen und aufzeigen, auf welche Art und Weise geschlechterpolitische Themen (Sexismus, Frauen*bilder, Antifeminismus, Homosexualität etc.) im Kontext der ‚Identitären' verhandelt werden. Insgesamt hat sich dabei gezeigt, dass der Vorwurf des biologistisch konstruierten Sexismus sowie des Antifeminismus zwar im Endresultat zutrifft, geschlechterpolitische Diskurse ebenso wie die damit verbundenen Argumentationsmuster jedoch komplexer und differenzierter geworden sind. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass es in identitären Kreisen nicht nur ein Identitfikationsangebot für Frauen* gibt, sondern gleich mehrere. Dazu gehören einerseits starke Bezugsnahmen auf Mütter, die für den ‚Erhalt des Eigenen' sorgen sollen und andererseits Darstellungen von Frauen* als sexualisierte Objekte, die als Ausdruck der ‚Schönheit des Eigenen' verhandelt werden. Ihre Synthese liefert ein weiteres (Ideal-)Bild, nämlich das der Kampfgefährtin, die sich am ‚Kampf für das Eigene'  beteiligen soll.

***Die Positionierungen rechter Gruppierungen zu Homosexualität sind sehr divers. Ein aktuelles Beispiel dafür ist Alice Weidel, die keinen Widerspruch darin sieht, in einer lesbischen Beziehung zu leben und für die AFD Politik zu machen. Wie positionieren sich die Identitären zu gleichgeschlechtlichen Lebensweisen?***

Im Zuge meiner Recherchen habe ich festgestellt, dass sich in identitären Kreisen mindestens vier Umgangsformen mit Homosexualität finden lassen: Einerseits eine Privatisierung. Dazu meint beispielsweise Patrick Lenart 2014, dass ihm »vollkommen egal« sei, »was wer wann mit wem zu tun« gedenke. Andererseits gibt es aber auch eine Teilanerkennung, die argumentiert, dass nicht die (maskulinen, wehrhaften) Schwulen das Problem seien, sondern nur die (‚verweichlichten', effeminierten) ‚Schwuchteln'. Gleichzeitig lässt sich aber auch offene Ablehnung ebenso finden wie eine Anerkennung unter rassistischen Vorzeichen. Diese Instrumentalisierung dient v.a. dazu gegen ‚den Islam' mobil zu machen, wenn beispielsweise in einer Aktion der ‚Identitären' in Thüringen betont wird, dass in einigen islamischen Ländern – im Gegenstatz zu Deutschland – für Homosexualität die Todesstrafe droht und derartige Umgangsformen mit Homosexualität in »unserer Gesellschaft« keinen Platz habe. Homosexualität wird übrigens ausschließlich als männliche verhandelt, wohingegen es weibliche nicht zu geben scheint.

Trotz dieser - möglicherweise positiver als erwartet ausfallenden - Positionen einiger identitärer Gruppen in Hinblick auf das Thema Homosexualität soll nicht darüber hinweg getäuscht werden, dass sich durch die Nicht-Abwertung oder fehlende aktive Bekämpfung homosexueller Lebensformen nicht automatisch deren Akzeptanz bzw. Nicht-Diskriminierung ergibt. Gerade die Propagierung der normativen Zweigeschlechtlichkeit sowie der heterosexuellen Familie in identitären Kreisen bildet schließlich die Basis jeglicher Diskriminierung der von ihnen abweichenden Lebens- und Liebensformen.

***Welche personellen und ideologischen Überschneidungen siehst du zu aktuellen Regierungsmitgliedern und den ‚Identitären'?***

Die FPÖ hat in der Vergangenheit immer wieder beteutert, dass sie mit den ‚Identitären' nichts zu tun habe und auch nichts mit ihnen zu tun haben wolle. So ganz hat das in der Regel nicht der Wahrheit entsprochen, wofür sich zahlreiche Beispiele finden lassen: Ein früherer Führungskader der ‚Identitären' hat beispielsweise in der Vergangenheit für die FPÖ bei Wahlen kanditiert, einzelne FPÖler_innen nahmen an Demonstrationen der Gruppierung teil, der Vermieter des identitären Zentrums in Graz ist Gemeinderat für die FPÖ, Innenminister Herbert Kickl nahm gemeinsam mit den ‚Identitären' am ‚Verteidiger Europas'- Kongress letztes Jahr in Linz teil, sein Kommunikationsverantwortlicher, Alexander Höferl, hat sowohl die Gruppe als auch deren Aktionen auf Facebook geliked. Diese Liste lässt sich natürlich noch fortsetzen. Aber all das ist vor allem deswegen nicht verwunderlich weil es eben auch ideologisch große Überschneidungen gibt, insbesondere in Hinblick auf den antimuslimischen Rassismus. Die beiden Gruppen unterscheiden sich vor allem in der Organsationsform aber auch in der Art und Weise, wie politische Anliegen zum Ausdruck gebracht werden. Dennoch stellt sich für die ‚Identitären' nun die Frage, welche Bedeutung ihnen noch zukommen kann, wenn ihre politischen Anliegen durch die FPÖ nicht mehr nur im Parlament, sondern auch in der Regierung vertreten werden. Das könnte einerseits tatsächlich zu einem Bedeutungsverlust führen, andererseits ist aber auch eine weitere Radikalisierung denkbar.

Nachsatz aus aktuellem Anlass: Mit Heinrich Sickl sitzt nun auch im Grazer Gemeinderat ein FPÖ-Mandatar, der zugleich Mitglied der Identitären ist.

---

[1] Judith Goetz, Joseph Maria Sedlacek, Alexander Winkler (Hg.): *Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären'.* Hamburg: Marta Press. *http://www.marta-press.de/cms/uebermartapress*

---

*Tina Füchslbauer, arbeitet als Sozialarbeiterin und hat in Wien Gender Studies studiert.*





# Hier fehlt Geld

*Melanie Letschnig* fragt sich, wie »Frauenlandretten!« ohne Mittel möglich sein soll.

Kurz vor Ende 2017 gab es für gleich drei oberösterreichische Frauen*organisationen eine böse Weihnachtsüberraschung der Landesregierung – es hieß: Streichung der jährlichen Basisförderungen um 100%. Betroffen sind maiz – autonomes zentrum von und für migrantinnen*, FIFTITU% – Vernetzungs- und Beratungsstelle für Künstler*innen und kulturschaffende Frauen* und die Arge SIE – Beratung und Wohnen für wohnungslose Frauen. Der Betrag, den das Frauenreferat der Landesregierung den Vereinen und Beratungsstellen nicht auszahlt, beläuft sich auf EUR 60.000[1], was einen erheblichen Einschnitt darstellt. Als Argument, warum die Gelder nicht mehr ausgeschüttet werden, wird vorgebracht, dass die Arbeit von maiz, FIFTITU% und der Arge SIE nach den neuen Förderkriterien nicht (mehr) ins Kerngeschäft des Frauenreferats fallen würden. Oona Valarie Serbest, Co-Geschäftsführerin von FIFTITU%, weist in einem Artikel in der Tageszeitung *Der Standard* vom 17. Jänner 2018 darauf hin, dass es bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Informationen vom Frauenreferat gab, wie diese neuen Kriterien denn nun eigentlich aussehen.[2] Auf der Webseite des Frauenreferates des Landes Oberösterreich wird der Abschnitt »Förderungen« zur Zeit der Fertigstellung dieses Artikels (Mitte Februar) mit folgendem Satz eingeleitet: »Gefördert werden Aktionen und Projekte, die von oder für Frauen sind. Ein Rechtsanspruch auf diese Unterstützung besteht nicht.«[3] Unter den Voraussetzungen zur Einreichung werden folgende Punkte aufgelistet:
1. »Der Verein muss grundsätzlich seinen Sitz in Oberösterreich haben.«
2. »Die Subvention gilt nur für Projekte für oberösterreichische Frauen.«
3. »Der frauenpolitische Ansatz muss gegeben sein.«
4. »Das Projekt ist eine Maßnahme der Frauenförderung und der Herbeiführung von Chancengleichheit von Frauen und Männern.«
5. »Das Prinzip von Gender Mainstreaming muss erfüllt sein.«[4]
Schauen wir uns also genauer an, welche Arbeit maiz, FIFTITU% und die Arge SIE leisten, an wen sich die Angebote der Beratungsstellen richten und welche gesellschaftspolitischen Ziele relevant für die Tätigkeiten der Vereine (alle mit Sitz in Oberösterreich) sind, um herauszufinden, warum sich das Frauenreferat fördermäßig nicht mehr für sie zuständig fühlt.




## Kerngeschäft

Die Arge SIE fokussiert ihre Kompetenzen auf Frauen, die Hilfe in puncto Wohnungssuche, Arbeit, Existenzsicherung, Gesundheit und Beziehungen brauchen. Die Anlaufstelle existiert seit 31 Jahren und adressiert Frauen ab dem 18. Lebensjahr in Oberösterreich, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Die Arge SIE steht ihnen zur Seite und kann durch die Bereitstellung von Übergangswohnungen inklusive persönlicher Begleitung akute Wohnungsnot lindern und auch aus dieser Position heraus konkrete Maßnahmen erarbeiten, um den betroffenen Frauen langfristig zu helfen. Vergleicht man die vom Frauenreferat aufgestellten Kriterien, die eine Förderung durch das Land voraussetzen – Projekt richtet sich an oberösterreichische Frauen, hat einen frauenpolitischen Ansatz, hat Frauenförderung und Chancengleichheit zum Ziel und berücksichtigt Gender Mainstreaming –, so ist nicht nachvollziehbar, warum die Arge SIE nicht in dieses Förderschema fällt. Karin Falkensteiner, Mitarbeiterin der Arge SIE, weist in einer Pressekonferenz der betroffenen Initiativen am 9. Jänner 2018[5] darauf hin, dass die Arge im vergangenen Jahr 1.600 Beratungsgespräche geführt hat. Die Streichung der Basisfinanzierung durch das Land Oberösterreich bedeutet für die Arge SIE, dass heuer 400 Gespräche weniger werden stattfinden können, die Kapazitäten also um ein Viertel gekürzt werden müssen. Angesichts der Tatsache, dass Frauen verstärkt von Armut und Wohnungsnot betroffen sind, ist das eine einschneidende Konsequenz.

maiz – autonomes zentrum von und für migrantinnen* besteht seit 1994 und versteht sich »als unabhängiger Verein von und für Migrantinnen mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitssituation von Migrantinnen in Österreich zu verbessern und ihre politische und kulturelle Partizipation zu fördern sowie eine Veränderung der bestehenden, ungerechten gesellschaftlichen Verhältnisse zu bewirken.«[6] Das Angebot von maiz ist vielfältig, es umfasst die Beratung von jugendlichen und erwachsenen Migrant*innen, für die maiz auch Bildungsangebote bereitstellt und deren Kulturarbeit der Verein fördert. Ein weiterer Schwerpunkt von maiz liegt in der Forschung, konkret geht es um die Diskursivierung gesellschaftlicher Prozesse und die daraus abzuleitenden Auswirkungen und Möglichkeiten. Außerdem tritt maiz dafür ein, Sexarbeit als das anzuerkennen, was sie ist – Arbeit, und diese hat bekanntermaßen nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte zu inkludieren. Wenn es der Landesrätin für Frauen in Oberösterreich und dem Frauenreferat also darum geht, Frauen* im Bundesland zu unterstützen, so betrifft dies auch die Migrant*innen, die in Oberösterreich situiert sind und handfeste Informationen zu Rechten und Pflichten brauchen, um ein selbstbestimmtes Leben in Österreich führen zu können. Immerhin heißt es im Regierungsprogramm der derzeit amtierenden Schwarz/Blauen Koalition – das zum Punkt »Frauen« ganze zweieinhalb (!) Seiten umfasst – unter der Überschrift »Gewaltprävention und Integration von Frauen«: »Ziel muss es sein, Frauen Stabilität, Sicherheit und Vertrauen zu geben. Dies gilt auch für zugewanderte geflüchtete Frauen, die unserem Gesellschaftsbild vertrauen müssen.«[7]

FIFTITU% ist seit 20 Jahren Vernetzungsstelle für Künstler*innen und kulturschaffende Frauen*. Das Unterstützungsangebot umfasst Hilfestellung in Bezug auf soziale Absicherung, die Realisierung von Projekten und dementsprechend die Beratung bei Einreichungen für Stipendien, Preise und Förderungen. FIFTITU% gibt außerdem regelmäßig einen Newsletter heraus, der mit seiner Zusammenstellung aus Ausschreibungen zu Wettbewerben, Jobs, Seminaren etc. explizit Frauen* anspricht, dies betrifft auch die Jobbörse, die FIFTITU% per Email betreibt. Außerdem unterhält der Verein eine Bibliothek, in der Publikationen zu Themenkomplexen wie Frauen/Kunst/Kultur kostenlos ausgeliehen werden können. Bezeichnenderweise nimmt das aktuelle Regierungsprogramm Frauen* als eine Bevölkerungsgruppe wahr, die »heute Verantwortung in allen gesellschaftlichen und lebensentscheidenden Bereichen«[8] trägt – dies betrifft laut Programm »Erziehung, Pflege, Bildung, Wirtschaft, Umwelt oder [...] ehrenamtliche[...] Tätigkeiten«[9]. Dass Frauen* auch als Künstler*innen und Kulturarbeiter*innen österreichische Realität mitgestalten und in Kunst und Kultur angesiedelten Professionen in der Regel prekär arbeiten, wird im Frauen-Kapitel der Schwarz/Blauen-Koalition nicht berücksichtigt. FIFTITU% ist das Kompetenzzentrum für diese Frauen*.

## Fadenscheinige Argumentationen

Eine weitere Begründung des Frauenreferates zur angeblichen Verfehlung des Kerngeschäfts der betroffenen Beratungsstellen lautet, dass maiz, FIFTITU% und die Arge SIE zu spezifisch beraten, sich also mit ihren Angeboten nicht an alle Frauen richten würden.[10] Dieses Argument zeugt von der Ignoranz der zuständigen Politiker_innen, die offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass Frauen* aufgrund ihrer diversen Lebens- und Arbeitssituationen unterschiedliche Beratungen in Anspruch nehmen müssen und möchten. Die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen hat viele Facetten. Eine Frau*, die sich an die Arge SIE wendet, weil sie in einer Wohnung mit einem gewalttätigen Mann lebt und dort raus will, wird eine andere Beratung brauchen als eine Frau*, die künstlerisch arbeitet und FIFTITU% kontaktiert, weil sie wissen muss, wie es mit der Künstler*innen-Sozialversicherung aussieht, genauso wie eine Frau*, die sich an maiz wendet, weil ihr Aufenthaltsstatus gefährdet ist, diesbezüglich spezifische Auskunft braucht, um gemeinsam die nötigen Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Je fundierter die Expertise derjenigen, die die Frauen* mit ihrem Know-how unterstützen, umso besser und – vor allem in Sinn der Beratungssuchenden – effizienter kann geholfen werden. So schwer ist das eigentlich nicht zu verstehen.

Die Landesregierung stellt sich allerdings vor, dass Frauenberatungsstellen, die sich generell an alle Frauen* richten, in Zukunft die Kompetenzfelder der nichtsubventionierten Stellen mit übernehmen. Sowohl Luzenir Caixeta von maiz als auch Valarie Serbest berichten in der bereits erwähnten Pressekonferenz darüber, wie absurd die Beschneidung spezialisierter Anlaufstellen ist, weil Frauen*, die einschlägige Unterstützung in Sachen Wohnungsnot, Gewaltprävention, Recht, Geld und Versicherung brauchen, bisher von den generalistisch arbeitenden Beratungsstellen nachvollziehbarer Weise immer wieder zu FIFTITU%, der Arge SIE und maiz weitervermittelt wurden.

Auch die Information des Frauenreferats, man könne sich ja nach wie vor um Projektförderung bewerben, gleicht einem Pflaster als Behandlungsmethode für einen Beinbruch: Basiskosten wie Gehälter für Mitarbeiter*innen und Büromiete dürfen aus Projektgeldern nicht finanziert werden. Die Streichung der Basisfinanzierung wirkt sich dementsprechend bereits ganz konkret aus: konnte FIFTITU% beispielsweise vor einem Jahr noch zwei Mitarbeiter*innen zu je 20 Stunden und eine geringfügige Stelle finanzieren, ist es mittlerweile nur noch eine Mitarbeiter*in mit 15 Stunden-Vertrag. Es ist wie immer: diejenigen, die unermüdlich arbeiten, um gesellschaftliche Ungerechtigkeiten zu beseitigen, tun das mit großem Idealismus und aus Überzeugung. Leben können sie davon meistens nicht.

Zusammengefasst muss man erschüttert sein über die Ignoranz der zuständigen Politiker*innen, die die finanzielle Ausblutung der Arge SIE, von maiz und FIFTITU% zu verantworten haben. Anlaufstellen, die seit Jahrzehnten unerlässliche Arbeit im Bereich der Beratung und Unterstützung von Frauen* leisten, das Geld zu streichen, zeugt nicht nur von politischer, sondern auch von gesellschaftlicher Kurzsichtigkeit, Provinzialität und einer Wir-Mentalität, die Angst vor einer gerechten Welt hat.

Deswegen heißt es: FRAUENLANDRETTEN! Jetzt!

Postscriptum: Mittlerweile scheinen die vollständigen Kriterien zur Förderwürdigkeit auf der Webseite des Frauenreferates auf. Die im Artikel aufgezählten Punkte der interimistischen Information wurden um einige Punkte ergänzt, die ganz klar aufzeigen, dass FIFTITU%, maiz und die Arge SIE das Kerngeschäft des Frauenreferats wie bisher auf vielfältige Weise abdecken.

*http://frauenlandretten.at/*
*http://maiz.at/*
*http://arge-obdachlose.at/arge-sie/*
*https://www.fiftitu.at/*

Derzeit kann in ganz Österreich auf jedem Gemeindeamt oder per Bürger*innenkarte bzw. Handysignatur die Unterstützungserklärung für das Frauen*Volksbegehren unterzeichnet werden:

***https://frauenvolksbegehren.at/***

---

[1] vgl. Hausbichler, Beate: »Weniger Geld für Beratungsstellen: Spezialisierung als Stolperstein« in *Der Standard* vom 17. Jänner 2018 *https://derstandard.at/2000072366693/Weniger-Geld-fuer-Beratungsstellen-Spezialisierung-als-Stolperstein*, aufgerufen am 15. Februar 2018
[2] vgl. ebd.
[3] *https://www.land-oberoesterreich.gv.at/31821.htm*, aufgerufen am 15. Februar 2018
[4] ebd.
[5] Einen Mitschnitt dieser Pressekonferenz gibt es auf der Webseite der Sendung MIT BISS (ein Sendeformat von dorf tv) *https://www.dorftv.at/video/28569*, aufgerufen am 18. Februar 2018
[6] *http://maiz.at/maiz/maiz-ist*, aufgerufen am 18. Februar 2018
[7] *https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/569203/Regierungsprogramm_2017%e2%80%932022.pdf/b2fe3f65-5a04-47b6-913d-2fe512ff4ce6*, S. 107; aufgerufen am 18. Februar 2018
[8] ebd.
[9] ebd.
[10] vgl. dazu den bereits erwähnten Mitschnitt der Pressekonferenz vom 9. Jänner 2018.

---

*Melanie Letschnig ist Film- und Medienwissenschaftlerin, unterrichtet an der Uni Wien und schließt demnächst ihre Ausbildung zur DaF-/DaZ-Trainerin ab. Sie freut sich darauf, mit Migrant*innen und geflüchteten Frauen* zu arbeiten.*

# Herr Kickl, seine Ahnen und seine Schüler

Eine Groll-Geschichte von *Erwin Riess.*

In den letzten Tagen des Februar 2018 unternahmen Herr Groll und der Dozent einen Studienausgang an die Korneuburger Donau. Die Sonne spiegelte sich im ruhigen Wasser des Stroms, es war klirrend kalt. Mit dem Versprechen, ihn auf eine pannonische Fischsuppe im Restaurant Tuttendörfl einzuladen, war es dem Dozenten gelungen, Groll aus seiner warmen Wohnung ans eisige Ufer des Stroms zu locken. Unglücklicherweise hatte der Dozent übersehen, daß das Restaurant erst in einer Stunde öffnen würde. Es blieb den beiden nichts anderes übrig, als sich durch Bewegung warm zu halten. So eilten sie auf dem asphaltierten Treppelweg vor der Au am Ufer entlang. Weit und breit war kein Schiff zu sehen.

Er habe am Vortag den freiheitlichen Innenminister Kickl in einem längeren Fernsehinterview gesehen, sagte der Dozent. Die Inhalte des langjährigen Geschäftsführers der FPÖ seien ihm zur Genüge bekannt, erstmals aber habe er verstanden, was ihn an dem Politiker immer schon irritierte. »Es ist sein Blick! Beobachten Sie einmal Kickls Blick, wenn er seine Law & Order – Politik entwickelt. Es ist der Blick eines Kindes, das bei der Verteilung von Faschingskrapfen zu kurz gekommen ist. Mit weit aufgerissenen, ungläubigen Augen stellt der Politiker sich den Fragen und man weiß nicht …«

»Ob seine Augen nicht über die Worte entsetzt sind, die aus seinem Mund tropfen«, unterbrach Groll. »Von den Asylanten, die man in Lagern konzentrieren soll bis zu den rassistischen Plakatsprüchen vom ‚Abendland in Christenhand', ‚Daham statt Islam' und ‚Pummerin statt Muezzin' deckt er eine große Bandbreite von verbalen Provokationen im NS-Jargon ab. Oder seine Warnung vor einem EU-Beitritt Israels, der aber nie zur Debatte stand und von Kickl nur getätigt wurde, um antisemitische Reflexe zu befeuern. Ich erinnere mich auch, daß er den damaligen Präsidenten der Kultusgemeinde Ariel Muzicant mit einem besonders blöden Spruch bedachte. Als Jörg Haider dies in einem grölenden Bierzelt vor mehreren Hundertschaften oberösterreichischer Nazis vortrug, versagte ihm für kurze Zeit ob der Ungeheuerlichkeit die Stimme.«

»Wie kann jemand mit dem Namen Ariel soviel Dreck am Stecken haben, ich erinnere mich als ob es gestern gewesen wäre«, erwiderte der Dozent. »Von diesem Spruch ist es nicht weit zu den Liedtexten in den Burschenschaften, die den millionenfachen Judenmord fortsetzen wollen.«

Der Dozent verlangsamte seinen Schritt, weil er sah, wie Groll mit seinem Rollstuhl Joseph gegen die Querneigung des Weges ankämpfte und daher weite Strecken mit einer Hand fahren mußte.

»Immerhin. Muzicant revanchierte sich später in einem Interview in der »Presse am Sonntag«: Wenn er Kickl höre, erinnere ihn die Hetze und die Sprache an Joseph Goebbels«, stieß Groll mühsam hervor.

»Und dem untadeligen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs, Ludwig Adamovich, unterstellte er, kein echter Österreicher zu sein. Bei dem slawischen Namen müsse man sich fragen, wie der Mann an ein Visum gekommen sei«, fuhr der Dozent fort. »Copyright Kickl.«

»Dabei ist der Mann durchaus erfolgreich. Beim Aufbau und Betreiben einer Haßgesellschaft können er – und Sebastian Kurz – wohl die größten Anteile für sich verbuchen«, stieß Groll hervor.

»Muzicants Vergleich ist so falsch nicht«, sagte der Dozent ein paar Schritte weiter. »Auch Goebbels war klein und zart, kein germanischer Recke. Und die Fußbehinderung, die er als Kind durch eine Rückenmarkentzündung hatte und die ihn zwang, einen klobigen orthopädischen Schuh zu tragen, konnte er zeitlebens nicht verwinden. Und die Spitznamen, die man ihm gab – »Schrumpfgermane« und »Humpelstilzchen« schmerzten ihn sehr. All die Jahre kämpfte Goebbels, der Anfang der zwanziger Jahre noch mit den Kommunisten sympathisiert hatte und sich ihnen nur wegen deren internationaler Orientierung *nicht* anschloß, gegen zwei Dinge: die Gehbehinderung und die soziale Herkunft aus einer prekären Familiensituation. Er haßte das Bürgertum aus ganzem Herzen, und so bald er unter dem Einfluß Hitlers und einschlägiger Schriften den Kapitalismus mit dem Judentum verquickt hatte, war er für die NSDAP der ideale Mann, seine demagogische Rhetorik war grausam und atemberaubend. Aber eine Differenz zu Hitler blieb bis zuletzt bestehen: dieser war ein rassischer Antisemit, Goebbels ein sozialer, antikapitalistischer. Ich überlasse es Ihnen, über etwaige Parallelen zu gegenwärtigen Lichtfiguren nachzudenken.« Er blieb stehen. Groll bremste den Rollstuhl unwillig ab. »Da fällt mir ein. Auch in den Spitzenrängen der NSDAP tummelten sich viele Studienabbrecher, mit Göring an der Spitze. Schon Antonio Gramsci wies daraufhin, daß bei den Mussolini-Leuten die Bildungsabbrecher zu den lautesten und aggressivsten Jungfaschisten zählten.«

Bild: Eugenvonsavoyen

Wer reitet hier auf Waldheims Mähr' und grinset doof?
Es ist der Kickl Bert – der Reiterphilosoph!

»Wer soll bei der FPÖ Studienabbrecher sein«, fragte Groll.

»Gar nicht so wenige«, erwiderte der Dozent. »Ich beginne mit Strache, setze fort mit Kickl und Villimsky und dem Grazer Vizebürgermeister Eustacchio – alles Studienabbrecher. Wie Kanzler Kurz, Finanzminister Löger und Elisabeth Köstinger im übrigen. Kunasek und Hofer haben ein Studium erst gar nicht versucht.«

»Da haben sich ja ein paar Schicksalsgenossinnen und Genossen gefunden«, meinte Groll und setzte Joseph wieder in Bewegung. »Auch daraus mögen andere ihre Schlüsse ziehen. Ich jedenfalls bin ebenso stolz auf meine Halbbildung wie ich auf meine Kenntnis sämtlicher Donauschiffe stolz bin. In Floridsdorf, dem Heimatbezirk der kommenden Wiener Bürgermeisters, über eine solide Halbbildung zu verfügen, ist keine geringe Leistung. Unter den 165.000 Einwohnern des Bezirks befinden sich nur zehn Herrschaften mit Studienabschluß.«

»Das glauben Sie doch selbst nicht!« Der Dozent machte eine Geste der Entrüstung.

»Ich muß mich korrigieren«, fuhr Groll unbeirrt fort. »Neun. Nein! Acht! Der neunte, ein Absolvent der Universität für Bodenkultur, ist vor kurzem verstorben. Seine Vorliebe für rohen Fisch ist ihm zum Verhängnis geworden. Ein Fischbandwurm, den er von einer Studienreise nach Grusinien vulgo Georgien mitbrachte, hat ihn von innen aufgefressen, er ist unter leisem Wehklagen zugrundegegangen. Mister Giordano hat mich immer wieder ermahnt, selbst in New York, wo das Meer vor der Haustür liegt, rohen Fisch in Form von Sushi und Sashimi nur zu essen, wenn man beim Fang der Fische selber dabei war. Und selbst da bleibe noch ein Restrisiko. Die Italiener wüßten schon, warum sie ihre Fische braten. Glaubwürdigen historischen Reiseberichten zufolge könne nicht ausgeschlossen werden, daß das Römische Reich unter anderem durch die aus Grusinien eingeschleppte Unsitte des Rohfischessens zugrundegegangen sei. Wenn Sie wollen – ich kann Ihnen die Literatur nennen.« Groll beschleunigt den Rollstuhl, die Kälte saß ihm in den Knochen.

Der Dozent reagierte, indem er einen Zeitungsausriß aus seiner Lambswooljacke hervorzog.

»Die Polizeigewerkschaft spricht sich gegen die Installierung einer berittenen Polizei in Wien aus. In anderen Ländern erfordern derartige Einheiten einen enormen und nicht zu rechtfertigenden finanziellen Aufwand.« Die wackeren Gewerkschafter schließen mit dem Satz: »Das Einsatzgebiet von berittenen Einheiten ist eher touristisch als exekutivdienstlich zu bezeichnen.«

»Exekutivdienstlich – was für ein schillerndes Wort. Sie haben doch nichts dagegen, wenn ich es in meinen Wortschatz eingemeinde?«

Der Dozent schaute Groll verständnislos an. Kurz darauf drehten die beiden um und eilten auf dem Weg, den sie gekommen waren, zurück. Das Restaurant müsse demnächst öffnen, sagte der Dozent. Er freue sich schon auf die wärmende Suppe. Um die Zeit zu vertreiben zitierte der Dozent aus einem Text. »Es gibt in Klagenfurt einen Faschingsverein namens die ‚Stadtrichter'. Dreißig Herren ziehen über die EU, Wien, Homosexuelle und Sozialschmarotzer her. Frauen werden in dem Verein, dem die Elite des Klagenfurter Bürgertums angehört, nicht geduldet. Im diesjährigen Fasching wurde über Flüchtlinge hergezogen – Asylanten, die im Geld schwimmen und von der Caritas mit Handys beschenkt werden, dunkelhäutige Kinder, die von Lehrern bevorzugt werden und so fort. Vor achtzig Jahren wurde in ähnlicher Weise über Juden hergezogen. Und wie in früheren Zeiten erhob niemand seine Stimme dagegen.

»Wo ist der Text erschienen?« fragte Groll keuchend.

»Es war der ehemalige Bachmann-Preisträger und Klagenfurter Stadtschreiber des Jahres 2010, Karsten Krampitz, ein Schriftsteller aus Berlin, der die rassistischen Witze in der deutschen Wochenzeitung »Der Freitag« publik machte. Erst über Krampitz und Berlin drang die Kunde zu Kurier, Falter und Caritas. Vor den Mächtigen buckeln und auf die Schwachen hintreten. Das ist das Motto der rassistischen Herrenrunde namens »Stadtrichter«, die offensichtlich bei Herrn Kickl in die Schule gegangen sind.

»Tote können sich nicht wehren. Flüchtlinge auch nicht«, erwiderte Groll mit Mühe.

»Bei der Landtagswahl geht es wohl nur darum, ob der Rassismus der Klagenfurter Elite nur im Fasching die braune Seele entleeren kann oder ob die feinen Herren dies auch im Landtag, in den Kärntner Zeitungen und Bierzelten tun können.«

Unter Aufbietung der letzten Kräfte langten sie beim Donauwirt an. Das Tor war noch immer geschlossen, auf einem Zettel stand zu lesen: »Infolge Stromausfalls muß das Restaurant heute geschlossen sein. Besuchen Sie uns ein andermal.«

»Was machen wir jetzt?« sagte der Dozent kleinlaut. Herr Groll holte aus dem Rollstuhlnetz ein Büchlein hervor und blätterte mit klammen Fingern darin. Der Dozent hockte sich eben seinen Freund auf die Fersen und ließ sich die Broschüre geben, es war der Heurigenkalender von Bisamberg.

---

*Von Erwin Riess erschien im Herbst 2017 der Roman: »Herr Groll und die Stromschnellen des Tiber« im Otto Müller Verlag*





# Die Arbeit nieder!

*Stephan Grigat* über den Fetischismus des Schaffens, produktiven Müßiggang und antisemitische Ressentiments.

Würde heute ein Politiker oder eine Politikerin fordern »weitet die Arbeitslosigkeit aus«, er oder sie könnte sofort einpacken. Deswegen versprechen Politmanager über alle Parteigrenzen hinweg bekanntlich genau das Gegenteil: nämlich Arbeit, Arbeit, Arbeit. Und das, obwohl jeder weiß oder zumindest wissen könnte, wenn er morgens oder abends den Mitmenschen in der U-Bahn oder im Bus genauer ins Gesicht schauen würde: Arbeit macht krank, Arbeit ist Mühsal und macht hässlich. Karl Marx wusste das und hat allen Kritikern gesellschaftlicher Elendsproduktion im *Kapital* ins Stammbuch geschrieben: »Das Reich der Freiheit beginnt erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört.« An anderer Stelle, in seinen Anmerkungen zum deutschen Nationalökonomen Friedrich List führt Marx aus: »Es ist eins der größten Mißverständnisse, von freier, gesellschaftlicher menschlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die ‚Arbeit' ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, von Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zu einer Wirklichkeit, wenn sie als Aufhebug der Arbeit gefaßt wird.«

Der Mainstream der sich merkwürdigerweise immer wieder auf Marx berufenden Arbeiterbewegung hat die Vernutzung der Arbeitskräfte zum Zweck der Verwertung des Kapitals hingegen zum *sine qua non* der Selbstverwirklichung geadelt. Das proletarische Schaffen sei gut, und der eigentliche Skandal des Kapitalismus bestehe darin, nicht jedem Menschen einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen.

1891 schrieb Oscar Wilde in seinem Essay *Der Sozialismus und die Seele des Menschen*: »Heutzutage wird sehr viel Unsinn über die Würde der körperlichen Arbeit geschrieben. An der körperlichen Arbeit ist ganz und gar nichts notwendig Würdevolles […]. Es ist geistig und moralisch genommen schimpflich für den Menschen, irgendetwas zu tun, was ihm keine Freude macht, und viele Formen der Arbeit sind ganz freudlose Beschäftigungen.« Hätte sich die Linke in den letzten 100 Jahren mehr an Oscar Wildes vorzüglicher und leider viel zu unbekannter Schrift orientiert, anstatt den Arbeitsfetischismus ihrer zumeist moralinsauren Vordenker aufzusaugen, hätte sie gewusst, dass Arbeit den Menschen in aller Regel nicht erfüllt, sondern fertig macht. Sie würde nicht beklagen, dass der Gesellschaft die Arbeit ausgeht, sondern skandalisieren, dass in der bestehenden Gesellschaft solch eine ausgesprochen begrüßenswerte Entwicklung zu keiner Befreiung führt. Was ist das für eine Welt, in welcher der technische Fortschritt systematisch neues Elend verursacht, anstatt die Menschen von der Plackerei der Arbeit zu befreien? Und was sind das für Menschen, die angesichts der Einrichtung dieser Welt nicht mit aller Leidenschaft für jenes ganz Andere streiten, das es den Individuen ermöglichen müsste, sich in Ausschweifung und Genuss, geistiger und körperlicher Hingabe, Kunst und intellektueller Selbstreflexion als Gattungswesen überhaupt erst zu konstituieren?

Es ginge darum, sich die Welt im wie auch immer widersprüchlichen Einklang mit den Mitmenschen und mit der größtmöglichen Bequemlichkeit anzueignen. Das hieße unter anderem: Transformation des Privateigentums an zentralen Produktionsmitteln hin zu gesellschaftlicher Verfügung zum Zwecke der Verwirklichung von Freiheit. Nicht aus Hass auf die Reichen oder gar den Reichtum, sondern auf Grund der Beschränkungen der menschlichen Entfaltung, die solche Formen von Eigentum zwangsläufig mit sich bringen und selbst noch den Besitzenden auferlegen. Es ginge um eine von Ausbeutung und Herrschaft befreite Gesellschaft, nicht zum Zwecke der Konstitution repressiver Kollektive oder gar einer Rückkehr zu irgendeiner vermeintlich »natürlichen«, vorzivilisatorischen Lebensweise, sondern zur Befreiung der Individuen aus jenen gesellschaftlichen Zwängen, die angesichts des gesellschaftlichen Reichtums vollkommen anachronistisch sind.

Doch statt für die Bedingungen der Möglichkeit individueller Freiheit und gesellschaftlicher Autonomie zu streiten, für eine Art produktiven Müßiggang, der das Gegenteil von auf die Dauer nur Langeweile verströmendem Nichtstun wäre, suchen allzu viele in der Schinderei der Arbeit Erfüllung – und finden sie womöglich auch noch.

Die Linken haben den Arbeitsfetischismus keineswegs für sich gepachtet. Ob Sozialdemokraten oder Bolschewisten, ob christliche Soziallehre, islamistischer Furor oder faschistischer Produktivitätswahn, ob Leninisten oder liberale Verwertungsapologeten – bei aller Heterogenität ihrer jeweiligen politischen Projekte konnten und können sie sich doch alle für die elende Parole »Die Arbeit hoch« begeistern. Sayd Qutb, der Vordenker der ägyptischen Muslimbruderschaft, der von Ali Khamenei ins Persische übersetzt wurde, lobt in seinem programmatischen Werk Wegmarken den Islam dafür, dass er den Menschen im »Zentrum Afrikas […] die Freude an der Arbeit« lehrte. In der Bibel heißt es: »Wenn jemand nicht arbeiten will, soll er auch nicht essen.« Auf den Parolenbändern der stalinistischen Arbeitslager wurde das nur geringfügig abgewandelt.

Und vor einigen Jahren hat auch Franz Müntefering als SPD-Vorsitzender mit dem Ausspruch »Nur wer arbeitet, soll auch essen« das Programm seiner Partei für die Schwachen und Armen schön auf den Punkt gebracht. Papst Ratzinger verkündete, die Arbeit trage dazu bei, »Gott und den anderen näher zu sein.« Beim Nazi-Versand ihres Vertrauens können Sie »T-Hemden« mit der Aufschrift »Arbeit adelt« erwerben, dem alten Slogan des nationalsozialistischen Reichsarbeitsdienstes. Bei der NPD firmiert »Arbeit« noch vor »Familie« und »Vaterland«, die Freiheitliche Partei in Österreich forderte »Hackeln statt packeln« und linke Gruppen drohen ihren Gegnern in ihren reichlich abgehalfterten Demoparolen an, sie »in die Produktion« zu schicken.




Bild: Humboldt-Universität zu Berlin, Bildarchiv der Forschungsgruppe Kulturgeschichte / Thea Heinke, Berlin

Die Wahl der Qual – Zeichnung von Thomas Theodor Heine im »Simplicissimus« (1898/99)

Wo sich Gewerkschaften zumindest innerhalb des schlechten Bestehenden als partiell vernünftig erweisen und wie die Schweizer Arbeitervertretung einen Volksentscheid zur Arbeitsminimierung initiieren, prallen sie auf die geballte Arbeitswut der Mehrheitsbevölkerung: 66,5 Prozent der Eidgenossen stimmten 2012 in einem Referendum gegen die Verlängerung des gesetzlichen Mindesturlaubs von vier auf sechs Wochen.

Der Mainstream der Linken liebt die Arbeit. In vielen ihrer Ausprägungen steht sie geradezu für eine Hingabe an die menschliche Schinderei. Anstatt sich an Paul Lafargue, den Schwiegersohn von Marx zu erinnern, der das *Recht auf Faulheit* hochhielt, soll es ein »Recht auf Arbeit« sein, für das beispielsweise am 1. Mai gestritten wird. Und man begibt sich nicht gerade auf Glatteis, wenn man prognostiziert, dass es auch bei den kommenden 1. Mai-Feiertagen aus den sozialdemokratischen und sozialistischen Postillen, vor dem Berliner Reichstag und auf dem Wiener Rathausplatz, auf den Kundgebungen von DGB und ÖGB wieder »Arbeit für alle!« schmettern wird. Dieser elende Slogan steht ganz in der Tradition von Georg Büchners Aufruf »Friede den Hütten, Krieg den Palästen«, der in seiner Entstehungszeit (1834) noch eine gewisse Berechtigung gehabt haben mag. Als Motto unzähliger linker Kampagnen ist er aber zu einer Sklavenparole mutiert und findet seinen Widerhall beispielsweise in Graffitis, die sich »Gegen Reichtum« im je eigenen Kiez aussprechen. Ginge es um das gute Leben für alle, hätte »Friede den Hütten, Krieg den Palästen« schon längst durch eine Kriegserklärung an die Hütten und die Forderung »Paläste für alle« abgelöst werden müssen. Anstatt aber die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum zu fordern, wird gegen den Reichtum selbst mobil gemacht.

Schon früh ist die gleichmäßige *Verteilung* des Elends, nicht seine *Abschaffung* zum Ziel des Mainstreams der Arbeiterbewegung geworden. Die Vordenker der Sozialdemokratie fürchteten wohl nur eines noch mehr als den Vorwurf des »nationalen Nihilismus«: als Verächter der Arbeit ins Visier des politischen Gegners zu geraten. Schon August Bebel verkündete Ende des 19. Jahrhunderts in seiner Schrift *Die Frau und der Sozialismus*: »Die alberne Behauptung, die Sozialisten wollten die Arbeit abschaffen, ist ein Widersinn sondergleichen. Nichtarbeiter, Faulenzer gibt es nur in der bürgerlichen Welt.«

**Lob der Faulheit**

Doch gab es stets dissidente Strömungen in der Linken, welche das Lob des Schuftens und Rackerns nicht mitmachen wollten. Sie blieben in aller Regel eine verschwindend kleine Minderheit. Marx hatte bereits als junger Mann konstatiert: »Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Hause.« Die

Fremdheit der Arbeit trete »darin rein hervor, dass, sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird«, heißt es in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* von 1844.

Lafargue, der auch ein scharfer Kritiker des Nationalismus in der sich herausbildenden Arbeiterbewegung war, schrieb eine *Widerlegung des »Rechts auf Arbeit«*. Friedrich Nietzsche diagnostizierte als Beobachter der brutalen Durchsetzung der Fabrikarbeit am Ende des 19. Jahrhunderts in seinem Aphorismus *Die Lobredner der Arbeit*, dass »eine solche Arbeit die beste Polizei« sei, da sie »jeden im Zaume hält und die Entwicklung der Vernunft, der Begehrlichkeit, des Unabhängigkeitsgelüstes kräftig zu hindern versteht«. Während Michail Bakunin als zentraler Vordenker des Anarchismus die Arbeit zur »Grundlage der Menschenwürde« erklärte, beharrte Moses Hess, ein Freund von Marx und als »roter Rabbi« einer der frühen Theoretiker des Zionismus, auf der Unterscheidung zwischen »freier Thätigkeit« und »gezwungener Arbeit«. Während die Stalinisten den Produktivitätswahn auf eine massenmörderische Spitze trieben, hatte der russische Avantgardist Kasimir Malewitsch schon 1921 in seiner Schrift *Die Faulheit als tatsächliche Wahrheit der Menschheit* erklärt: »Die Arbeit muss verflucht werden, wie es auch die Legenden vom Paradies überliefern, die Faulheit aber sollte das sein, wonach der Mensch zu streben hat.« Es ginge nicht an, dass sich nur die Besitzenden von der Arbeit emanzipieren, vielmehr sollte sich »die ganze Menschheit« von ihr befreien.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert wollten Vordenker des italienischen Operaismus wie Mario Tronti eine »Arbeiterpartei gegen die Arbeit« schaffen, und insbesondere die Autoren der Kritischen Theorie wandten sich gegen die Anbetung der Plackerei: Theodor W. Adorno kritisierte in seinen *Minima Moralia* ein Ideal menschlichen Verhaltens, das »am Modell der Produktion als Selbstzweck gebildet ist«; er wandte sich gegen das »Wunschbild des ungehemmten, kraftstrotzenden, schöpferischen Menschen«. Jene die Gesellschaft durchziehende Vorstellung vom »fessellosen Tun, dem ununterbrochenen Zeugen, der pausbäckigen Unersättlichkeit« war ihm ein Greuel. Er fürchtete nicht »das Erschlaffen der Menschheit im Wohlleben«, sondern die »blinde Wut des Machens«. Oft genug verweigerten die Arbeiter und Arbeiterinnen den produktivistischen Vordenkern der Arbeiterbewegung mit ihrem Ideal der »schaffenden Sozialisten« die Gefolgschaft. Die spanischen Proletarier brachten während des Bürgerkriegs in den 1930er Jahren mit ihrer selbstbewussten Verweigerungshaltung die anarchistischen Funktionäre der Gewerkschaft CNT zur Verzweiflung, die in ihren letztlich aus dem Abwehrkampf gegen die Faschisten resultierenden und also durchaus verständlichen Aufrufen zur Arbeitsdisziplin ihren bolschewistischen und stalinistischen Konkurrenten kaum in etwas nachstanden und beispielsweise im revolutionären Barcelona die Akkordarbeit wieder einführten.

Die von den französischen Situationisten um Guy Debord aufgegriffene Parole »Ne travaillez jamais« (»Arbeitet niemals«) stammte nicht aus dem studentischen Milieu der 68er-Bewegung, wie ordnungsapologetische sozialistische und kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre sofort behaupteten, sondern war in den 1960er und 70er Jahren ein geflügeltes Wort insbesondere in den subproletarischen Vierteln der französischen Hauptstadt. Es steht ganz in der Tradition jener Pariser Arbeiter, die in der linken »Volksfrontregierung« in den 1930er Jahren keine Chance zur schwunghaften Steigerung der Produktivität sahen, sondern eine Möglichkeit, erstmals in ihrem Leben bezahlten Urlaub zu machen und an die Atlantikküste zu fahren. Einige Chronisten sprechen davon, die französischen Sozialisten und Kommunisten hätten nicht als Wegbereiter der Revolution, sondern des Massentourismus fungiert.

## Arbeitswahn & Antisemitismus

Durchgesetzt haben sich jedoch ganz andere Traditionslinien. Die fanatischsten Lobpreiser der Arbeit waren häufig zugleich die schlimmsten Antisemiten: Von Martin Luther, dem Protagonisten des protestantischen Arbeitsethos' und Autor des Pamphlets *Von den Juden und ihren Lügen*, über den Industriellen Henry Ford, den Autor des Machwerks *Der internationale Jude*, für den es »nichts Abscheulicheres« gab »als ein müßiges Leben«, bis zu Adolf Hitler. Luther war von dem Gedanken besessen, Juden zur Arbeit zur zwingen und forderte, »daß man den jungen starken Juden und Jüdinnen in die Hand gebe Flegel, Axt, Karst, Spaten, Rocken, Spindel und lasse sie ihr Brot verdienen im Schweiße der Nasen.« Ernst Jünger ließ Arbeit und Freiheit in eins fallen und proklamierte ein »für den Verzicht gerüstetes Glück«, womit er sich auch in diesem Punkt als veritabler Vordenker des nationalsozialistischen Opfer- und Arbeitskultes erwies. Den brachte der Führer der NS-Volksgemeinschaft am treffendsten auf den Punkt: Hitler proklamierte in *Mein Kampf* »den Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird.« Wie ernst er das gemeint hatte, konnte man später über den Toren der Vernichtungslager nachlesen: »Arbeit macht frei«.

Keineswegs nur im deutschsprachigen Raum, dort aber ganz besonders, existiert eine lange Tradition der Entgegensetzung von vermeintlicher jüdischer »Nicht-Arbeit« und den nationalen Arbeitstugenden. Der nationalliberale Politiker und Historiker Heinrich von Treitschke, auf den die Parole »Die Juden sind unser Unglück« zurückgeht, erklärte: »das Semitenthum« drohe »die gute alte gemütliche Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes [...] zu ersticken.« Der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker von der offen antisemitischen Partei der Christlich-Sozialen postulierte einen »christlich-deutschen Arbeitsgeist« und erklärte 1878: »Das moderne Judentum muss an der produktiven Arbeit teilnehmen.« Die Juden hätten »an der Arbeit keine Freude, für die deutsche Arbeitsehre keine Sympathie.«

Im völkischen Staat des Nationalsozialismus bekam die Arbeit zentrale Bedeutung. Was die staatszentrierte und kollektivistische Arbeiterbewegung bereits vorgezeichnet hatte, wurde bei den Nazis zur Vollendung gebracht: Arbeit als Dienst an der Gemeinschaft und als Opfer für das Gemeinwohl. Das hatte Folgen für die Entwicklung in den Nachfolgegesellschaften des Nationalsozialismus, die sich nicht nur in diesem Punkt von den liberal-kapitalistischen Gesellschaften angelsächsischer Prägung unterscheiden. In aller Kürze hat Gerhard Scheit dies in dem Band *Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert* auf den Punkt gebracht: »Wenn in Amerika von *pursuit of happiness* gesprochen wird, heißt es in Deutschland immer nur: Arbeit macht frei.« Nachdem die großdeutschen Proletarier zu »Soldaten der Arbeit« mutiert waren und sich weitestgehend in die Volksgemeinschaft – und das heißt auch: das Vernichtungswerk – integriert hatten, machte man sich nach 1945 daran, die Resultate des Nationalsozialismus in der demokratisierten Volksgemeinschaft sozialpartnerschaftlich zu verwalten.

Die Linke hingegen polemisierte gegen die schmarotzenden Müßiggänger und wünschte sich »Arbeiter- und Bauernstaaten«, anstatt die Menschen vom elenden Dasein als Arbeiter zu befreien. Der Arbeitsfanatismus von links bis rechts sieht die ehrliche Arbeit um ihren gerechten Lohn betrogen, sei es durch die »Zinsknechtschaft«, wie es bei den Nationalsozialisten explizit hieß und bei vielen Islamisten heute heißt, oder die keineswegs nur von der Antiglobalisierungsbewegung so inbrünstig gehassten »Spekulanten«. Die Agitation geht gegen »die da oben«, gegen die »Bonzen und Parasiten«, die lieber konspirieren als durch anständige Arbeit etwas zum Volkswohlstand beizutragen.

Der Hass auf das unterstellte oder tatsächliche arbeitslose Einkommen ist nicht nur eine falsche, sondern angesichts seiner Ressentimenthaftigkeit und seiner Verherrlichung des Staates eine äußerst gefährliche Antwort auf gesellschaftliche Krisenerscheinungen und ungleiche Reichtumsverteilung. Der in jedem arbeitsfetischistischen 1.Mai-Aufruf artikulierte Sozialneid ist das exakte Gegenteil von dringend notwendiger Sozialkritik.

## Arbeits- und Staatsfetischismus

Ob linke Globalisierungsgegner, christliche Sozialtheoretiker oder faschistische Produktivitätsfanatiker: Helfershelfer bei der Rettung der Arbeit soll der Staat sein, der den zügellosen, nicht dingfest zu machenden Marktkräften den Betrug an der ehrlichen Arbeit verunmöglichen soll: Kein Arbeitsfetischismus ohne Staatsfetischismus. Doch wird der Staat gegen den Markt in Anschlag gebracht, werden Folgen kritisiert und zugleich deren Ursache legitimiert. Es wird nicht das Kapitalverhältnis und der Staat als dessen kollektiver Organisator für die systematische Schädigung des Interesses der abhängig Beschäftigten verantwortlich gemacht, sondern der Kapitalismus wird lediglich mit immer neuen sprachlichen Zusätzen versehen: vom »Turbokapitalismus«, über den »Kasino- und Mafiakapitalismus« bis zum »Raubtier-« oder »Börsendschungel-Kapitalismus«. Dagegen wird dann die »Würde der Arbeit« mobilisiert und der Verlust der »Gestaltungsmöglichkeiten der Politik« beklagt.

Der Skandal der heutigen Gesellschaftsform besteht aber nicht darin, dass die Politik in einigen Bereichen weniger zu melden hat als früher. Das Niederschmetternde einer auf Gedeih und Verderb an die Verwertung von Kapital geketteten Gesellschaft besteht darin, dass in ihr das millionenfache Verhungern von Menschen, die zwar Lebensmittel »nachfragen«, aber eben über keine *zahlungskräftige* Nachfrage verfügen, achselzuckend in Kauf genommen wird. Das Obszöne dieser Gesellschaft besteht darin, dass Luxus und Genuss den meisten Menschen auch in den materiell vergleichsweise abgesicherten Weltgegenden vorenthalten werden, obwohl das angesichts der entwickelten menschlichen und gesellschaftlichen Fähigkeiten nicht notwendig wäre. Nicht etwa, weil das irgendwelche finsteren Mächte so beschlossen hätten, sondern weil es schlicht der Logik des Systems der Kapitalakkumulation entspricht, gegen das es heute kaum wahrnehmbaren Einwände mehr gibt – es sei denn von Leuten, welche die bestehende Gesellschaft durch noch Schlimmeres ersetzen wollen.

Anstatt für die Vollendung des Individualismus und für seine gesellschaftlichen Voraussetzungen zu streiten, klammert man sich an die Sklavenparole »Die Arbeit hoch!«. In der Huldigung des Prinzips der Arbeit finden rechts und links, sozialdemokratischer Etatismus und liberaler Verwertungswahn zueinander. Jemand wie Oscar Wilde hätte für dieses Theater nur Verachtung übrig gehabt. In *Der Sozialismus und die Seele des Menschen* heißt es ebenso knapp wie treffend: »Muße, nicht Arbeit, ist das Ziel des Menschen.«

Bild: Deutsche Fotothek, Dresden

Auch nach Erfindung der Dampfmaschine war die klassische Tretmühle noch in Verwendung: Hier in einem englischen Gefängnis (1867)

## Glück statt Arbeit

Das zynische Achselzucken des Liberalismus, der angesichts der schlechten Einrichtung der Welt erklärt, die Menschen seien nun einmal so, und der über seine eigenen Konstitutionsbedingungen nichts wissen will, ist nicht viel besser als das linke Geraunze. Doch was sollte die Alternative zum traditionslinken wie liberalen Arbeitsfetischismus sein? Entspricht das Arbeitsregiment nicht der »menschlichen Natur«? Schon der Dandy und Gentleman Oscar Wilde hatte die passende Antwort auf derartige geschichtsvergessene Abwehrreaktionen parat: »Das einzige, was man von der Natur des Menschen wirklich weiß, ist, dass sie sich ändert.« Gegen liberale Konkurrenzverherrlichung und linken Staatsfetischismus ginge es um eine Kritik der Arbeit, die weder mit dem traditionellen arbeitsfetischistischen Marxismus noch mit alternativen Verzichtsideologien etwas zu tun hat. Ihr geht es nicht um eine gleichmäßige Verteilung des Elends, sondern um seine globale Abschaffung. Sie will nicht Konsumverzicht, sondern Luxus für alle.

Eine Kritik der Arbeit richtet sich nicht gegen das Glücksversprechen der bürgerlichen Revolution, sondern versucht, seinen ideologischen Gehalt aufzuzeigen und zu verdeutlichen, dass dieses Versprechen in der bürgerlichen Gesellschaft kaum eingelöst werden kann. Solcherart Gesellschaftskritik will keinen falschen Kollektivismus oder gar Gemeinschaftssinn, sondern die verwirklichte Freiheit des Individuums, das sich über seine gesellschaftliche Konstitution bewusst ist. Dementsprechend verachtet solch eine Kritik die Parole »Die Arbeit hoch!« und setzt dagegen die Vorstellung Theodor W. Adornos von einem versöhnten gesellschaftlichen Zustand, wie er sie in seinem Aphorismus *Sur l'eau* in den *Minima Moralia* gefasst hat: »auf dem Wasser liegen und friedlich in den Himmel schauen«, was übrigens auch eine schöne Alternative zu den drögen Gewerkschaftsaufmärschen oder der Klassenkampfsimulation linker Splittergruppen zum alljährlichen Tag der Arbeit ist.

## Klassenfahrt in die Volksgemeinschaft

Der Vorstellung von der »Einheit der Arbeiterklasse«, die auf den diversen Aufmärschen zur Feier der Arbeit Jahr für Jahr beschworen wird, war immer schon ein Quäntchen kollektivistischer Wahn und eine ordentliche Portion Konformimus beigemischt. Das Klassenbewusstsein, das stets als eine Art Geheimwaffe der Arbeiteremanzipation selbst noch bei den avanciertesten Vertretern eines kritischen Marxismus firmierte, ist lange schon entzaubert. Wird das Kapital vor dem Hintergrund der Marxschen Wert- und Fetischkritik als blinder gesellschaftlicher Prozess, als Selbstbewegung eines gesellschaftlichen Ungetüms begriffen, das sich durch das bewusstlose Handeln der gesellschaftlichen Akteure vollzieht und dabei stets und zum Nachteil des überwiegenden Teils der Menschen die Aufspaltung der Gattung keineswegs nur in Klassen, sondern überhaupt in sich zwangsläufig in erbitterter Konkurrenz feindlich gegenübertretende Monaden produziert und reproduziert, so ist auch der Klassenkampf keine heroische und systemtransformierende Angelegenheit mehr.

Die schlechten gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse können nicht durch die konsequente Wahrnehmung von Interessen aufgehoben werden, da sie diese Interessen selbst konstituieren. Anders gesagt: Lohnarbeiter als Lohnarbeiter wollen mehr Lohn, nicht die allgemeine Emanzipation. Der Wille und das Interesse, die sich hier artikulieren, sind nicht jene von voraussetzungslosen Subjekten, sondern von gesellschaftlichen Charaktermasken, von Personifikationen gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Verwirklichung von Emanzipation, die Herstellung eines versöhnten Zustandes kann nicht die Verwirklichung eines Klasseninteresses vom Standpunkt der Arbeit aus sein, sondern nur die Überwindung von Klassen und ihrer Interessen. Nicht baut die Arbeiterklasse den Sozialismus auf, sondern der Aufbau des Sozialismus, soll er nicht lediglich eine alternative Form der Schinderei sein, implizierte den Abbau der Arbeiterklasse. Für die 30-Stunden-Woche kann man als Klasse streiten, für allgemeine Emanzipation und gesellschaftliche Versöhnung im Sinne der Kritischen Theorie nicht.

Subjekt der Emanzipation von der Lohnarbeit könnte heute nur eine Assoziation der leidenden Menschen mit dem Vorsatz sein, jene Verhältnisse, die das Leid systematisch verursachen, in einem Akt praktischer gesellschaftlicher Selbstreflexion in progressiver Absicht aufzuheben. Weiß dieses Subjekt aber nichts von der drohenden Aufhebung des schlechten Bestehenden hin zum Schlimmsten, kann es kein emanzipatives sein. Die klassenlose Klassengesellschaft, die postnazistische, in Deutschland und Österreich erst durch Faschismus und Nationalsozialismus ermöglichte »Pseudomorphose der Klassengesellschaft an die klassenlose«, von der Adorno in seinen *Reflexionen zur Klassentheorie* spricht, berührt den Kern jeder Revolutionstheorie. Da der für den Traditionsmarxismus konstitutive Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit kein außerhalb jeglicher Geschichtlichkeit existierendes Verhältnis ist, kann er auch nicht unberührt bleiben von der negativen Aufhebung der Klassengesellschaft in der deutsch-österreichischen Volksgemeinschaft. Das proletarische Interesse hat sich im Nationalsozialismus mit dem Staat verbündet und sich ans Vernichtungswerk gemacht. Nachdem die Proletarier in den hiesigen Gefilden in ihrer niederschmetternd überwiegenden Mehrheit zu Prolet-Ariern mutiert waren und sich in den volksgemeinschaftlichen Massenmord integriert hatten, müsste jede emphatisch auf den Begriff der Arbeiterklasse rekurrierende Emanzipationsvorstellung vor sich selbst erschrecken.

## Schlechte Aufhebung der Arbeit

War vor der faschistischen Versöhnung von Kapital und Arbeit der proletarische Arbeitskult noch auf die Überhöhung und Verklärung der Schufterei als Mittel zum Lebensunterhalt gerichtet, gerät im Nationalsozialismus und im Postnazismus das Sinnstiftende und Disziplinierende der Arbeit zum eigentlichen Grund des Arbeitsfetischismus. Daran ändert dann auch die vermeintlich »neoliberale« Flexibilisierung der Arbeitswelt in den letzten Jahrzehnten nichts mehr. Ganz im Gegenteil: Sie herrscht die zuvor von Staats wegen und gemeinschaftlich organisierte Verpflichtung zur Produktivität nun jedem Individuum als »Eigenverantwortung« auf. Durch die neuen Formen von »Mitbestimmung« und die vielgelobten »flachen Hierarchien« in der Arbeitswelt wird der Produktivitätswahn im schlechten Sinne demokratisiert und individualisiert, keineswegs aber in Frage gestellt.

Diese Flexibilisierung und schlechte Individualisierung macht sich selbst noch in der Kritik an der Arbeitssucht bemerkbar. Etwa wenn sich Menschen ungeachtet der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen jenseits der Erwerbsarbeit einfach als *Glückliche Arbeitslose* titulieren, wie vor einigen Jahren eine von Berlin ausgehende Initiative, die über die Landesgrenzen hinweg große Beachtung im Feuilleton gefunden hat. So sympathisch ihre Kritik an den vorherrschenden Vorstellungen von Produktivität und Arbeit sein mag, so problematisch ist beispielsweise ihr Lob afrikanischer Großfamilien als alternative Form der Reproduktion und ihre Begeisterung für die vermeintliche »soziale Überlegenheit des armen Südens«, von der sie in ihrem *Manifest* schreiben. Der schlechten Individualisierung begegnen sie mit einem falschen und rückwärtsgewandten Kollektivismus, obwohl sie selbst betonen, dass es nicht darum gehen kann, »uralte soziale Gebräuche nachzuahmen«. Nicht ein vormodernes Stammesbewusstsein, in dem Arbeits- und Freizeit noch gar nicht voneinander geschieden sind, kann das Ziel sein. Es geht vielmehr um einen gesellschaftlich selbstreflexiven Müßiggang, der nicht hinter zentrale Errungenschaften der Moderne wie beispielsweise der Herauslösung aus repressiven Familienstrukturen und die Möglichkeit zu freiwilliger Vereinzelung zurückfällt, sondern über sie hinausweist. Doch solange das Glück des Menschen an den Nachweis seiner Verwertbarkeit gebunden bleibt, kann man kein »glücklicher Arbeitsloser« werden, und die wie auch immer kritikwürdige bürgerliche, urbanistische Gesellschaft ist allemal besser als die »Blutsurenge« traditioneller Gemeinschaften und der »Idiotismus des Landlebens«, den Marx und Friedrich Engels in ihrem *Manifest* völlig zu Recht ins Visier nahmen.

Eine Kritik der Arbeit und des Kapitals muss heute wissen, dass es weitaus Schlimmeres gibt als die bürgerlich-kapitalistische Vergesellschaftung und das ihr inhärente Arbeitsregiment: ihre negative Aufhebung. Solange eine Abschaffung von Arbeit und Verwertung, solange also Freiheit im Sinne der Realisierung individueller und gesellschaftlicher Emanzipation keine Aussicht auf Erfolg hat, gilt es, zumindest die Möglichkeiten kritischer Reflexion über die fetischistisch konstituierte Arbeitsgesellschaft aufrechtzuerhalten, zugleich das Schlimmste zu verhindern und sich gegen die Aufhebung der schlechten bestehenden Arbeitsgesellschaft in die antisemitische Barbarei zu stellen.

Daraus resultiert eine Parteilichkeit gegen jede Art falscher Unmittelbarkeit, wie sie leider auch in vielen Ausprägungen der Arbeitskritik aufscheint (man denke nur an den optimistischen Vitalismus beispielsweise des Situationisten Raul Vanheigem, der einem schon in den Titeln seiner Bücher anspringt: *An die Lebenden, Buch der Lüste* etc.). Neben dieser Parteinahme für die Vermittlung und den daraus resultierenden Einspruch gegen jeden Versuch ihrer barbarischen Aufhebung kann es Gesellschaftskritik nicht um eine Klassenbewusstseinstheorie und erst recht nicht um eine Kritik vom »Standpunkt der Arbeit« aus gehen, sondern einzig um den Versuch, inmitten der falschen Gesellschaft individuelle und gesellschaftliche Selbstreflexion zu ermöglichen, um die Reste jener vom Zwang zu Kapitalproduktivität und Staatsloyalität systematisch beschädigten Mündigkeit zu retten, die eine Grundbedingung der Verwirklichung von Freiheit ist.

Eine Kritik des Arbeitsfetischismus bedeutet jedoch nicht, ein Plädoyer fürs dröge Nichtstun zu halten oder sich die dumpfe Parole »Arbeit ist Scheiße« von der konformistischen Punker-Fraktion oder anderen infantilen Spießern zu eigen zu machen. Das bloße Herumhängen wird nach ein paar Tagen oder ein paar Monaten nervtötend und frustrierend. Das konsequente, selbst zur Ideologie gewordene *far niente* ist auf Dauer gar nicht *dolce*, sondern langweilig – und, angesichts der Einrichtung dieser Welt, irgendwann natürlich auch existenzbedrohend. Es geht nicht darum, die Kritik an der Arbeit als Ausrede zu verwenden, sich den Anforderungen eines mündigen – und das heißt immer auch: widerspruchsvollen und mitunter ausgesprochen anstrengenden – Lebens zu verweigern und sich in der Wiederholung des Immergleichen einigermaßen bequem, aber völlig stupide so einzurichten, wie man das in gewissen Segmenten der Linken praktiziert.

Anzustreben wäre vielmehr, den doch offenbar in nahezu jedem Menschen schlummernden Tatendrang, die Kreativität und das Bedürfnis nach ästhetischer Äußerung, die Lust an der Gestaltung des eigenen Lebens und den Wunsch nach größtmöglichem und ausdifferenzierten Genuss vom ökonomischen Verwertungszwang und von politischer Bevormundung zu befreien und gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die eine Art produktiven Müßiggang überhaupt erst ermöglichen würden. Gelänge dies, würde, wie es in Adornos *Minima Moralia* heißt, die Menschheit wohl auch »aus Freiheit Möglichkeiten ungenützt« lassen, »anstatt unter irrem Zwang auf fremde Sterne einzustürmen«.

---

*Stephan Grigat ist Research & Teaching Fellow an der Hebrew University of Jerusalem, Autor von »Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung« und Herausgeber von »AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder«.*

# Ein »FreeThemAll« wird es nicht geben

## Kommentar zu Freilassung des Journalisten Deniz Yüzel und den Reaktionen darauf. Von *Paulette Gensler*.

Am 16. Februar kam die überraschende Meldung: Deniz Yücel ist frei und würde sogar nach Deutschland ausreisen. Wer sich in diesem Moment nicht für Yücel freute, erwies sich als empathieloses Charakterschwein. In der Tat haben nicht wenige aus dem Umfeld von AfD und Pegida am Fall Yücel bewiesen, wessen Geistes Kind sie sind, da sich schon einige im Vorfeld in den Sozialen Medien freuten, dass der »Deutschenhasser« Yücel im türkischen Kerker schmore, während Thilo Sarrazin beispielsweise, der nun wahrlich eine recht bewegte persönliche Geschichte mit Yücel hat, gegenüber dem Ernst-Jünger-Blatt »Junge Freiheit« verlautete: »Als Person ist Deniz Yücel für mich nicht satisfaktionsfähig. Das gibt der Türkei aber noch nicht das Recht, ihn zu inhaftieren.«

Und doch sollte man sich fragen, ob es wirklich gerechtfertigt ist, wie der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten Verbandes, Frank Überall, sofort zu verkünden: »Das ist ein Sieg für die Pressefreiheit auf ganzer Linie.« Dass es schon einmal ganz klar kein Sieg »auf ganzer Linie« war, hätte Überall merken müssen, da er selbst wenige Zeilen später betonte, »dass noch etwa 150 weitere Journalisten in der Türkei im Gefängnis säßen.« Yücel selbst hat in einer kurzen Videobotschaft betont, dass er selbst nicht wisse, wieso er freigelassen wurde, dass es aber nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun habe, womit er bewies, dass er in der Situation mehr Durchblick behielt, als die meisten seiner sofort in die Tasten hauenden Kollegen. Gerade die mangelnde Kenntnis über die Gründe der Freilassung sollten davor zurückschrecken lassen, von einem »Sieg für die Pressefreiheit« zu reden; und auch der »Jubelkorso für die Pressefreiheit« hätte, wenn dann einer »für Deniz Yücel« sein müssen.

Sofort meldeten sich Stimmen zu Wort, die versicherten, es habe einen schmutzigen Deal gegeben, wobei der Favorit die Lieferung von neuer Munition für die Leopard 2-Panzer zu sein scheint, mit denen im Anschluss Kurden getötet werden. Im Tagesspiegel hatte man zwar erkannt: »Es gibt keine Beweise, es bleibt die Verschwörungstheorie«; aber nur um an Letzterer fleißig mitzubasteln, indem man über eventuelle Waffenlieferungen geheimniskrämerisch verlautete: »Ein Lieferant wird sich finden. Und man wird wohl nie erfahren, wer es war.« Als wäre dies alles nicht verrückt genug, beendet der Leiter des Wirtschaftsresorts, Kevin P. Hoffmann, seine Auslassungen mit der ekelhaft menschelnden Empfehlung: »Auch Yücel selbst, der erklärt hatte, er wolle nicht freikommen in einem »schmutzigen Deal«, wird mit dieser Ungewissheit leben müssen, vielleicht gar besser leben können, als wenn alles offen auf dem Tisch läge. Trost mag ihm der Gedanke geben, dass er selbst es nicht in der Hand hatte. Er bleibt Opfer, nicht Täter. Und, dass Erdogan auch mit jedem anderen Bundesbürger in Haft einen Preis erpresst hätte. Es mag zynisch klingen, nach mehr als einem Jahr Geiselhaft, ist es aber nicht: Yücel sollte um seiner psychischen Gesundheit willen diese Sache nicht persönlich nehmen.« Wer auch nur zwei oder drei Texte von Yücel gelesen hat, dürfte wissen, dass er vermutlich der Erste oder Energischste sein dürfte, der sich dieser »Sache« selbst annehmen wird, wenn er zu seiner Arbeit zurückkehrt; und man wird von ihm erwarten dürfen, dass Yücel dies alles völlig zurecht höchstpersönlich nimmt; dass er nicht mit einem »na und?« darüber hinweggeht, sondern einem »Kollegen«, wie jenem vom Tagesspiegel, dessen Anmaßungen in der ihm früher eigenen Sprache um die Ohren hauen wird.

Es ist grober Unfug, anlässlich der Freilassung Yücels zu denken, ein autoritärer Führer und seine ihn umgebenden Racketführer würden ausschließlich streng nach materialistischen Zweckrationalitäten handeln, oder auch, dass Geiseln im Allgemeinen nur aus materiellen Gründen genommen würden. Gerade politische Geiseln dienen oftmals schlichtweg dazu, dass ein anderer Staat einfach nur nichts macht.

Yücel ist nicht (nur) frei, weil die Türkei ihn nicht mehr festhalten *kann*, sondern vor allem, weil sie ihn nicht mehr festhalten *braucht*. Das Regime hat sich längst Sicherheit und Zeit erpresst. Dass der Preis längst bezahlt war, zeigte sich, als Gabriel seinem türkischen Pendant Cavusoglu in demütigster Weise zu Hause Tee servierte. Genau das waren die Bilder, die Erdogan im Inneren gut gebrauchen kann, und die nicht minder wichtig sind als Geschosse für Panzer. Man brauchte weder Türke noch Turkologe sein, um Gabriels Verhalten als Unterwerfungsgeste zu verstehen, als das Zeichen der Schwäche, als das es in der Türkei genüsslich ausgeschlachtet wurde.

Es ist seit Jahren offensichtlich, dass Deutschland an der Türkei nicht minder interessiert ist als andersherum – und dies insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Nicht erst die beständige deutsche Verteidigung des Iran-Deals um jeden Preis sollte erkennen lassen, dass man keine Geiseln aus Deutschland nehmen muss, damit dieser Staat mit einem Schurkenstaat erster Klasse Geschäfte macht. Insbesondere durch den Flüchtlings-Deal hat die Türkei eine ganz andere Anzahl und vor allem Art von »Geiseln«, mit deren »Freilassung« Erdogan am laufenden Band *drohen* kann.

Bild: Isabel Lott / taz

Deniz Yücel

Die Freilassung ist eine ausschließlich persönliche Erleichterung für Deniz Yücel und sein Umfeld, aber es gibt darüber hinaus keinesfalls Grund zur Freude. Die Freilassungen von Steudtner, Tolu und nun Yücel sind kein Anzeichen für ein Schwächeln des Sultans, sondern eher dafür, dass er immer fester im Sattel sitzt. Darüber hinaus bleibt die Freilassung – und dies kann man ohne große Mutmaßungen oder Verschwörungstheorien erkennen – ein Sieg für Erdogan, und das auch ohne jeden weitergehenden konkreten Waffen- oder Kredit-Deal. Der erzielte Kompromiss ist ein Traum für Erdogan, der nie ernsthaft vorgehabt bzw. gehofft haben dürfte, Yücel ernsthaft in seiner Anwesenheit zu verurteilen, was nicht heißt, dass er unter ungünstigeren Umständen nicht durchaus dazu bereit gewesen wäre. Die Türkei hat mit dem Urteil mindestens zweierlei erreicht: zum einen kann der Schauprozess nun – ohne den prominenten Angeklagten im Lande – wirklich als Schauprozess, und somit als reelle Drohung für alle im Lande stattfinden, ohne dass beispielsweise die deutsche Regierung noch ein ernstes Interesse an dem Prozess zeigen dürfte. Dabei sollte man nicht vergessen: Deniz Yücel ist nicht freigesprochen, ja er ist nicht einmal per se frei, sondern nur weg. Er dürfte in Abwesenheit schuldig gesprochen werden, und ein Strafmaß erhalten, das ihm eine Rückkehr in die Türkei verunmöglichen wird. Aber eben das wird letztlich kaum mehr jemanden mobilisieren von jenen, denen es in erster Linie um die Freilassung ging. Deutschland wiederum wird einer Auslieferung nicht zustimmen. Fraglich ist, inwieweit seine Reisefreiheit eingeschränkt wird, da andere Länder ihn ausliefern könnten – woran weder die Türkei noch Deutschland oder Yücel ein Interesse haben. Derart können die AKP-Medien die Freilassung momentan auch gleichermaßen als Sieg Erdogans und als Beweis für die angebliche Unabhängigkeit der Gerichte verwenden.

Zum anderen hat die Geiselnahme von Yücel schlicht und ergreifend einen spezifischen weiteren Zweck erfüllt, der nicht zu trennen ist von den Protesten gegen die Inhaftierung, und der sich, statt per se geplant gewesen zu sein, eher von selbst aufgetan haben dürfte. Dass sich wegen der Festnahme Yücels derart viel Druck aufbauen würde, dürfte selbst den osmanischen Egomanen etwas überrascht haben. Das informelle Bündnis von der *Jungle World* über die *taz* bis zum Springer-Konzern, welches ausschließlich aufgrund des Karrierewegs Yücels zustande kam, hatte es nach einer Weile geschafft, die recht lustlose Bundesregierung zum immer noch zögerlichen Handeln zu bewegen. Dabei dürfte es dienlich gewesen sein, dass die einen eher Erfahrung in Kampagnenarbeit und Aktionismus einbrachten, die anderen hingegen finanzielle Mittel, Beziehungen und einen Hauch von Seriosität. Die Kampagne FreeDeniz bot durch ihre Kumpelhaftigkeit Identifikationsfläche. Im Namen Yücels, der sich dagegen nicht wehren konnte und dem es in der Situation wohl auch ziemlich egal gewesen sein dürfte, wurden jedem das »Du« angeboten, als würde man sich kennen. Es gab einige ernsthaft rührende Momente neben massiv viel Kitsch – die *Welt* ermöglichte beispielsweise, seine Zelle in Originalgröße zu »erleben«. Die persönliche Note, die man selbst sehr unterschiedlich bewerten kann, sollte zumindest die Beschränktheit der Kampagne aufzeigen.

Indem die Türkei die Freilassung bis zuletzt hinauszögerte, fokussierte sich der Druck immer mehr auf den Fall Yücel und die Prominenz Yücels erwies sich als gutes Überdruckventil, das sich je nach Belieben öffnen ließe, was nun geschah. Der kleinen, aber beharrlichen Protestbewegung, die sich gehörig Aufmerksamkeit verschafft hatte, ist der Wind aus den Segeln genommen. Die Überführung des »Freundeskreises« in ein »FreeThemAll« wird nicht gelingen, da sollte man sich nichts vormachen.

Schon allein von den fünf in Haft verbliebenen Deutschen kennt kaum jemand die Namen. Und so sehr auch betont wird, dass noch weitere 150 Journalisten in Haft sitzen, vergisst man meist schon zu betonen, dass dies auch für tausende (vermeintliche und echte) Regimekritiker und -gegner verschiedenster Couleur gilt, für die sich, schon da sie einem anderen Berufsstand angehören, erst recht niemand interessiert. Das Perfide war niemals der partikulare Einsatz für die Freilassung Yücels an sich; bzw. wäre er es als offen eingestandener nicht gewesen – das Perfide sind vor allem die jetzigen Selbstbelobigungen, die Hypostasierungen der angeblich erkämpften Pressefreiheit, der Trug, man hätte einen Sieg gegen den zwar alten, aber recht frischen Mann am Bosporus errungen. Die Euphorie, die vor allem Deniz Yücel (abgesehen von der ihm von ganzem Herzen gegönnten Erleichterung) zu Recht nicht zu teilen scheint, ist Symptom der Besinnungslosigkeit. Für diese muss spätestens mit der Freilassung Yücels das letzte Verständnis erlöschen. In Richtung Deniz Yücel selbst bleibt nur zu sagen, und zwar von ganzem Herzen: Hoş Geldiniz!

---

*Paulette Gensler lebt in Berlin und schreibt unter anderem für die* Jungle World *und* Bahamas.

Unter *http://versorgerin.stwst.at/autorin/paulette-gensler* findet sich nicht nur eine Langfassung des Kommentars, sondern auch eine umfassende Rezension von Uli Krugs »Der Wert und das Es«, die Paulette Gensler zusammen mit Katharina Klingan verfasst hat.

# Im Netz der Dinge

*Svenna Triebler* über »smarte« Technik und dumme Ideen bei deren Nutzung.

Seit Weihnachten besitze ich einen jener internetfähigen Minicomputer, die helfen, Telefonate weitgehend überflüssig zu machen, dessen ungeachtet aber immer noch Smartphone heißen. Die Chipkarte aus meinem alten Handy habe ich allerdings noch immer nicht in das neue Spielzeug eingesetzt – nicht, weil ich tatsächlich völlig aufs Telefonieren verzichten könnte, sondern weil es sich ungefähr so anfühlt, als sollte ich einen Vertrag mit meinem Blut unterzeichnen.

So ganz im 21. Jahrhundert bin ich also immer noch nicht angekommen. Vielleicht liegt das einfach daran, dass ich inzwischen das dritte der technologischen Lebensalter erreicht habe, die Douglas Adams so beschrieben hat: *»1. Alles, was es schon gibt, wenn du auf die Welt kommst, ist normal und üblich und gehört zum selbstverständlichen Funktionieren der Welt dazu. 2. Alles, was zwischen deinem 15. und 35. Lebensjahr erfunden wird, ist neu, aufregend und revolutionär und kann dir vielleicht zu einer beruflichen Laufbahn verhelfen. 3. Alles, was nach deinem 35. Lebensjahr erfunden wird, richtet sich gegen die natürliche Ordnung der Dinge.«*

Da die meisten Altersgenossen deutlich unbekümmerter mit ihren Wischtelefonen umgehen, ziehe ich allerdings die Erklärung vor, dass ich einfach misstrauischer, wenn nicht sogar klüger als meine Mitmenschen bin, was den Datenschutz angeht. Und während ich noch damit hadere, der Firma Google mein Bewegungsprofil, Einkaufsgewohnheiten, Fotos etc. anzuvertrauen, gehen andere bereits den nächsten Schritt, nämlich ins Internet of Things (IoT): Sie führen Dialoge mit semi-intelligenten Lautsprechern und steuern darüber ihr Smart Home, an das sie vom Staubsaugroboter bis zur Brotschneidemaschine alles anschließen, was sich mit Chips und Funktechnik ausstatten lässt.

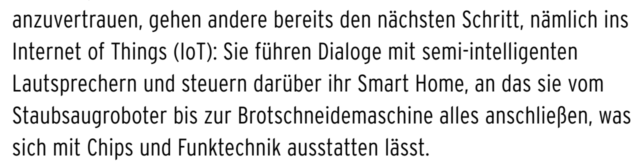
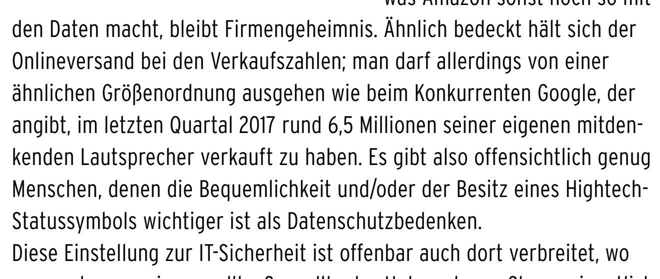



Bild: Disney

Der tapfere kleine Toaster & Co konspirieren über den nächsten *DDoS Attack*

Das freut nicht nur die IT-Unternehmen, die neben dem Geld ihrer Kunden auch noch allerhand Daten von ihnen erhalten, sondern auch Unbefugte. So sorgte im August 2016 das sogenannte Mirai-Botnetz für den Ausfall zahlreicher Onlinedienste wie Twitter, Amazon oder Spotify. Als das Internet wieder störungsfrei lief, konnte man erfahren, dass sich die Schadsoftware nicht auf dem bisher gängigen Weg über PCs von unvorsichtigen Nutzern verbreitet hatte, sondern Sicherheitslücken von Überwachungskameras und anderer internetfähiger Technik ausnutzte.[1] Dies war zum einen möglich, weil viele der betroffenen Geräte mit vom Hersteller festgelegten Passwörtern »geschützt« waren – ein offenes Scheunentor für Angriffe aller Art. Aber auch, wo Nutzer das Passwort selbst hätten ändern können, war dies aus Unkenntnis, Gleichgültigkeit oder Faulheit meist schlicht nicht geschehen.

Mit dem Vorfall wurde erstmals eine breitere Öffentlichkeit auf die Gefahren aufmerksam, die in der schönen neuen IoT-Welt lauern. Seitdem vergeht kaum eine Woche, in der nicht von gekaperten oder zumindest unsicheren Gadgets berichtet wird. So entdeckte etwa kürzlich ein österreichischer Sicherheitsforscher eine praktisch offen im Internet herumliegende Kundendatenbank von besonders delikater Natur: In ihr waren Passwörter, Chatverläufe und sogar Fotogalerien der Nutzerinnen eines onlinefähigen Erwachsenenspielzeugs namens »Panty Busters« gespeichert. Der Hersteller hat die Sicherheitslücke inzwischen geschlossen, bevor die Daten in die falschen Hände gelangen konnten – wenn man denn einen Anbieter, der dermaßen fahrlässig mit intimen Informationen umgeht, als die richtigen Hände bezeichnen will.

Man kann sich allerdings auch fragen, warum Leute es überhaupt für eine gute Idee halten, ihre Genitalien per Sextoy ans Internet anzuschließen; die Zusatzfunktionen, mit denen die entsprechenden Gerätschaften angepriesen werden – etwa individuell einstellbare Programme oder die Möglichkeit, jemand anderem die Steuerung zu überlassen – sind jedenfalls nichts, was nicht auch eine herkömmliche Fernbedienung leisten könnte. Und selbst, wenn die Dinger vielleicht Schwung in die eine oder andere Fernbeziehung bringen, lässt sich zweifeln, ob es das wert ist, den privatesten Teil des Lebens ausgerechnet der notorisch indiskreten Technologie anzuvertrauen, die das Internet nun einmal darstellt.

Dabei sind Hacker und Datendiebe nur die eine Hälfte des Problems, die andere sind die Onlinedienste selbst. Dass man für den »kostenlosen« Zugang zu Sozialen Medien mit seinen Daten zahlt, mit denen die Plattformen die Werbeindustrie versorgen und ihre eigenen Algorithmen füttern, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Mit dem Internet of Things verhält es sich nicht anders: So wurde Amazons »smarter« Lautsprecher Echo im vergangenen Jahr mit dem Negativpreis »Big Brother Award« bedacht, weil das Unternehmen Gespräche dauerhaft speichert, um die Spracherkennung zu verbessern – was Amazon sonst noch so mit den Daten macht, bleibt Firmengeheimnis. Ähnlich bedeckt hält sich der Onlineversand bei den Verkaufszahlen; man darf allerdings von einer ähnlichen Größenordnung ausgehen wie beim Konkurrenten Google, der angibt, im letzten Quartal 2017 rund 6,5 Millionen seiner eigenen mitdenkenden Lautsprecher verkauft zu haben. Es gibt also offensichtlich genug Menschen, denen die Bequemlichkeit und/oder der Besitz eines Hightech-Statussymbols wichtiger ist als Datenschutzbedenken.

Diese Einstellung zur IT-Sicherheit ist offenbar auch dort verbreitet, wo man es besser wissen sollte. So wollte das Unternehmen Strava eigentlich nur Werbung für seine gleichnamige Fitness-App machen, als es Anfang des Jahres eine sogenannte Heat Map veröffentlichte, auf der zu sehen ist, wo überall auf der Welt das Programm beim Laufen, Radfahren oder Schwimmen eingesetzt wird. Unter anderem offenbarte die Karte dabei auch beliebte Joggingrouten rund um Standorte im Jemen, in Somalia und der Sahelzone, die von Sicherheitsforschern (und zweifellos auch von interessierten Geheimdiensten) problemlos als geheime US-Militärstützpunkte identifiziert werden konnten. Die Soldaten, die den Fitnesstracker nutzten, waren offenbar davon ausgegangen, dass die Einstellung »Daten anonymisiert übermitteln« genug Sicherheit biete. Nun konnten sie zwar nicht ahnen, dass Strava auf die tolle Idee mit der Karte kommen würde, aber auch das unterstreicht nur die Lektion, die man aus diesem Vorfall ziehen sollte: Man kann nie wissen, was ein Anbieter mit den Informationen macht, die man ihm überlässt.

Nun dürfte es um das Sicherheitsbewusstsein von mutmaßlichen Elitesoldaten immer noch besser bestellt sein als um das von uns Normalverbrauchern; insbesondere mit dem Aufkommen der Smartphones hat sich eine äußerst lockere Einstellung zur Privatsphäre breitgemacht. Hätte man einer Bewohnerin der 1980er von einer Zukunft erzählt, in der jeder Mensch einen Taschencomputer mit sich herumträgt, der permanent seinen Standort verrät, von staatlichen Stellen als Abhörgerät benutzt werden kann und dessen Funktionen die Nutzer dazu bringen, freiwillig noch mehr von sich preiszugeben, hätte sie das wohl als schlechten Abklatsch klassischer Dystopien à la »1984« abgetan. Vor allem aber hätte sie sich wohl schwer vorstellen können, dass die Leute Bedenken mit dem Standardsatz »Ich habe nichts zu verbergen« beiseitewischen, während sie das nächste Selfie samt Ortsangabe auf Instagram hochladen (oder ihre bevorzugten Vibrator-Rhythmen der Cloud anvertrauen).

Wer keinen Begriff von Privatsphäre hat, gesteht diese auch anderen nicht zu, und auch hier leistet das Internet der Dinge Vorschub. Vielfach handelt es sich schlicht um Überwachungstechnik, etwa im Fall der erwähnten Kameras, die vom Mirai-Botnetz gekapert wurden. Eine wichtige Zielgruppe dabei sind überbesorgte Eltern: Kinder tragen heutzutage elektronische Fußfesseln – pardon, Armbanduhren, die ans elterliche Handy melden, wenn der Nachwuchs den erlaubten Bewegungsradius überschreitet; im Kinderzimmer zeichnen »Hello Barbie« und andere als Puppen getarnte Spionagegeräte auf, was die Kleinen ihnen so erzählen – für die Eltern zwei Jahre lang abrufbar, für den Hersteller außerdem dank Spracherkennungssoftware auf marketingrelevante Stichworte hin analysierbar.

Auch VW hatte eine tolle Idee: Da immer wieder Kinder durch seine Produkte zu Schaden kommen, die naheliegende Lösung – weniger Autos auf den Straßen – aber nicht im Interesse des Konzerns liegt, hat er unter dem Namen »Schutzranzen« eine Schultasche mit Sender entwickeln lassen, die Autofahrer warnen soll, wenn sich Kinder in der Nähe befinden[2] (und natürlich wiederum Eltern eine Überwachungsmöglichkeit bietet). Immerhin stieß ein geplanter Test an zwei Wolfsburger Schulen aber auf so große Datenschutzbedenken, dass das Projekt vorerst auf Eis gelegt wurde.

Um nun nicht in den Verdacht zu geraten, dass meine Einstellung gegenüber all diesen Entwicklungen vielleicht doch nur meinem technologischen Lebensalter geschuldet ist, sei abschließend eingeräumt, dass nicht alles gefährlicher Unfug ist, was diese moderne Technik so mit sich bringt. Im Zuge der Energiewende etwa wird es immer wichtiger, den Verbrauch den natürlichen Schwankungen von Wind und Sonne anzupassen, und da ist so ein Smart Home schon nützlich, das die Waschmaschine dann einschaltet, wenn gerade besonders viel Strom ins Netz eingespeist wird. Und auch das barrierefreie Wohnen dürfte dank schlauer Haushaltstechnik immer komfortabler werden. Vielleicht erreiche ich also noch das vierte, von dem mit nur 49 Jahren verstorbenen Douglas Adams leider nicht mehr postulierte Lebensalter: so alt und klapprig, dass die Vorbehalte gegenüber dem neumodischen Zeug zurücktreten hinter der Möglichkeit, das Licht auf Zuruf einzuschalten und den Kühlschrank die Einkäufe erledigen zu lassen. Ich werde Sie auf dem Laufenden halten.

---

[1] Nachdem zunächst die üblichen Verdächtigen, also »russische Hacker«, hinter dem Angriff vermutet wurden, stellten sich später drei US-Studenten in Alaska als Schuldige heraus. Deren Ziel war auch gar nicht, weltweites Chaos zu verursachen, sondern eine Attacke auf gegnerische Server des Spiels »Minecraft«, außerdem allerdings auch elektronische Schutzgelderpressung – sie hatten geplant, Hosting-Providern für eine Gebühr Schutz vor ihren eigenen Angriffen anzubieten, wie sie vor Gericht gestanden.

[2] Es handelt sich, nebenbei bemerkt, um eine weitere Variante des beliebten »victim blaming«, wie man es etwa auch von der Forderung nach einer Helmpflicht für Radfahrer kennt. Wer keinen trägt, ist demnach halt selbst schuld, wenn er von einem Raser über den Haufen gefahren wird.

---

*Svenna Triebler lebt in Hamburg und schreibt für die Zeitschriften* Konkret *und* Jungle World.





# Das identitätspolitische Dilemma

*Jakob Hayner* untersucht, wie die vielfältig in Erscheinung tretende Identitätspolitik funktioniert, die sich zum Idealtypus der Politik einer akademisch geprägten Linken aufschwingt.

*»Das Paradox besteht darin, dass die Emanzipationsbewegungen gegen jede Form von symbolischer Herrschaft immerzu einer falschen Radikalität anheimfallen, die sie daran hindert, sich bei den Herrschenden jene Instrumente abzuholen, die für einen erfolgreichen Abschluss des Unterfangens der Befreiung unerlässlich wären.«*

Pierre Bourdieu

Wenn im Folgenden versucht wird, zu ergründen, was das Dilemma der Identitätspolitik ist, warum es besteht und vor allem, wie es historisch zustande gekommen ist, wird zugrunde gelegt, dass es sich hierbei um ein Dilemma handelt, das auf die eine oder andere Weise in der politischen Linken in Erscheinung tritt. Es handelt sich hierbei nicht um eine politische Fraktion im engeren Sinne, die sich ein Programm gegeben hat und gegen andere Fraktionen steht. Dass die Identitätspolitik nicht mittels eines Manifests in die Welt getreten ist oder nur wenige sich explizit auf sie berufen, sollte nicht zu dem Fehlschluss bewegen, es gäbe sie eigentlich nicht. Oder zu dem skeptizistischen Allerweltsspruch ohne weiteren Erkenntnisgewinn, dass es *die* Identitätspolitik nicht gäbe, wohl aber Identitäts*politiken*. Die Ideologiekritik wäre reichlich blind für ihren Gegenstand, wenn sie nur untersuchen würde, was sprachlich explizit ist. Deswegen hat sich in der kritischen Theorie ideologischer Formationen die Annahme durchgesetzt, dass man es mit einem Ensemble sprachlicher und nichtsprachlicher Äußerungen und Annahmen zu tun hat, die nicht unbedingt nach den Kriterien Kohärenz und Konsistenz verfasst sein müssen. Man sollte Ideologie nicht als schriftlich fixiertes System von Aussagen begreifen, sondern mithin als ein alltägliches Handeln oder unbewusste Bezugnahmen. Dieser Ansatz der Ideologiekritik dürfte auch für eine Annäherung an das Phänomen der Identitätspolitik tauglich sein, denn bevor man sich drängen lässt, vorab zu sagen, was man darunter verstehe – also einfach eine positivistische Definition zu formulieren, mit der man sich dann ein- oder eben uneinverstanden geben kann –, ist es weit vielversprechender, zu untersuchen, wie die vielfältig in Erscheinung tretende Identitätspolitik funktioniert, die sich zum Idealtypus der Politik einer akademisch geprägten Linken aufschwingt. Eine zugrundeliegende Annahme ist, dass sich der Status quo aus den Widersprüchen der Linken selbst entwickelt hat – wenn manche Annahmen der Identitätspolitik auch in missverständlicher Weise beispielsweise aus den USA in den deutschsprachigen Raum importiert wurden, ohne zu prüfen, inwieweit die gesellschaftliche Realität mit diesen Begriffen überhaupt angemessen begriffen werden kann. Wenn die Identitätspolitik sich aus den Widersprüchen der Linken entwickelt hat, bedeutet das aber auch, dass die Kritik der Identitätspolitik insoweit eine Selbstkritik darstellt, als die politische Linke idealerweise der Ort der interessierten Debatte und des intellektuellen Streits über die Analyse von Gesellschaft, ihre Kritik und die Beförderung der gesamtgesellschaftlichen Emanzipation darstellt – was, seit den entscheidenden Einsichten über die Funktionsweise der modernen Gesellschaft von Marx, letztlich nicht weniger sein kann als die Emanzipation vom Kapitalverhältnis selbst.

Die heutige Identitätspolitik ist weitaus weniger theorieaffin als beispielsweise die Linke der sechziger und siebziger Jahre. Theoriearbeit war die Antwort auf die Veränderungen der Realität und die Verschiebungen des politischen Kräfteverhältnisses. Die große Theorieermüdung setzte dann ab Ende der siebziger Jahre ein und statt Dialektik war ein anderer Sound angesagt. Wenn die heutige Identitätspolitik vor allem ein Ensemble an Gesten ist, nicht an theoretischen Einsichten, hat das Vorläufer in den Widersprüchen der sogenannten Neuen Linken. Zum Repertoire der Gesten der Identitätspolitik gehören die kritische Intervention, das Sprechen als Repräsentant einer gesellschaftlichen Minderheit bzw. marginalisierten Gruppe, das sogenannte Markieren von Sprecherpositionen als Repräsentanten einer gesellschaftlichen Mehrheit bzw. Machtposition, das Sortieren der Sprecherpositionen nach privilegiert/marginalisiert sowie der weiteren Codes weiß/of colour, männlich/weiblich, heterosexuell/homosexuell, cis/trans/queer, außerdem der Modus des Sichtbarmachens von marginalisierten Positionen, was aber dann zu Problemen führen kann, wenn es mehr als eine solche Position gibt, weil dann nur die »marginalste« sichtbar sein soll, was wiederum zur Unsichtbarmachung anderer Positionen führen kann. Mit dem Paradigma der Sichtbarmachung geht eine bestimmte Sprachpolitik einher, deren Ideal die exakte Bezeichnung des Inexakten ist, der sich immer begrifflicher Bezeichnung entziehenden sinnlichen Mannigfaltigkeit, deren aufsehenerregende aktivistische Sprachmodellierung vor allem in verschiedenen Vorschlägen zum Gendern oder Entgendern von Sprache besteht (Binnen-I, Unterstrich, Sternchen, x-en, ecs-en). Verbunden ist das alles durch das Verwerfen des Universalismus und Betonung der Differenz. Im Einzelnen hat das oft den Charme von Verwaltungsvorgängen und so verwundert es kaum, dass der Erfolg der Identitätspolitik in den öffentlichen Verwaltungen, dem diversity management und der Einrichtung von mental wellbeing services liegt und die Anziehungskraft dieser Art von Politik kaum über den Kreis derer hinausgeht, die sich davon eine berufliche Perspektive versprechen. Mit dem Überhang des Gestischen geht auch die Betonung kommunikativer Performativität einher. Umverteilung ist nur noch vorstellbar im Rahmen der herrschenden Aufmerksamkeitsökonomie und ihrer immanenten Beschränkungen. Sowohl Theorie wie Praxis der Identitätspolitik kreisen um das Ideal der perfekten Kommunikationssituation, der von Diskriminierung und Macht befreiten Rede. Hier treten verschiedene Probleme auf: Setzt die konkrete Unterschiedlichkeit von Menschen immer ein Machtverhältnis voraus? Ist ein Machtverhältnis auch identisch mit einem Herrschaftsverhältnis? Ist das Ideal der Gleichheit dann nur unter Gleichartigen zu realisieren? Ist das nicht das Gegenteil des aufklärerischen Impetus, Gleichheit in der Unterschiedlichkeit herzustellen? Oder sollte der Reaktionäre Carl Schmitt doch Recht haben, wenn er schreibt: »Wer Menschheit sagt, will betrügen«? Aber wäre nicht ein Unterschied zwischen denen, die Gleichheit für realisiert und denen, die sie für realisierbar halten? Gibt es eine ideologische und eine unideologische Verwendung der Worte »gleich« und »ungleich«? Und wäre statt repräsentativer Gleichheit nicht die materielle dringlicher herzustellen? Zunächst gilt es festzuhalten, dass der zentrale Widerspruch, an dem sich das identitätspolitische Dilemma bildet, die Frage von Differenz und Gleichheit ist.



»Außerdem hieß identisch sein immer schon: tot sein. Das ist der logischen Figur der Identität eingeschrieben: Nur im Tod stimmt das Ich vollkommen mit sich überein. Denn das lebende Ich bewegt sich mit jeder Gefühlsregung, mit jedem Gedanken, mit jeder Handlung von sich weg.« M. Scharang

Zur Vorgeschichte der Identitätspolitik gehört die Geschichte der Neuen Linken. Damit verbunden ist auch die postmoderne Theoriebildung und was davon geblieben ist. Als zum Beispiel Roland Barthes den »Tod des Autors« verkündete, war das eine Übertreibung, um der idealistischen Vorstellung des Textproduzenten als eines Quasigottes, der seine subjektive Bedeutung in das tote Material einwebt, was anschließend von der Literaturkritik und dem Leser qua hermeneutischen Zirkel wieder zum Vorschein gebracht werden müsse, ein Ende zu bereiten. Der Tod des Autors war zunächst eine rhetorische Figur, auch um neue Leseerfahrungen zu ermöglichen. Das gilt auch für politische Texte; es geht ja nicht ausschließlich um Exegese, sondern auch um Gebrauch. Wenn man allerdings Barthes' Invektive gegen eine Form des verdinglichten Lesens und des idealistischen Literaturverständnisses selbst wieder verdinglicht, kommt man in das Dilemma, dass das Gegenteil des Unwahren ebenfalls unwahr wird – vor allem wenn das, was zunächst kritisiert wurde, historisch obsolet wird und verschwindet. (Was natürlich auch ein unschönes Licht auf die Methode solcher aufmerksamkeitsheischender Übertreibung im Bereich der Wissenschaft selbst wirft. Und nebenbei auch auf einige Hervorbringungen postmoderner Theoriebildung.) Den Tod des Autors verkünden heute zuallererst die Verleger und Autoren, deren pseudoartifizielle Produkte sich wie von Zufallsgeneratoren zusammengesetzt lesen. Dagegen sind Autorintention und Gestaltungswillen suspekt geworden. Mit den Texten der postmodernen Theorie verhält es sich ähnlich. Wo sie in ihren besten Momenten einst gegen verdinglichten Parteimarxismus, dem jede spontane Regung wie die revoltierenden Studenten und der wilde Generalstreik von 1968 in Frankreich per se suspekt war, wo sie gegen die große Erzählung des Liberalismus, die sich nicht einmal durch Faschismus, Nationalsozialismus und Auschwitz erschüttern ließ, wo sie gegen die allgemeine Proletarisierung als Voraussetzung von Befreiung spotteten oder die biederen Vorstellung von Befreiung selbst, bleiben sie unter veränderten Bedingungen nicht unmittelbar gleich wahr.

Zur theoretischen Reflexion und Revision nötigt zudem, dass der Kapitalismus (zumindest in den globalen Zentren) die Pseudomorphose zur postmodernen Utopie vollzogen hat. Charakterisiert ist dies durch die Abwesenheit einer ideologischen Erzählung, entleerte Bürgerlichkeit, hedonistische Zugeständnisse im Rahmen der durch Massenkredite ausgeweiteten Konsumgesellschaft, die Kulturalisierung des Sozialen, die Öffnung des Arbeitsmarktes bei gleichzeitigem Verlust der zentralen Funktion von Arbeit, ergo: allgemeine Verschlechterung der Bedingungen auf diesem selbst, und eine Ästhetisierung der Ich-AG-Existenzen.

Der Aufstand gegen die verwaltete Welt ist in den Verwaltungen angekommen. Und so hält sich die postmoderne Theorie als vulgarisierte scheinhaft am Leben. Aufgrund ihrer Vorliebe für Neologismen besteht sie vor allem in sehr distinktionsbasierten Sozialsystemen wacker, wie dem Kunst- und dem akademischen Betrieb, wo codifiziertes Bescheidwissen von zentraler Bedeutung ist – und so ist die Theorie zum Geschwätz herabgekommen. Für das, was einst wie der Parteimarxismus oder auch bürgerliche Ideologie der Postmoderne entgegengesetzt war, reicht es hingegen nicht einmal mehr zum Geschwätz. Der Marxismus fand sich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion diskreditiert. Die bürgerliche Ideologie versucht schon nicht einmal mehr die bürgerliche Gesellschaft zu erklären, wie die neoliberalen Ökonomen auch freimütig zugeben, und hat sich völlig dem Irrationalismus überantwortet, rhetorisch bedient man sich dabei auch (aber nicht ausschließlich) postmodernen Versatzstücken. Der theoriemüde Teil der Neuen Linken nahm sowieso nur einen Teil der postmodernen Theorie überhaupt zur Kenntnis, verstand das wenig Verstandene als Absage an Theorie überhaupt und war eher der Politik der ersten Person zugeneigt. Die neue Entdeckung der Subjektivität und der Differenz folgte der unausgesprochenen Fokussierung des Parteimarxismus auf das zumeist männliche Industrieproletariat unter dem Banner der Gleichheit. Während die Politik der ersten Person im Kontext einer umfassend politisierten Gesellschaft zunächst eine Erweiterung dessen bedeutete, was politisch verändert werden sollte, zeigte sich alsbald eine romantische Wende. Der Ausspruch »Das Private ist politisch« war zweischneidig, er war radikal, als gesellschaftliche Veränderung im Horizont des Möglichen war, sobald dieser verschwand, wurde die erste Person zum Rückzugspunkt aller gesellschaftsverändernden Impulse. Und so verwundert es wenig, dass als Schrumpfform der Politik der ersten Person verschiedene Selbsttechniken von Yoga bis Gesprächskreis, von fairen Konsum bis Selbsterfahrungstrips übrig geblieben sind, die wiederum mit der Veränderung der Arbeitswelt der Mittelklasse wunderbar korrespondieren. Statt Gesellschaftsveränderung blieb Selbstveränderung, statt Politik Moral und statt Bestärkung im widerständigen Handeln gegenseitige Versicherung des vermeintlich hilflosen Opferstatus. Die heutige Identitätspolitik ist die neueste Erscheinungsform dieser Privatisierung und Moralisierung von Politik – sie verbindet eine zur moralischen Empörung herabgesunkene Habitusanalyse mit der zur selbstgerecht distinktiven Haltung verkommenen Politik der ersten Person und ausgeprägtem Opferauftritt.

Zum identitätspolitischen Dilemma gehören die Zerfallsprodukte der postmodernen Theorie und der Politik der ersten Person. Aus beiden ergibt sich die Abneigung gegen begriffliche Arbeit, ein Hang zum gestischen Aktivismus, jedoch alles romantisch gewendet – mit klagendem Ton, mit dem passiv-aggressivem Gestus des Beleidigt- und Zurückgesetztseins, mit einer stark vorgetragenen Besetzung des eigenen Selbst und dessen Grenzen, einer Unempfänglichkeit für Ambivalenzen und dem Spiel damit und einer deutlichen Fokussierung auf Schutzmaßnahmen gegen eine permanente als bedrohlich empfundene Mitwelt. Nicht, dass es für all das keine Gründe gäbe. Das Leben im Kapitalismus ist eine permanente Zurücksetzung. Die Frage ist, ob dies tauglich ist, eine Perspektive auf Emanzipation zu eröffnen und ob das im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Problemen, die eine solche Emanzipation zwangsläufig zu lösen anträte, überhaupt angemessen ist. Auch hier ist eine historische

Perspektive lohnenswert. Denn Identitätspolitik ist in ihrem Kern Inklusions- und Anerkennungspolitik, mit dem Fokus auf repräsentativer Gerechtigkeit, weniger auf materieller Befreiung. Die Anerkennungstheorie sucht die interpersonale und kommunikative Vermittlung in der Dialektik von Herr und Knecht, die bei Hegel bekanntlich abbricht, was in der Alten Linken völlig zu Recht als Auftrag zur revolutionären Lösung dieser Angelegenheit begriffen wurde. Diese kommunikationstheoretische Wende, prominent eingeleitet von Jürgen Habermas, hat den postnazistischen Konsens der Sozialpartnerschaft in der BRD für den Normalfall der bürgerlichen Gesellschaft erklärt und die Zeit der Sozialingenieure ausgerufen, deren Expertenwissen im herrschaftsfreien Wissenschaftsdiskurs nun das Leben der Einzelnen verbessern sollte. Von der Existenz antagonistischer Konflikte im Kapitalismus wollte man nichts mehr wissen, stattdessen: Teilhabe, sozialer Zusammenhalt, Respekt. Während also die Anerkennungstheorie eine akademische Erfolgskarriere hinlegt, kündigte sich mit dem Ende von Bretton-Woods und der Ölkrise ein neuer, tiefgreifender Krisenzyklus des Kapitalismus an, nachdem der vorige nur wenige Jahrzehnte zuvor in zwei Weltkriegen und Völkermord geendet war. Die Anerkennungstheorie schöpfte ihre Annahmen aus der reichlich zweifelhaften Scheinstabilität der Nachkriegsgesellschaften und der Integrationskraft der Arbeit. Und gerade die wurde realiter doch einigermaßen in Frage gestellt. Die dauerhafte, staatlich verwaltete Arbeitslosigkeit ist keine industrielle Reservearmee mehr, dafür ist der Fortschritt in der Verwissenschaftlichung der Produktion durch Mikroelektronik und Robotik zu stark, sondern eine Ansammlung von Überflüssigen. Seitdem existiert das Schreckbild der völligen Überflüssigkeit, Merkmal einer irrationalen Gesellschaft, in der die Rationalisierung der Produktion zum Ausdruck archaischster Angst um die individuelle Existenz wird. Inklusion bedeutet unter solchen Bedingungen zwar das Fallen gesellschaftlicher Beschränkungen – bei gleichzeitiger Zerstörung von Gesellschaft schlechthin. Das warf auch ein anderes Licht auf bestimmte Begriffe. Dass Privilegien verallgemeinerbar sein könnten, verschwand aus dem politischen Bewusstsein. Privilegien sind dabei nicht als verbriefte Rechte zu verstehen, sondern als mit einer bestimmten gesellschaftlichen Funktion verbundene Möglichkeiten zur Partizipation, Einfügen ins Vorgegebene unter der Drohung, aus diesem wieder herauszufallen. Was den Ausgeschlossenen widerfährt, bleibt denen, die noch eingeschlossen sind, nicht äußerlich. Auch die Normalität ist kein Privileg an sich, insoweit sie dem ebenso fragwürdigen Paradigma entspringt wie ihr Gegensatz, wie Marx am Beispiel der Krise und Freud an dem der Perversion zeigten. Im Horizont zu erreichender politischer Gleichheit erweckt das vermeintliche Privileg weniger Schrecken. Mit dem Versiegen der Gleichheitsutopie – selbst schon auf bloße Integration geschrumpft – entwickelte sich die Differenzutopie, der in Teilen aber schon der Verzicht auf die Utopie eingezeichnet war. Von Matriarchatskitsch über edle Wilde, die immer edler wurden, je weniger sie besaßen, bis hin zum authentischen, sich nicht entäußernden weiblichen Begehren – als ob nicht gerade das der Effekt patriarchaler Unterdrückung ist – reichte der Kultus der neu entdeckten Differenz, der sich auch von Beuteverzicht und Identifikation mit dem Aggressor speiste. Noch die heutige Sensibilität in Bezug auf Identitäten und Kulturen ist umgeben von dem Ruch des Jeder-bleibt-bei-sich, wenn es für alle nicht mehr reicht. Die Politik der Differenz hat aber auch die Augen dafür geöffnet, dass eine Integration unter den bestehenden Bedingungen keineswegs voraussetzungslos ist. Die Politik der Gleichheit hat eine immanente Beschränkung. Was jenseits der juristischen Gleichstellung liegt, ist die Ökonomie. Die gemeinsame Grenze von Gleichheits- und Differenzpolitik ist die ökonomische Vernutzbarkeit aller Menschen für das Kapital – wobei immer ein bestimmter Anteil überflüssig ist, was aber zunächst ökonomischen Gesetzen folgt, nicht diskursiven. Unter den herrschenden Produktionsverhältnissen hat das gegenwärtige Produktionsniveau Ausschuss zur Folge. Darauf reagiert alle reaktionäre Politik mit der Bekämpfung derer, die rausfallen. Alle emanzipatorische Politik hätte mit der der Bekämpfung des systemisch notwendigen Rausfallens zu antworten.

Die Identitätspolitik ist Ausdruck der Grenze, welche die Ökonomie für ein liberales Politikverständnis darstellt. Sie changiert zwischen Gleichheits- und Differenzpolitik. Einerseits wird jeder Essentialismus für überwunden und jegliche Kategorie für sozial konstruiert erklärt, andererseits gibt es die unüberwindliche Differenz, die »Andersheit des Anderen«. Ebenso können sowohl die Sichtbarmachung als auch die Unsichtbarmachung solcher Identitäten mit dem gleichen Furor für absolut falsch erklärt werden. Der Rückgriff auf die *unveränderliche* Identität – die trotz gegensätzlicher Beteuerungen doch zur Letztbegründung wird, weil es sich um vorgegebene und nicht erst zu schaffende (politische) Identitäten handelt – ist vor allem auch Ausdruck der Schwierigkeit oder Unmöglichkeit, Identitätspolitik in Zeiten der neoliberalen Verflüchtigung *sozialer* Identitäten zu betreiben. Der Queer- oder Postcolonial-Aktivismus – einstmals angetreten, nach Gleichheits- und Differenzpolitik etwas Neues zu schaffen – hat sich in großen Teilen in diesem Gegensatz so eingerichtet, dass situativ das eine oder das andere *nicht* verfochten wird, weder die Gleichheits- noch die Differenzpolitik, um aber am Ende den Widerspruch nicht zu fassen, sondern seine Benennung sprachpolitisch zu verbannen. Nun ist aber der Widerspruch zwischen Gleichheit und Ungleichheit objektiv, nicht der jeweiligen Methode geschuldet oder unter Veränderung epistemologischer Vorannahmen zu retouchieren. Die Unterschiedlichkeit der Individuen, das humane Apriori, das die Identitätspolitik so sehr zu dramatisieren sich gewöhnt hat, drängt zu einem politischen Universalismus, einer Veränderung der sozialen Beziehungen, der dieser Mannigfaltigkeit gerecht werden kann, ohne zu unterwerfen. Vor der Selbstveränderung der Individuen ist also nötig, ihren gesellschaftlichen Zusammenhang in der Weise zu verändern, dass sie nicht mehr in Abhängigkeit zum Kapital und damit in Konkurrenz stehen. Denn man sollte sich keine Illusionen machen: Die politische Entwicklung der Gesellschaft ist Resultat ihrer ökonomischen, nicht Ergebnis einer verfehlten linken Politik. Die verfehlte linke Politik besteht darin, dies nicht zu artikulieren und sich zugleich auf die vermeintlich noch sichere Position von marginalisierten Identitäten zu begeben und einen universalen politischen Anspruch aufzugeben – und das gerade in einer Situation, in der eine der zentralen Funktionen von Ideologie heute in der Verwandlung von (teil- und mitteilbaren) Interessen in (unteilbare) Identitäten besteht. Als Emanzipation ist hingegen der Prozess zu verstehen, der seine eigenen Voraussetzungen einzuholen sucht. Er setzt theoretisch Gleichheit voraus, er hat sie praktisch als soziale Freiheit zum Ziel – und macht dabei die Erfahrung von Differenz der individuellen Voraussetzungen. Emanzipation ist die (Selbst-)Bewegung des Widerspruchs zwischen Gleichheit und Differenz, sie bringt in dieser Bewegung Momente der Desidentifikation hervor, sie sind zugleich ihr Antrieb. Denn die identische Reproduktion des Sozialen ist ja die Katastrophe. Für die Frage der Emanzipation ist die Überwindung des sozialen Zwangs von Bedeutung. So verbinden sich individuelles Interesse mit einer universellen Dimension, die Freiheit des Einzelnen wird zur Bedingung der Freiheit aller – statt der Verabsolutierung des Partikularen der Identität. Emanzipation bezeichnet den ambivalenten und widersprüchlichen Prozess, der über das gemeinsame Interesse Einzelne verbindet. Nicht die Identität entscheidet, wer daran teilhat oder teilhaben kann, das Individuum trifft eine politische Entscheidung. Gründe finden die Einzelnen möglicherweise in dem Zwang, der von Identität ausgeht und in dem Wunsch, diesen zu überwinden. Nicht das Gegebene nur mittels marginalisierter Identitäten zu interpretieren, sondern im politischen Sinne zu verändern, wäre das Überschreiten der Grenze. Emanzipation setzt keine Identität voraus, sondern Interesse, um zur umfassenden Veränderung gesellschaftlicher Beziehungen zu kommen. Das identitätspolitische Dilemma ist Ausdruck dessen, was alles dem entgegensteht, was nötig wäre, um einem solchen Begriff von Emanzipation gerecht zu werden. Es ist die Klage über die Ohnmacht, die die Ohnmacht verstärkt, die Beschwörung der Identität, die die Identität unausweichlich erscheinen lässt, der Ruf nach Anerkennung, der die Unterwerfung verfestigt. Dieses Dilemma zu realisieren, könnte der erste Schritt der Überwindung sein.

---

*Jakob Hayner ist Autor für verschiedene Zeitungen und Redakteur der Zeitschrift* Theater der Zeit.



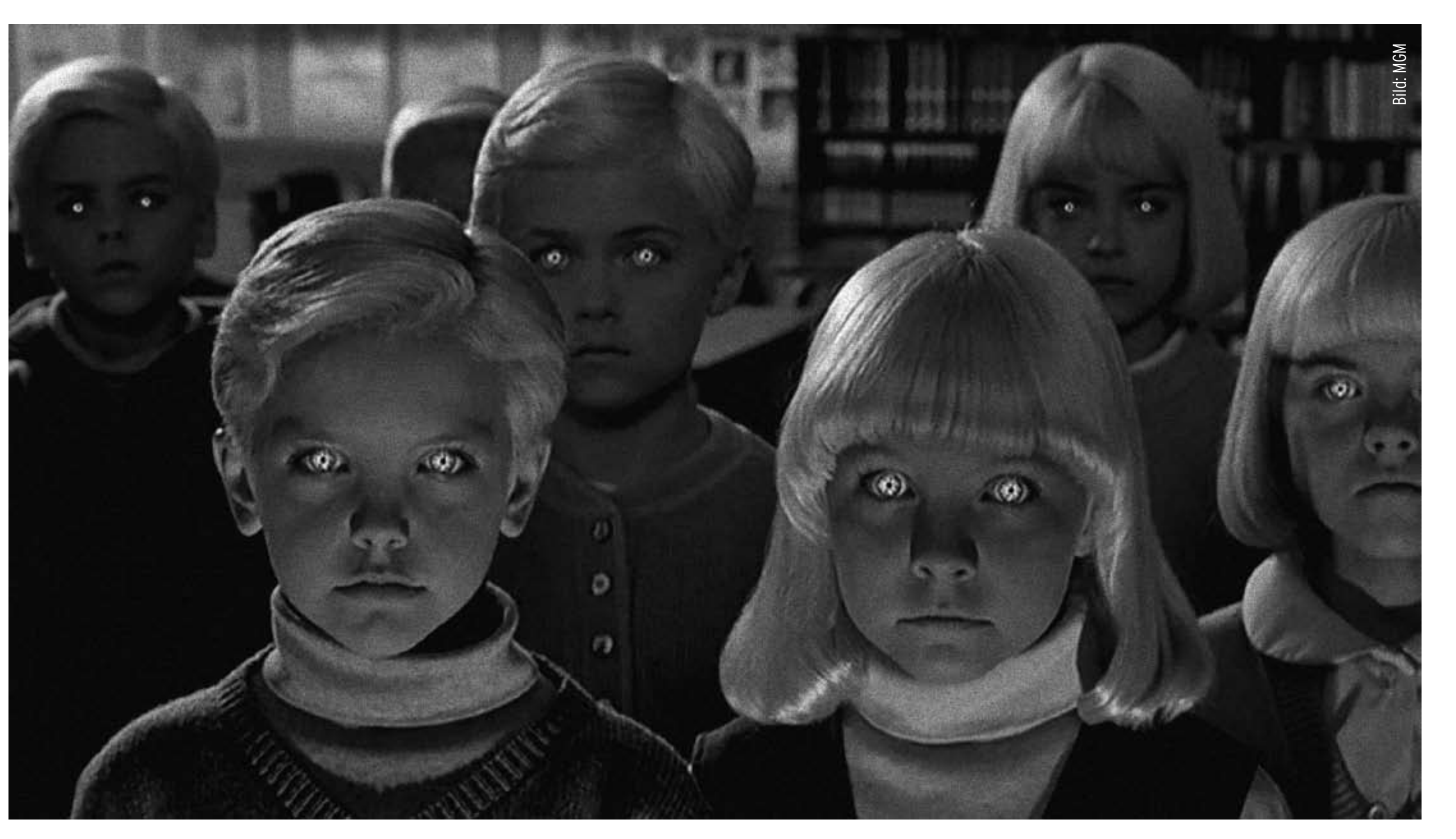


# Blauäugiger Instant-Antirassismus

## *Felix Riedel* über die Persistenz von Jane Elliots Blue-Eyed-Workshops zwischen schwarzer Pädagogik und antihumanistischen Sozialexperimenten.

Als die Geschichte Martin Luther King am 4. 4. 1968 seinem Attentäter auslieferte, gab sie damit dem drei Jahre zuvor von Anhängern der Nation of Islam ermordeten Malcolm X in seiner Militanz recht. Die historisch zunächst akzidentiell entstandene, dann gewaltsam verschärfte, dann durch Erbrecht und garantierte Sicherheit des Eigentums tradierte rassisierte Ökonomie produzierte Schuld und diese Schuld wird durch das rassistische Angebot weiter rationalisiert werden. Rassismus ist daher stärker noch als der Antisemitismus sekundär: Er legitimiert historische Herrschaft dadurch, dass er die Schuld erneut auf sein Opfer projiziert. Rassismus ist Apologetik der Macht im Gewand der Vernunft.

Das Fortwesen des ökonomischen Status quo provoziert entweder die von Frantz Fanon analysierten tiefgreifenden Beschädigungen der Psyche der Unterdrückten oder Gegengewalt als Korrektiv. Martin Luther Kings christlicher Reformismus war zwar mit dem Civil Rights Act von 1964 tatsächlich erfolgreich. Aber diese Veränderungen wurden sowohl aus Angst vor den Grenzen der Geduld der schwarzen Emanzipation als auch vor dem Erstarken der militanten Gruppierungen durchgesetzt, die sich an Malcolm X orientierten. Die erstrittenen Gesetze wurden aber über Jahre hinweg nicht oder nur partiell und jeweils unter äußerstem Druck der schwarzen Emanzipation umgesetzt.[1] Das terroristische Attentat auf King war ein extremer Auswuchs einer viel breiteren weißen Renitenz gegen die schwarze Emanzipation.




Wenn schwarze Pädagogik zurückschlägt – Videostill aus »Village of the Damned« (1960)

In der Grundschule von Riceville legitimierte für die junge Lehrerin Jane Elliot das Extrem des Problems das Extrem der Mittel. Elliot teilte Kinder der dritten Klasse in zwei Gruppen ein: Blauäugige und Braunäugige. Die blauäugigen Kinder wurden bevorzugt, die braunäugigen systematisch schikaniert und mit allem psychologischen Raffinement geschichtlich angehäuften Verfolgungswissens diskriminiert. Sie erhielten blaue Binden, die sie als Andere markierten, wurden als faul, unsauber und uneinsichtig beschimpft. Den Rachegedanken gesteht sie im Dokumentarfilm »The Eye of the Storm« (1970) nicht nur ein, sondern erhebt ihn zum Heilmittel: »I wanted them to know a little bit how it feels to be stepped upon.«[2]

Den unterdrückten Kindern ist die Empörung, Verlegenheit und düstere Angst von Beginn an anzusehen. Schließlich entgleist das Experiment auf dem Schulhof in einem Streit. Ein Junge beklagt sich verzweifelt bei Elliot: »Russel called me names and I hate him… [atmet schwer] hate him in the guts.« Elliot fragt in falscher Fürsorge: »What did he call you?« Der Junge antwortet gekränkt: »Brown eye.« Elliot bricht das Experiment nicht ab, sondern belehrt ihr Opfer noch: »And did it help you to hate him?«

Anstelle ihres Experiments stellt Elliot in einem Interview die Kinder in Frage: Sie habe ihre Verwandlung von kooperativen und normalen Kindern in gemeine Wesen bezeugt. Dabei war es umgekehrt: Die Kinder konnten bezeugen, wie sich ihre Lehrerin von einer berechenbaren und gütigen Autorität in eine Sadistin verwandelte. Die Lust an der narzisstischen Position ist der Lehrerin in allen Filmdokumenten anzumerken. Sie genießt sich als Manipulierende, Kontrollierende und Wissende. Ihre eigene Psyche scheint ihr in dem Maße immun gegen den Rassismus zu sein, wie sich die der Kinder und Klienten anfällig für ihre Manipulation erweist. Elliot erlaubt sich als Seminarleiterin, für eine kurze Zeit Rassistin zu sein im Namen der Bekämpfung des Rassismus – eine perverse Lösung, die den verpönten Trieb im Namen seiner Bekämpfung auszuleben erlaubt. Der kathartische Triumph wird offiziell bei der abschließenden Vernichtung des Rassismus erreicht – inoffiziell aber triumphiert im liminalen Raum des Rituals der zugelassene und künstlich angestachelte rassistische Sadismus.

Der Erfolg schien Elliot dennoch recht zu geben: Am Ende sprechen sich die Kinder enthusiastisch gegen die Diskriminierung aufgrund von Haut- oder Augenfarbe aus, zerstören lustvoll die stigmatisierenden Farbbinden. Elliott wurde mit diesem sichtbaren »Erfolg« von einer Lehrerin zu einer »Pionierin der globalen Industrie der Diversity-Awareness.«[3] In späteren Versionen reichert die belesene Elliot ihre Workshops durchaus intelligent mit wertvollem Wissen um die Feinmechanik von Stereotypie und Diskriminierung an. Kritik an der nach wie vor im Zentrum stehenden Quälerei aber weist Elliot ab: die Probanden wüssten, dass und wann das Experiment ende und sie würden nur einen Tag das erfahren, wie sie andere Leute lebenslang behandeln.[4] Mit solchen Rationalisierungen stachelt sie auch die meist »privilegierten« Braunaugen zur Kollaboration an. Wie in der schwarzen Pädagogik wird nicht mit Aufklärung gearbeitet, sondern mit Angst, Schmerz und Scham. Dass diese antiaufklärerische Praxis[5] erfolgreich als Sozialexperiment maskiert werden konnte, lag in der moralischen Krise des Sozialexperiments selbst begründet.

### Das Sozialexperiment als Anachronismus

Paradoxerweise suchte das Sozialexperiment ausgerechnet nach dem Nationalsozialismus diesen selbst noch einmal im Labor zu erforschen – eine Übertestung, die das reale, endlose Material und die eigene geschichtliche Verspätung ignorierte. 1951 führte Solomon Asch das »Konformitätsexperiment« durch: Ein Drittel der Versuchspersonen ließ sich von einer Mehrheit zu einem offensichtlich falschen Urteil nötigen. Was in der Massenpsychologie schon vor den Nazis längst bekannt war, drückten nun statistische Zahlenreihen aus. 1961 überredeten die Versuchsleiter des Milgram-Experiments die Probanden, ein »Opfer« mit suggerierten Stromschlägen zu traktieren und fanden nichts anderes heraus, als was Freud als verbreitete Kulturfeindschaft, Kritische Theorie als gesellschaftlich induzierte Ich-Schwäche und zivilisatorischen Firnis und Karl Marx als Amoral des Kapitals beschrieben hatte: »*300 Prozent* und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.« (MEW 23)

Das Third Wave Experiment von 1967 ließ dreißig Jahre nach dem Siegeszug des Faschismus erneut eine faschistische Bewegung im Reagenzglas der Schule aufleben. Daran knüpfte das Blue Eyed-Experiment Elliots von 1968 an. 1971 folgte als letztes großes umstrittenes Sozialexperiment das Stanford-Prison-Experiment, bei dem einer Wärtergruppe erlaubt wurde, Gefangene real zu quälen.

Es gab stets andere Möglichkeiten: Kritische Theorie hatte mit ausgefeilten und methodologisch reflektierten Gruppen- und Einzelinterviews sowie mit der Analyse von Propagandamaterial längst Standards gesetzt, die bis heute Gültigkeit beanspruchen können. Die Studien zur autoritären Persönlichkeit gestanden den Probanden die Möglichkeit zur Reflexion ihrer Haltungen zu und suchten vor allem nach Ansatzpunkten für Aufklärung, deren Notwendigkeit durch die Empirie der Geschichte aufgedrängt wurde. Die manipulativen Sozialexperimente hingegen verweigerten sich vorab getroffener analytischer Einsicht in die relative Universalität destruktiver Triebregungen. Das »überraschende« Ergebnis ist stets, dass mehr Menschen als gedacht ihr moralisches Empfinden auf äußeren Druck hin zurückstellen.

Weil es statt komplexer Analysen und echter Forschung Abkürzungen durch mimetisches Nachspielen und Katharsis verspricht, erfreut sich das autoritäre Sozialexperiment gerade in eher liberalen Settings immer noch reger Beliebtheit: Mal werden Frauen im Aufzug »geschlagen«, mal Menschen mit dunkler Hautfarbe am Straßenrand als »Unfallopfer« drapiert, in aller Regel gefälschte Notsituationen erzeugt, um Menschen auf ihre Bereitschaft zur Hilfeleistung zu testen. Die Ergebnisse werden heute per Video aufgezeichnet und als sicherer Clickbait zur Massenbelustigung vorgeführt. Das Bündnis von Sozialexperiment und Medien liegt in der vermeintlich wortlosen Selbstevidenz des Bildes begründet. Die Filmchen zeigen ein »uns«, mit dem sich die Massen identifizieren oder empören können. Das deiktische Verfahren früher Philosophie, mit dem Finger auf das Sichtbare zu zeigen, um Spekulationen abzukürzen, wurde unter dem Einfluss des Positivismus in Verhaltenstherapie verwandelt, die auf Effekt statt auf Effektivität abzielt.

Von der deutschen Firma »EyetoEye« werden immer noch Workshops nach dem Entwurf von Elliots »Blue Eyed« verkauft. Für nur 2.400,- bis 3.900,- Euro können Firmen, Kommunen, Institutionen sich einmal versuchsweise in den rassistischen Spaß hineinbegeben. Im Angebot wird als Ausstattung gefordert: »Zusätzlich 1 Raum (Warteraum für »Blauäugige«, klein, nicht bestuhlt, möglichst kahl. Evtl. auch Nische im Gang möglich).«[6]

Die Firmenwebsite wirbt: »Der Gruppe der Braunäugigen wird dagegen bewusstgemacht, wie stark Überlegenheitsgefühle, Kooperation mit der Macht und vermiedene Solidarität sogar dann zur Diskriminierung anderer beitragen, wenn kein expliziter Rassismus im Spiel ist. Gesellschaftliche Unterdrückungssysteme funktionieren letztlich auf der unbewussten Zusammenarbeit beider Teilgruppen.«

Aus einem Unterdrückungsverhältnis, das sich in die Opfer einschreibt, wird hier eine »unbewusste Zusammenarbeit«. Natürlich kennt das Experiment inzwischen so gut wie jeder, weshalb es nicht mehr um Faktenfindung, sondern um Amüsement geht. Die Wiederholung und Ritualisierung bestätigt nur noch das Experiment selbst. »EyetoEye« lenkt den Blick zurück auf das weiße Subjekt und seinen narzisstischen Wunsch nach Reinheit ohne Abtretung von Eigentum. Die reduktionistische Suggestion, ein einfacher Workshop, ein einfaches Reflektieren genüge schon, um den Rassismus in all seiner historischen Gewalt zu verstehen, schließt nahtlos an die Bekenntnisrituale von Critical Whiteness an. Durch einen bloßen mentalen Akt soll der Rassismus verschwinden oder man kann ihn danach an anderen aufspüren, die noch keinen derartigen Workshop besuchten, ihrem inneren Rassisten noch nicht begegnet sind. Die Suggestion von drastisch intensivierter Aufklärung macht Blue Eyed-Workshops ebenso wie Critical Whiteness zum idealen Partner neoliberaler Selbstoptimierung und warenförmiger Liberalität.

---

[1] Bis 1972 konnte beispielsweise das infame Tuskegee-Experiment weiterlaufen, dessen Versuchsleiter 399 Schwarze ohne deren Wissen mit Syphillis infiziert hatten und ohne Heilungsangebot langfristig überwachten.

[2] »Eye of the Storm« (1970). Später wird Elliot übrigens behaupten, King sei nicht aus Rassismus, sondern aus Gier getötet worden und Trumps Wahlsieg sei nach dem Holocaust das Zweitschlimmste. *https://youtu.be/e8ujUq3wk6U?t=474*

[3] *https://www.theguardian.com/culture/2009/oct/18/racism-psychology-jane-elliott-4*

[4] »Blue Eyed« (1996)

[5] Eine sehr gute Materialsammlung und Kritik Elliots liefert der Blogbeitrag: *https://susanna14.wordpress.com/2013/02/09/blauaugig-zum-antirassismustraining-von-jane-elliott/*

[6] *http://www.diversity-works.de/workshops/blue_eyed_workshop/workshopbedingungen_blue_eyed/*

---

*Felix Riedel ist promovierter Ethnologe, freier Autor und betreibt die Websites* www.nichtidentisches.de, www.felixriedel.net *und* www.hexenjagden.de

# Die Selbsterhaltung als springender Punkt

## In Memoriam Manfred Dahlmann 1951-2017. Von *Gerhard Scheit*.

Alle Schwierigkeit der Philosophie könnte darin gesehen werden, die *conservatio sui* oder den *conatus*, wie Spinoza das Prinzip der Selbsterhaltung nannte, als Subjekt-Objekt-Verhältnis zu begreifen, statt als Substanz oder Sein oder eine andere, wodurch auch immer bezeichnete Einheit (Schicksal, Gott, Struktur etc.), die sich üblicherweise – wie Manfred Dahlmann so akkurat und unermüdlich kritisiert – der Trennung von Subjekt und Objekt vorausgesetzt findet. Auch die Bindung jedes Bewusstseins an den je einzelnen Leib, welche doch unaufhebbar gegeben ist, bietet insofern kein Erstes, als von ihm selbst nur zu sprechen allein durch jene Trennung möglich ist und das Bewusstsein sich bloß durch sie hindurch als an einen Leib Gebundenes erkennt. In der Auflösung des unterstellten Ersten, einer vorgegebenen Identität, liegt die Bedeutung der Polis und ihrer Philosophie für den Wahrheitsbegriff: »Denn auf dem Gebiet der Zusammensetzung und der Trennung hat das Falsche und das Wahre statt«, heißt es im *Organon* des Aristoteles, und daraus folgt das Urteil als die Einheit, »ursprünglich als Bejahung, dann als Verneinung«. Selbsterhaltung wäre demnach so zu bestimmen, dass sie als selbstverständliche Einheit nicht zugrunde gelegt werden kann, sondern immer nur als etwas Herzustellendes oder zu Gewinnendes betrachtet werden müsste; etwas, das aus dem Mannigfaltigen und Getrennten allererst hervorzubringen ist. Als Probehandeln droht dem Denken, das doch der virtuellen Einheit bedarf, um Mannigfaltigkeit überhaupt zu erfassen, an dieser Stelle stets, was die Logik einen Zirkelschluss nennt. Desto wichtiger, sie umgekehrt als »Synthesis« (Kant) oder »Resultat mit seinem Werden« (Hegel) ins Auge zu fassen, um in der Reflexion Mannigfaltiges und Getrenntes als solches auch weiterhin wahrzunehmen ebenso wie Antinomie und Widerspruch zu formulieren.

So erhalten die Herangehensweisen von Marx und Freud geradezu paradigmatische Bedeutung, insofern sie dieser erkenntniskritischen Problematik sich ziemlich bewusst den physischen Charakter der Reproduktion als Fluchtpunkt setzen: Obwohl alle stofflichen Bestandteile und Vorgänge, die von gesellschaftlicher oder kultureller Kausalität zeugen, der Natur angehören, die sie kraft solcher Kausalität verändern, und sei es nur die elektronische Versendung oder Speicherung einer Information, ergibt sich fürs Bewusstsein der Individuen – ihrerseits Natur bis zur einzelnen Synapse ihrer Nervenzellen, mit denen sie denken – keine wirkliche Synthese aus dieser Natur, was immer sie auch sich dabei vormachen, indem sie ihr Handeln von ihr schlüssig ableiten wollen. (Gesellschaft und Kultur sind darum in bestimmter Hinsicht nur Begriffe für diese Leerstelle.) Den verschlungenen Wegen zu folgen, wie sie dennoch, sei es als Produktionsverhältnis oder als Ich, hergestellt wird, sodass hier Subjekt und Objekt als aufeinander Bezogenes hervortreten, ohne sich aus dem jeweils Anderen schon zu erschließen – unter der Voraussetzung also, dass die Menschen natürliche Triebe haben, deren Gegenstand der Befriedigung von der Natur nicht festgelegt ist –, bildet den inneren Zusammenhang von Kritik der politischen Ökonomie und Psychoanalyse.

Marx schrieb bereits in den Pariser Manuskripten von 1844: »Der Mensch lebt von der Natur, heißt: Die Natur ist sein *Leib*, mit dem er in beständigem Prozeß bleiben muß, um nicht zu sterben. Daß das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen andren Sinn, als daß die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.« Durch den Begriff der abstrakten Arbeit als Substanz des Werts kann schließlich mit dem Marx des *Kapital* nachgewiesen werden, dass von der Arbeit nichts als Moral übrig bleibt, wenn – wie es *realiter* unterm Kapitalverhältnis geschieht – von jenem Prozess abstrahiert wird. So wie Freud dargelegt hat, dass von der Moral nichts als Arbeit übrig bleibt, wird nicht reflektiert, dass jedes Bewusstsein beständig mit den psychischen Repräsentanten des Leibes konfrontiert ist, also mit den Trieben: den »aus dem Körperinneren stammenden, in die Seele gelangenden Reize, als ein Maß der Arbeitsanforderung, die dem Seelischen infolge seines Zusammenhanges mit dem Körperlichen auferlegt ist«. Nicht zufällig kommen beide Denker aus dem Judentum (wie sehr sie sich auch von seiner Religion abzugrenzen suchten), das mit seiner scharf gezogenen Linie zwischen Gottesbegriff und Menschendasein – neben der Polis – der große Lehrmeister darin ist, die Trennung jeder Einheit voranzustellen.

Demgegenüber erweist sich der in der Tradition Heideggers geprägte und verabschiedete Begriff des Subjekts, der von vornherein einer ohne Objekt war, nur als unmittelbarster Ausdruck davon, dass die Bedingungen der Reproduktion nicht zu Bewusstsein kommen; dass sie gleichsam hinter dem Rücken der Individuen liegen, was jedoch – von dieser Tradition geflissentlich verschwiegen – nur möglich ist, wenn sie selber ihnen den Rücken bewusst zukehren, um desto zwanghafter der Denkform zu folgen, irgendeine Einheit dem Subjekt-Objekt-Verhältnis vorauszusetzen beziehungsweise an dessen Stelle zu setzen. Wieviel »Unaufrichtigkeit« (»mauvaise foi«) schon in dieser Voraussetzung aller Ideologie liegt, hat hingegen Jean-Paul Sartre in *L'être et le néant* ausführlich erörtert. Aber es gelang ihm merkwürdigerweise nur soweit, als er seinerseits das Prinzip der Selbsterhaltung zu explizieren vermied. Man könnte vielleicht sagen, er bekommt die Frage des *conatus* nicht mehr in den Blick, weil er ebenso von Heidegger ausgeht und sein eigenes Denken als eine Art immanente Kritik von Sein und Zeit entwickelt, die allerdings dessen Seinsbegriff vorsätzlich oder unwillkürlich mit der »menschlichen Existenz« des Individuums übersetzt, um den dazu gehörigen Zeitbegriff, das Sein zum Tode, abzuschaffen: *Le faux, c'est la mort*.[1]

Die Philosophie vor dem Einbruch der Existentialontologie war noch dadurch geprägt, die Freiheit im Subjekt und die Selbsterhaltung des Individuums, das wiederum als Teil eines Ganzen begriffen wird, in verschiedensten Entwürfen und Systemen zusammenzudenken. Spinoza schreibt, niemand könne sein natürliches Recht oder seine Fähigkeit, frei zu schließen und über alles zu urteilen, auf einen anderen übertragen, noch könne er zu einer solchen Übertragung gezwungen werden; bei Kant heißt es emphatisch: »Sapere aude! Habe Mut, dich deines *eigenen* Verstandes zu bedienen!«; und bei Hegel findet sich der prononcierte Satz: »Im Denken *bin* Ich *frei*, weil ich nicht in einem Anderen bin … meine Bewegung in Begriffen ist eine Bewegung in mir selbst.« Spricht Spinoza vom Urteilen, Kant vom Verstand und Hegel von Begriffen, dann ist dabei stets, wie versteckt auch immer, die Selbsterhaltung als Inbegriff des Urteilsvermögens mitgedacht. Aufschlussreich an Sartre ist, dass er, wenn er die Freiheit im *Fürsichsein* festhält, zwar keineswegs leugnet, dass es Unterschiede geben muss in dem, wofür es sich jeweils entscheiden mag (und sie zu konturieren soll der Begriff der Situation leisten), denn das würde auch die Freiheit selbst aufheben. Aber – so der erste Eindruck, den diese Philosophie hinterlässt – die Freiheit festzuhalten beinhaltet, um Wahrheit und Wahrhaftigkeit Genüge zu tun, nicht mehr zugleich, kategorisch zwischen Vernunft und Unverunft, Verstand und Unverstand, richtigen und falschen Begriffen zu unterscheiden. Eben deren Unterscheidung – ohne welche die Wahl, so eine gängige Sartre-Kritik, denn doch nur ein kriterienloser unvermittelter Sprung sei, der überhaupt nicht mehr als Wahl beschrieben werden könne – verweist zweifellos auf die Selbsterhaltung als Synthese. Und bei Spinoza wird das noch am deutlichsten – also als *Ethica* – ausgesprochen: Im Streben unseres Geistes kann keine Tugend *vor* der Tugend des Selbsterhaltungsstrebens gedacht werden.

In Wahrheit beharrt *L'être et le néant* gerade auf dieser »Tugend«. Sartre kann es allerdings nur negativ ausdrücken: Der Tod ist das Sinnlose. Er verweigert einen positiven Bezug (es sei denn im ganz abstrakten Begriff der Zukunft, der aber dadurch bestimmt ist, die Subjekt-Objekt-Trennung nicht aufzuheben), um im direkten Gegensatz zu Heidegger eben kenntlich zu machen, dass es, wie Manfred Dahlmann schreibt, »im Verhältnis der Freiheit zu dem ihr Äußeren – philosophiegeschichtlich im Verhältnis von Seele und Leib – kein Drittes gibt, das ihm logisch oder von Natur aus vorangestellt werden könnte«. Sartre kritisiert solche Hypostasierung, indem er allerdings jeden Versuch der Synthesis zu verwerfen scheint. An deren Stelle findet sich eine »Konfrontation im Subjekt«, und zwar »mit Objekten, denen es dieselbe Reflexionsfähigkeit wie sich selbst zugestehen *muß*. Im Blick des Anderen auf sich erkennt es sich als Einen, der in derselben Weise wie der Andere auf ihn als *dessen* Anderen blickt. Es ist dem Menschen unmöglich, die in dieser Konfrontation einsetzende Reflexion auszuschalten, sie begleitet ihn, der Kantschen Ich-Bestimmung analog, ständig, wenn auch anders, als Kant sich das in Bezug auf das Transzendentalsubjekt, das als verallgemeinerte Form des Ich gefaßt werden kann, dachte – oder zumindest nahelegte –, nur im besonderen, an einen Leib gebundenen Individuum, also nicht in einem transzendentalen Allgemeinen.«[2] *L'être et le néant* widersteht dem Bedürfnis, die Einheit von Ich und Reflexion in ein dem Ich äußeres Dritte zu verschieben, sei es Substanz, Transzendentalsubjekt oder Weltgeist.[3] Die Kritik, die in dieser phänomenologischen Ontologie zu entdecken ist, zielt somit auf das, was bisherige Philosophie in ihrem Vernunftbegriff wenn nicht verdrängt so im Gegenteil verklärt hat: Sobald die Einheit von Ich und Reflexion in ein Drittes verschoben wird, wird auch die *conservatio sui* des Ich jederzeit als Mittel betrachtet, sei's von Gott oder Gemeinschaft, Staat oder Führer, und kann in deren Namen gegen ein Anderes, ihm Entgegengesetztes, ausgetauscht werden: die Bereitschaft zum Opfer.[4]

Der vollständige Artikel erscheint im kommenden Heft der *sans phrase* (12/2018) zum Gedächtnis Manfred Dahlmanns, aus dessen Buch *Freiheit und Souveränität. Kritik der Existenzphilosophie Jean-Paul Sartres* (Freiburg: ça ira 2013) hier zitiert wird.

---

[1] So hat es Jean Améry in seiner Sartre-Deutung, des Widerspruchs zu Heidegger sich bewusst, zugespitzt.

[2] Darum ist es vollends absurd, Sartres Philosophie mit der von Max Stirner gleichzusetzen. Dessen »Einziger« starrt sozusagen immer nur in den Spiegel und betrachtet es als sein »Eigentum«, keinerlei Bewusstsein davon zu haben, dass er eben hierin wieder nur den Blick des Anderen zu imitieren sucht. Es ist aber kein Wunder, wenn Hans G [sic!] Helms durch eine Sartre-Polemik, die auf jener Gleichsetzung beruhte, vom überaus begabten Adorno-Schüler zu einem Marxisten im philosophischen Format der DKP regredierte (siehe Hans G Helms: Die Ideologie der anonymen Gesellschaft. Köln 1966).

[3] In diesem Sinn hat jemand wie Charles Taylor Sartre ganz gut begriffen: Er lehnt *L'être et le néant* ab, weil er dem Subjekt – ganz ähnlich wie Carl Schmitt – immer schon die kollektive Identität vorangestellt wissen will.

[4] Die Misere von Sartres politischem Engagement liegt darin, dass er sich vom Marxismus das Vermögen erwartete, zwischen richtigen und falschen Begriffen zu unterscheiden, was sich als fataler Irrtum oder vielmehr mit Sartre gesprochen als Unaufrichtigkeit herausstellen musste: Denn der Blick des Anderen wird nun durchs Kollektiv der Arbeiterklasse beziehungsweise der kolonisierten Völker abgeblendet. An einigen zentralen Stellen seiner *Kritik der dialektischen Vernunft* und in wesentlichen Teilen seiner großen Flaubert-Studie *Der Idiot der Familie* gelang es ihm allerdings, davon sich wieder freizumachen. Umso mehr suchen heutige Marxisten wie Alain Badiou an den politisch engagierten Sartre anzuschließen und *L'être et le néant* zu desavouieren oder zu verdrängen. »Die Geschichte des politischen Sartre ist die Geschichte eines Scheiterns«, schrieb Jean Améry und fügte indirekt hinzu, dass man darüber nur froh sein kann.







# Eine deutsche Kritik des Geistes

## *Magnus Klaue* beschreibt, wie sich der Poststrukturalismus im bundesrepublikanischen Wissenschaftsbetrieb der achtziger Jahre etablierte.

Die akademischen Geburtshelfer der Postmoderne in der Bundesrepublik waren keine Nachfahren der Achtundsechziger, sondern gegen den Staub der Archive allergisch gewordene Philologen. Ihre publizistische Hausanschrift war nicht der Merve-Verlag, der seit den Siebzigern in Raubdrucken und schlechten Übersetzungen die intellektuellen Lockerungsübungen der Dampfplauderer Lyotard, Baudrillard und Deleuze/Guattari auf den Markt brachte, sondern der konservative Verlag Ferdinand Schöningh, in dem Veröffentlichungen zur Weimarer Klassik, deutschen Romantik sowie zur Kirchengeschichte erschienen. Dort gab der Literaturwissenschaftler Friedrich A. Kittler in der Reihe der Universitäts-Taschenbücher 1980 den epochal gewordenen Band »Austreibung des Geistes aus den Geisteswissenschaften« heraus, der als Auftakt zu einer Runderneuerung von Philologie und Hermeneutik »Programme des Poststrukturalismus« versammelte.

Kittler, damals 37 Jahre alt und noch weitgehend unbekannt, führte als gleichsam verstümmelte Reverenz an seine Familiengeschichte in der Autorenzeile seinerzeit noch die später aus seinen Publikationen verschwundene Abkürzung seines zweiten Vornamens an. Der lautete »Adolf«, und daraus wurde in Kittlers Veröffentlichungen, in vielleicht unbeabsichtigter, aber bezeichnender Evokation seines insgeheimen Antagonisten Theodor W. Adorno, »Friedrich A. Kittler«. Steht das zum Kürzel gewordene »Wiesengrund«, der erste Nachname Adornos, als väterlicher Namensrest für das Inkommensurable der nie mehr selbstverständlich auszusprechenden, im Verborgenen aber umso wirksameren jüdischen Erfahrung, klingt im Kürzel von Kittlers zweitem Vornamen eine Ambivalenz gegenüber der deutschen Geschichte an, ohne die Kittlers Werk so wenig zu verstehen ist wie der Siegeszug des Poststrukturalismus in der damaligen Bundesrepublik.

Geboren wurde Kittler 1943 in Sachsen, als Sohn des Gymnasialdirektors Gustav Kittler, dessen zweiter Vorname ebenfalls »Adolf« lautete. In einem am 30. Januar 2011, ein knappes halbes Jahr vor seinem Tod, in der *Welt* veröffentlichten Interview hat Kittler erzählt, sein Vater sei nach dem schwedischen König Gustav Adolf benannt worden, weil er am Jahrestag der Schlacht bei Lützen geboren sei, wo das schwedische Heer 1632 die katholischen Truppen Albrecht von Wallensteins besiegte. Weil der Vater den Namen Gustav nicht mochte, habe er nur den zweiten Vornamen verwendet, doch als er seinerseits 1943 seinem Sohn den nun ganz anders klingenden Vornamen »Adolf« geben wollte, habe er eine Sondergenehmigung einholen müssen, weil damals ohne eine solche »jeder fünfte Neugeborene so geheißen« hätte. Nach Kriegsende wurde der Vater von der sowjetischen Besatzungsmacht aus dem Schuldienst entfernt, 1958 siedelte die Familie in die Bundesrepublik über, wo Kittler, der zuvor von seinem Vater Privatunterricht erhalten hatte, ein Gymnasium im Schwarzwald besuchte und ab 1963 in Freiburg Germanistik, Romanistik und Philosophie studierte. Kittler selbst hat sich als »Kind des zweiten Weltkriegs« bezeichnet, und zwar mit einer Emphase, die schroff absticht von der Mischung aus Verschweigen und Rationalisieren, mit der ältere, weit direkter von der Zeit des Nationalsozialismus geprägte Kollegen wie Hans Robert Jauß jene Epoche später bedacht haben.

Im *Welt*-Interview erinnerte sich Kittler, der davon berichtete, dass einer seiner Doktoranden »Oberstleutnant der Luftwaffe« sei und eine »echte Ethik des Krieges« vertrete: »Als Kind habe ich die Sommerferien immer auf Usedom verbracht. Dort bin ich über die Bombenspuren von Peenemünde gestolpert, über die in der DDR niemand reden durfte. Später, in Kalifornien, las ich Pynchons ‚Enden der Parabel', und es fiel mir wie Schuppen von den Augen.« Die amerikanische Postmoderne erst habe seinen Blick für die Spuren des in der DDR Verdrängten geschärft – nicht für die Vernichtung der europäischen Juden, über die Kittler nichts geschrieben hat, sondern für den alliierten Sieg über die Deutschen, der nur für deren Opfer wirklich eine Befreiung war. Dass seine Familie zu den Besiegten gehörte, obwohl sie Bewundernswertes geleistet habe, gab Kittler nicht minder arglos zu Protokoll: »Mein älterer Halbbruder war im Krieg Radar-Elektroingenieur, mein Onkel ist im russischen Gefangenentransportwagen verblutet. Mein Vater wurde im August 1914 als stinknormaler Infanterist mobilgemacht, und 1917 sieht man ihn schon als Obergefreiten und Militärgeologen. (…) Im Zweiten Weltkrieg hat er dann als Major in Frankreich geschaut, welche Brücken von welchem Panzertyp befahren werden können.« Die Kittlers waren also geübte Handwerker, Techniker, die arbeiteten, schauten und prüften, und dabei allenfalls von »den Russen« gestört wurden, wie Kittlers Generalbezeichnung für die Sowjets lautet. Im gleichen Gespräch hat er erklärt, er habe im Unterschied zu vielen Generationengenossen mit dem Vater niemals schlimme »Konflikte« gehabt, aber unter der realsozialistischen Erziehungsdoktrin gelitten: »Zu Hause waren wir deutschnational, in der Schule aber musste ich tun, als seien wir kommunistisch.«

Das Kind einer deutschnationalen Familie, mit militärstrategisch versierten männlichen Verwandten, das als Schüler unter dem Drill der sozialistisch-demokratischen Republik litt und als vielversprechender junger Mann in die Heimat Heideggers emigrieren konnte, steht beispielhaft für das abweichlerisch-reaktionäre Milieu, in dem sich der Poststrukturalismus in der Bundesrepublik der achtziger Jahre durchsetzte. Gerhard Kaiser, Lehrer Kittlers in Freiburg und an »Austreibung des Geistes aus den Geisteswissenschaften« mit der dekonstruktivistischen Lektüre eines Bildes des Klassizisten Asmus Carstens beteiligt, hatte das nationalsozialistische Deutschland, das Kittler nur aus Erzählungen kannte, als Jugendlicher erlebt und sein Studium in der DDR an der Humboldt-Universität begonnen, bevor er 1950, ähnlich wie dann Kittler, als politischer Flüchtling in die Bundesrepublik übersiedelte. Später lehrte er in Saarbrücken und in Freiburg, zu seinen Forschungsschwerpunkten zählte die medienarchäologische Sicht auf Epochen und Gestalten deutscher Kulturgeschichte, um die auch Kittler kreiste: Preußentum und Pietismus, Weimarer Klassik und Autoren des deutschen Realismus wie Gottfried Keller und Conrad Ferdinand Meyer, an deren Werken schon Kaiser interessierte, was bei Kittler in den Mittelpunkt trat: sie als Spuren einer Disziplinierungs- und Pädagogisierungsgeschichte zu lesen, in der Schrift und Logos als Medien der Einkörperung von Herrschaft fungieren.


Bild: Erika Kittler

Das »Kind des zweiten Weltkriegs« als junger Mann

Aus der historisch-materialistisch klingenden These, dass aller sogenannte Geist Effekt von Verkörperungen und daher jener Gehalt, nach dem Philologie und Hermeneutik seit ihrer Entstehung im Kontext theologischer Schriftexegese suchen, statt in Texten in den Technologien und Medien des Schreibens und Lesens aufzusuchen sei, wurde bei Kittler und den ihm verbundenen Geistesaustreibern eine Verachtung des Logos, die der Tradition deutschen Unwesens nicht weniger verbunden war als der Idealismus, dem sie den Kampf ansagte. Dass hinter Erziehung und Bildung, stiller Lektüre und gebundenem Sprechen, schulischer und universitärer Rhetorik, hinter dem gesamten Arsenal bürgerlicher Lehr- und Lerntechniken heimtückische Disziplinarstrategien steckten, die als ihr perfidestes Produkt das von der Aufklärung zu Unrecht hochgehaltene neuzeitliche Subjekt hervorgebracht hätten, war Konsens aller sich in den Achtzigern an bundesdeutschen Universitäten etablierenden Poststrukturalisten. Literarische Texte wurden als Austragungsort solcher Disziplinierung angesehen: einerseits privilegiertes Medium der Konstituierung und Mobilisierung des Subjekts, andererseits Ort von dessen unbeabsichtigter, aber zwangsläufiger Selbstdemontage. Unter dieser Prämisse hatten Kittler und Kaiser bereits 1978 in einer Studie über »Dichtung als Sozialisationsspiel« bei Goethe und Keller die deutsche Tradition des Bildungsromans zu dekonstruieren gesucht. Der gleichen Intention folgten die Neuentdeckung Heinrich von Kleists unter dem Vorzeichen eines linksgewendeten Carl Schmitt in der 1987 erschienenen Studie »Die Geburt des Partisanen aus dem Geist der Poesie« von Kittlers Bruder Wolf, der, wie Kittler im Interview vermerkte, »stolz« auf seine Funktion als »Leutnant der Reserve bei den Funkertruppen« gewesen ist, sowie die 1989 unter dem Titel »Auszug aus der entzauberten Welt« erschienene Habilitation des Kittler-Schülers Norbert Bolz über den »Extremismus zwischen den Weltkriegen«.

In der kanonisierten Literatur nach kollektiv wirksam gewordenen pädagogischen Einschreibungen und Spuren des bürgerlich-disziplinierenden Zugriffs auf die Körper zu suchen, verband deutsche Poststrukturalisten verschiedener Generationen. Dieser Blick hatte schon den von Kittler mit dem acht Jahre älteren Literaturwissenschaftler Horst Turk 1977 als Präludium zu »Austreibung des Geistes aus den Geisteswissenschaften« herausgegebenen Sammelband »Urszenen« geprägt, er bestimmte die dekonstruktivistische Neuerschließung von Kleist durch Wolf Kittler oder von Kafka durch Hans Helmut Hiebel (in dessen 1983 erschienener Habilitation »Die Zeichen des Gesetzes«) ebenso wie die 1992 von Jochen Hörisch initiierte Entdeckung einer »anderen Goethezeit«, die revolutionär statt klassisch, subjektumstürzend statt subjektbefestigend gewesen sei. Die von deutschen Poststrukturalisten betriebene Relektüre des literarischen Kanons und Erschließung zuvor unbekannter oder für überholt geltender Autoren (wie Adalbert Stifter, Wilhelm Raabe oder auch Robert Walser) hat in der Germanistik durchaus Entscheidendes verändert. Weil ihre Akteure keine Kulturwissenschaftler, sondern ausgebildete Philologen waren, vermochten sie der in exegetischen Routinen erstarrten Philologie vorzuführen, wozu diese, nähme sie sich selbst ernst, in der Lage wäre: die Texte, indem sie beim Wort genommen werden, in anderen als den bekannten Stimmen sprechen zu lassen; zu zeigen, was in ihnen geschrieben steht, ohne je gelesen worden zu sein.

Gerade weil sie in einer den Kanon nur noch nachbetenden Literaturwissenschaft aus guten Gründen attraktiv waren, vermochten die Angehörigen der »Kittler-Jugend« (wie Kittlers Schülerschar in Freiburg halb spöttisch, halb bewundernd genannt wurde) das akademische Milieu aber auch besonders nachhaltig zu verderben. Denn der Poststrukturalismus, den sie vertraten, reproduzierte nicht einfach die Vernunftfeindlichkeit, die dieser Denkschule schon in ihrem Ursprungsort Frankreich anhaftete, sondern spitzte sie in genuin deutschem Sinne zu. Indem sie die Urgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft am Leitfaden des deutschen Literaturkanons als endlose Disziplinar- und Zurichtungsgeschichte erzählten, aus der nur der Kleist'sche Partisan, Hölderlins Wahnsinn oder der Extremismus der Avantgarde einen Ausweg böten, blendeten sie das mit der Geschichte des europäischen Bürgertums nicht Verrechenbare der deutschen Geschichte womöglich vollständiger aus als die Hermeneutik und ließen die Vorgeschichte des Nationalsozialismus in einer negativen Anthropologie des Bürgertums verschwinden. Damit machten sie aus der Dialektik der Aufklärung, um die es der Kritischen Theorie ging, eine Verfallsgeschichte der Aufklärung im Geiste deutscher Geistfeindlichkeit. Und deshalb ist der Unterschied zwischen Kittlers und Adornos Namenskürzeln einer ums Ganze.

---

*Magnus Klaue war von 2011 bis 2015 Redakteur im Dossier- und Lektoratsressort der Berliner Wochenzeitung* Jungle World *und schreibt u.a. regelmäßig für »konkret« und »Bahamas«. Im Ça-Ira-Verlag ist 2014 das Buch »Verschenkte Gelegenheiten« erschienen und 2017 im XS-Verlag »Die Antiquiertheit des Sexus«.*

# Ergründung der Oberfläche

*Magnus Klaue* zur Mesalliance von Feminismus und Sprachkritik.

Anders, als es angesichts eines kulturalistischen, islamsensiblen und zuverlässig antizionistischen Postfeminismus erscheinen mag, und anders, als es sich manche Ronja-von-Rönne-Groupies wünschen, war die Frauenbewegung in Deutschland nicht weniger als in anderen westeuropäischen Staaten ein Bewegungselement der bürgerlichen Gesellschaft, auf deren immanente Widersprüche sie reagierte – in Deutschland allerdings sehr viel später als in Großbritannien oder Frankreich.

Während die Verfassung der Weimarer Republik noch formulierte: »Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten«, hält erst das Grundgesetz uneingeschränkt fest: »Männer und Frauen sind gleichberechtigt.«

Erst in später Folge dieser Reformulierung, vor nicht einmal 60 Jahren – in dem am 1. Juli 1958 vom Bundestag verabschiedeten »Gesetz zur Gleichberechtigung von Mann und Frau« –, wurden Bestimmungen festgeschrieben, die heute gerade Postfeministinnen so selbstverständlich finden, dass sie lieber über Sprachgenderungen, heteronormatives Spielzeug und strukturellen Alltagssexismus diskutieren. Zu jenen Bestimmungen gehören: die Abschaffung des Letztentscheidungsrechts des Mannes in Eheangelegenheiten; die Definition der Ehe als Zugewinngemeinschaft, d. h. Das Verfügungsrecht der Frau über das von ihr in die Ehe eingebrachte Vermögen; das Recht der Frau, ohne Zustimmung des Ehemannes erwerbstätig zu sein; die Beschränkung väterlicher Vorrechte bei der Erziehung; das Recht der Frau, ihren Geburtsnamen als Namenszusatz (mittlerweile auch als Namen) zu tragen.

Viele dieser Rechte sind in den folgenden Jahrzehnten erweitert und neu gefasst worden, mit durchaus widersprüchlichen Ergebnissen. So ist durch Anpassungen des Sorge- und Familienrechts in logischer Konsequenz der die »Keimzelle« der Kleinfamilie immer gründlicher aushöhlenden Durchsetzung des Kapitalverhältnisses aus dem Recht der Ehefrau auf Erwerbstätigkeit de facto eine vom ökonomischen Selbsterhalt diktierte Notwendigkeit geworden. Angesichts der Erosion der Kleinfamilie durch geschlechterübergreifende Subsumtion der Individuen unters Kapitalverhältnis erscheint die Privilegierung der Frau im Sorgerecht als institutionalisiertes Schmarotzertum, weshalb auch durch Ehe vom Arbeitsmarkt lange Zeit ausgeschlossenen Frauen für den Fall der Scheidung mittlerweile zugemutet wird, ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern.

## Verspätete Emanzipation

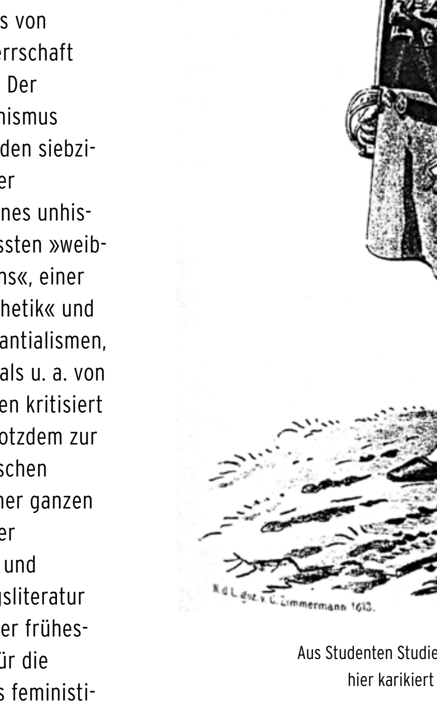
Die Frau lernte durch die Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit, worüber ihre familienpolitisch fixierte Unmündigkeit sie hinwegtäuschte: dass die falsche Gesellschaft in ihr vermeintliches Gegenteil hineinwirkt, und dass Ehe und Familie, wenngleich sie zweifellos mehr sind als Agenturen der Gesellschaft, weil sie Fähigkeiten bewahren, die jener Gesellschaft immer auch entgegenstehen und über sie hinausweisen, einem doch keine Mittel an die Hand geben, sich vom gesellschaftlichen Zwang gleichsam freizukaufen. Die aus der Abhängigkeit in der Ehe oft genug resultierende Entmündigung der Kinder durch das nach innen gestaute mütterliche Herrschaftsbedürfnis kann durch die Modernisierung des Sorge- und Unterhaltsrechts gebrochen werden; mitunter um den Preis, dass der in seiner gesellschaftlichen Macht kastrierte Vater nach der Scheidung seine Wut über das liquidierte Privileg erst recht, und mit behördlicher Billigung, an Frau und Kindern auslässt.

Weitere Institutionalisierungen der Gleichberechtigung von Mann und Frau ließen noch länger auf sich warten. Die strafrechtliche Verfolgung von Vergewaltigung in der Ehe als »sexuelle Nötigung« ist in der Bundesrepublik erst seit 1974 möglich; seit 1997 ist der Tatbestand der Vergewaltigung nicht mehr als nur »außerehelich« definiert, so dass sexuelle Gewalt in der Ehe seither überhaupt erst als »Vergewaltigung« (statt als »Nötigung«) strafrechtlich verfolgt werden kann. Dass die bürgerliche Revolution in Deutschland eine verspätete und gescheiterte war und ein zugleich ökonomisch wie politisch unabhängiges Bürgertum sich dort nie wirklich herausbilden konnte, hat in solch verzögerter Entwicklung bei der Durchsetzung juristischer und politischer Gleichstellung der Geschlechter seine Korrespondenz. Trotzdem handelte es sich hierbei um keine *bloße* Verzögerung. Vielmehr verschmolzen Archaismus und Fortschritt in der deutschen Gesellschaft auch auf dem Gebiet der Geschlechterpolitik in barbarischer Weise: Wie der Nationalsozialismus Frauen keineswegs nur auf ihre Rolle als Hausfrauen und Mütter zurückpfiff, sondern einen nationalchauvinistischen Feminismus hervorbrachte und, bei strikter Wahrung der Rassenschranke, Promiskuität und sexuelle Libertinage auch für Frauen in bislang ungekanntem Ausmaß ermöglicht hat, so verschränkte er auf allen Gebieten der Geschlechter- und Familienpolitik Modernität und Regression: Abtreibung wurde im Namen der Volksdemographie illegalisiert *und* zur Verhütung »erbkranken Nachwuchses« ermöglicht, ja propagiert und notfalls erzwungen; Mittel zur Schwangerschaftsverhütung wurden demographisch verpönt *und* sexualpolitisch empfohlen; Gynäkologie und Sexualmedizin brachten, den Prinzipien von Eugenik und Selektion unterworfen, kühnere Erfindungen und Neuerungen als früher hervor.

Diese Vorgeschichte, die bis heute fortwirkt, hat den regressiven Zug, der bereits die Zweite Frauenbewegung in der Bundesrepublik prägte und der in der erfahrungslos-autoritären Indoktrinationspraxis der Genderideologen zu sich selbst kommt, wesentlich mitbestimmt. Während etwa in Frankreich der Universalismus der Frauenbewegung, der über die politisch in Anspruch genommene Geschlechteridentität hinaus ganz republikanisch aufs Individuum zielte, das sich durch kein Geschlecht bestimmt und in keiner Identität aufgeht, in den Schriften von Elisabeth Badinter, Claude Habib, Catherine Millet und anderen französischen Feministinnen lebendig blieb, sind in Deutschland Versuche, die Frauenbewegung nicht als antibürgerliche und männerfeindliche Veranstaltung, sondern als Teil der bürgerlichen Emanzipation zu verstehen, immer randständig geblieben. Und während Poststrukturalismus und Dekonstruktion, obgleich theoriegeschichtlich dort entsprungen, in Frankreich zeitgeschichtlich weniger Bedeutung haben, konnten sie wegen des voluntaristischen Zugs der deutschen Frauenbewegung hierzulande zu sich selbst gebracht werden, lange bevor sie, vermittelt über die angloamerikanischen Länder, im gesamten Westen vorherrschend wurden.

## Sprache und Gesellschaft

In der Zweiten Frauenbewegung in Deutschland haben sich am frühesten jene Züge ausgeprägt, die heutige Gendertheorien auf groteske Weise auszeichnen. Dies sind vor allem ein sich selbst als identitätskritisch halluzinierender *Identitätsfetischismus*, der sich heute nur eben nicht auf die »weibliche Identität«, sondern, vermeintlich pluralistisch, auf disperse Geschlechteridentitäten kapriziert, sowie eine charakteristische Verlagerung des Interesses von gesellschaftskonstituierten Formen von Herrschaft auf die *Sprache* als vermeintlich umfassendem Konstituens von Gesellschaft, Herrschaft und Geschlecht. Der Identitätsfetischismus äußerte sich in den siebziger Jahren in der Beschwörung eines unhistorisch aufgefassten »weiblichen Schreibens«, einer »weiblichen Ästhetik« und ähnlicher Substantialismen, die bereits damals u. a. von Silvia Bovenschen kritisiert wurden, aber trotzdem zur pseudotheoretischen Legitimation einer ganzen Sparte weiblicher Befindlichkeits- und Selbsterfahrungsliteratur wurden. Eines der frühesten Zeugnisse für die Verlagerung des feministischen Interesses von Ökonomie und Gesellschaft auf die Sphäre der Sprache und für die damit einhergehende feministische »Sprachkritik« ist die 1984 erschienene Studie *Das Deutsche als Männersprache* der Sprachwissenschaftlerin Luise F. Pusch, die mit der Linguistin Senta Trömel-Plötz als Begründerin einer feministischen Linguistik gilt. Die zu Puschs 70. Geburtstag erschienene Festschrift trägt den im guten wie schlechten Sinne treffenden Titel *Die Sprachwandlerin*. Im guten Sinne, weil Pusch sich von akademischen Cyborgs wie Lann Hornscheidt dadurch unterscheidet, dass sie Sprache nicht als gestalt- und substanzloses Instrument zwecks Zurechthunzung der Wirklichkeit nach Maßgabe des eigenen Größenwahns missversteht, sondern als Ausdrucksform von Gesellschaft zu entziffern sucht. Im schlechten Sinn, weil schon bei ihr Erkenntnisse über den Zusammenhang von Sprache, Gesellschaft und Geschlecht durch die erfahrungsresistente frauenpolitische Willkür des Zugriffs meist eher verhindert als ermöglicht werden. Vor allem aber ist bei Pusch, deren Interventionen das heute altbackene Binnen-I seine Beliebtheit in den Achtzigern verdankte, angelegt, was heutige Gendersprachpolitik bis zur Selbstkarikatur betreibt: der Versuch, Gesellschaft qua sprachlicher Flurbegradigung zu verändern und das soziale Verhältnis, statt es zu verstehen und zu kritisieren, als *sprachererzeugt* aufzufassen und damit zu irrealisieren.



Aus Studenten Studierende gemacht: Johann Gottlieb Fichte, hier karikiert als Freiwilliger gegen Napoleon.

Erhellend ist Puschs Buch dort, wo sie sprachgeschichtliche und grammatische Eigentümlichkeiten des Deutschen wirklich entfaltet, statt sie nur als Beweise für eine patriarchalisch-androzentrische Kontamination der Sprache in Dienst zu nehmen. Beispiele dafür sind die Bewusstmachung der sprachgeschichtlichen Abkunft von Metaphern; die Frage, warum bei Worten wie »Herr«, »Fürst«, »Hund« die weibliche Form die abgeleitete ist, während bei »Witwe«, »Katze«, »Gans« die männliche abgeleitet wird, so dass der »Herr« auf substantiellere Weise männlich erscheint als etwa der Witwer, der im Grunde eine abgeleitete Witwe ist; oder die Beobachtung, dass es zwar zu den Bezeichnungen »Mann« und »Herr« eine weibliche Entsprechung gibt (»Frau«, »Dame«), aber keine männliche zu »Weib«. Wenn man sich die Grenzen einer solchen Betrachtung sowie die Tatsache bewusst hält, dass zwischen sozial- und sprachgeschichtlichen Entwicklungen kein Ableitungszusammenhang besteht, kann eine solche geschlechterpolitische Deutung von Sprach- und Grammatikgeschichte ergiebig sein, etwa indem sie bewusst macht, dass »Weib« nicht nur keine männliche Entsprechung hat, sondern selbst *sächlich* ist, und dass sich in dieser Tatsache die erniedrigende, die Frau auf die Gattungssphäre reduzierende Verwendung des Wortes in der Geschlechtermetaphysik des 19. Jahrhunderts fortschreibt. Leider sind solche sozialgeschichtlichen Einsichten bei Pusch bereits Ausnahmen. Schule gemacht haben nicht solche Beispiele aus ihrem Buch, die den Konnex von Sprache und Gesellschaft aufschließen, sondern solche, die ihn im Namen feministischer Sprachpolitik verunklaren und verleugnen, wie die falsche Behauptung, das deutsche »man« habe irgendetwas mit dem »Mann« (und nicht mit dem geschlechtertranszendierenden französischen »on« und englischen »one«) zu tun. Den Hauptteil ihres Buches widmet Pusch dem Unterfangen, die deutsche Sprache durch Binnen-I und sonstige Demontagen der Maskulinguistik zu renovieren, was zu Vorschlägen der Art führt, die in der politischen Geschichte auf Universalismus zielende »Brüderlichkeit« durch die aus dem Orkus der Friedensbewegung geschöpfte »Mitmenschlichkeit« zu ersetzen.

## Fichte und die Geburt der Genderpolitik

Es wäre eine Überlegung wert, inwiefern sich die feministische Fetischisierung der Verbindung von Herrschaft und Sprache, wie sie sich hier bereits andeutet, als auf das Terrain der Geschlechterpolitik projizierter Reflex der spezifisch deutschen Tradition der Sprachreinigung im Dienste nationaler Einigkeit verstehen lässt. Jedenfalls waren es nicht Jungdeutsche, Einwanderer, Arbeiter oder Frauen, sondern Nationalchauvinisten, die in Deutschland zuerst auf die Idee gekommen sind, durch Tilgung »fremder« oder »unreiner« Worte und amtlich dekretierte Sprachnormen den Nationalstaat politisch zu festigen und die Gesellschaft zu entludern; ein Vorhaben, das in unmittelbarem Zusammenhang stand mit der »Verbesserung« der Juden, aus der im Kaiserreich bald nach deren juristischer und politischer Gleichstellung der Wunsch nach deren Unterwerfung, gar nach Vernichtung erwuchs. Vielen der im Umfeld des 1885 gegründeten Allgemeinen Deutschen Sprachvereins versammelten Sprachreiniger, zu denen auch nationalkonservative Juden wie der Philologe Eduard Engel gehörten, galten Fremdwörter als »Juden« der Sprache. Das Ziel ihrer »Verdeutschung« stand in engem Zusammenhang mit dem Ideal einer »Überwindung« des Judentums, weniger durch Assimilation an den Nationalstaat als durch Subsumtion unter den Primat des »Vaterlandes«.

Ein Kennzeichen des neuen, jede Möglichkeit der Assimilation leugnenden, tendenziell schon auf Vernichtung zielenden Antisemitismus im späten 19. Jahrhundert, wie er sich etwa bei Heinrich von Treitschke bahnbrach, war die paranoide Suche nach Spuren der vermeintlich untilgbaren Andersheit der Juden gerade in deren Sprache. Der Versuch der Gendersprachpolitik, eine restlos »geschlechtergerechte« Sprache zu schaffen, aus der alle Spuren sexistisch-androzentrisch-eurozentrischer Dominanz getilgt wären, erscheint in seiner integralen paranoiden Endlosigkeit wie ein spiegelbildliches Gegenprojekt zu jener Sprachreinigung: Antinational, antikolonialistisch, antipatriarchalisch und antirassistisch, gleicht es seinem Gegenbild im Exorzismus schlimmer Worte, in seinem sprachphilosophisch camouflierten Sexualekel, im angemaßten Sprachbeamtentum, das die Sprache nicht den Sprechenden und Schreibenden überlassen will, sondern ein lückenloses Verkehrssystem für sie erlässt, in seiner Staatsgläubigkeit und in der Neigung seiner Protagonisten zum Antisemitismus bis aufs Haar. Der Habitus, die Idiosynkrasie und die Verfolgungssucht wurden nur politisch korrekt aufpoliert: Wo die Sprachreiniger bei jedem *nebbich* mit dem Ausschluss aus dem Kulturraum drohten, halten sich die Genderpolitiker bei jedem *Neger* kreischend die Ohren zu.

Dass die Gewohnheit, Menschen, die studieren, als »Studierende« statt als »Studenten« zu bezeichnen, historisch überhaupt nicht von Feministinnen, sondern von Johann Gottlieb Fichte, dem Erfinder des »geschlossenen Handelsstaates« stammt, der auf diese Weise die produktiv-schaffende statt reflexiv-zersetzende Arbeit deutscher Jungakademiker unterstreichen wollte, ist vor diesem Hintergrund nicht überraschend.

Nicht weil er mit Marx, Freud und Adorno zu den Lieblingen antideutscher Kritik gehört, sondern weil es sich durch die skizzierte historische Konstellation aufdrängt, lässt sich an der Sprachkritik von Karl Kraus veranschaulichen, was solche falsche, auf Bemächtigung statt auf Erkenntnis zielende Sprachkritik verdrängt. Auch Kraus könnte als von jüdischem Selbsthass getriebener Sprachreiniger in der Tradition von Eduard Engel durchgehen: Er verabscheute das »Mauscheln«, vertrat ein Ideal sprachlicher Reinheit, das mit dem strikten Einhalten grammatischer und syntaktischer Regeln und einer Aversion gegen Jargon einherging, und im gleichsam juristischen, nämlich *rechtsprechenden* Gestus seines Schreibens und Urteilens mag man einen Nachklang des Sprachbeamtentums des 19. Jahrhunderts ausmachen. Dennoch, und das macht einen Unterschied ums Ganze, war er in jeder seiner sprachlichen Innervationen ein deutsch*sprachiger*, kein *deutscher* Schriftsteller. Dass die österreichische Literatur, ähnlich wie die pragerdeutsche, zwar deutschsprachig, aber nicht deutsch ist, dürfte für ihre singuläre Ausdruckskraft bis heute entscheidend sein, während die deutsche Literatur stets nur dort Weltliteratur wurde, wo sie nicht deutsch blieb, sondern deutschsprachig wurde: Das Deutschsprachige lässt das Deutsche hinter sich. Begünstigt, wenn auch nicht hervorgebracht – denn ein solches Hinaustreiben der Nationalsprache über sich selbst ist nur möglich vermittelt durchs Subjekt – wurde dieser Prozess durch die Lebens- und Sprechbedingungen des Vielvölkerstaats, unter denen es selbstverständlicher, aber auch notwendiger als im sich seiner selbst durch Sprachhomogenität versichernden deutschen Nationalstaat war, in der Sprache immer auch außerhalb ihrer zu sein, sich sprechend und schreibend reflexiv zu ihr ins Verhältnis zu setzen. Der mimetische Impuls aller Sprache, ihre bei aller Vermittlung und Sublimierung nie abreißende Bindung an die Leiberfahrung, wurden auf diese Weise als selbstverständliches Moment alltäglichen Sprechens und Schreibens bewahrt. In der Tradition des kritischen Volksstücks, im Vortragsstil des österreichischen Kabaretts, in der nie nur mit, sondern *an* und *in* der Sprache arbeitenden österreichischen literarischen Moderne, finden sich bis heute idiomatische Spuren davon.

## Kraus und die Entschändlichung der Sprache

Die Konstellation von Sprache, Recht und Geschlecht, die sich im Werk von Kraus eröffnet, weist trotz der frauenfeindlichen Aussagen, die sich in seinen Schriften so reichlich wie judenfeindliche finden lassen, weit über Kraus' Zeit und wohl auch über das hinaus, was sich als Kraus' Haltung zur »Frauenfrage« seinen Texten an fixierbaren Aussagen entnehmen lässt. Die in dem Band *Sittlichkeit und Kriminalität* versammelten Kommentare zu zeitgenössischen Prozessen gegen Prostituierte und andere als sexuell verkommen Verurteilte sprechen scharf wie keine anderen Publikationen ihrer Zeit die Komplementarität zwischen der Erniedrigung der Frau in der Ehe und in der Prostitution aus und bieten die vignettenhafte Charakteristik eines Alltags, der die qua Rechtsprechung zur Verkörperung der Schande erklärte Hure stellvertretend für die Schande der Gesellschaft büßen lässt, die sich zugleich an ihr schadlos hält. Humanität regt sich in einer solchen Gesellschaft Kraus zufolge nur dort, wo die Hure, aber auch der Freier, das frühreife Mädchen, der Pädophile, der Sexualverbrecher, dem Strafgericht jener Gesellschaft, die sie selbst hervorgebracht hat, nicht mehr hilflos ausgeliefert wären, sondern der Widerspruch gelöst würde, der sich in ihnen verkörpert. Das impliziert freilich keine Verharmlosung der Prostitution als »Sexarbeit« oder gar »sexuelle Dienstleistung«; dass die freie Menschheit, so wenig sich positiv über sie aussagen lässt, jedenfalls keine Prostitution kennen würde, dass diese vielmehr selbst Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses ist, das abgeschafft gehört, blieb Kraus stets bewusst. Er hat nur – und diese Kleinigkeit hat ihn damals in den Augen vieler selbst als pervers erscheinen lassen – darauf beharrt, dass jenes Verhältnis nicht durch Exorzismus der Prostitution aus der Gesellschaft abgeschafft oder auch nur gebessert, sondern vertieft und perpetuiert wird.

Diesen fortschrittlichen Impulsen steht in Kraus' Werk eine Reihe von Aussagen gegenüber, die ganz im Geiste des nicht nur von ihm verehrten Otto Weininger die Geschlechtermetaphysik von der Substanzlosigkeit, Oberflächlichkeit und Körperlichkeit der Frau zu wiederholen scheinen, die erst durch den männlichen Geist, und immer nur für ihn, zum Leben und zur Sprache gebracht werden könne: »Den Inhalt einer Frau erfasst man bald. Aber bis man zur Oberfläche vordringt!« – »Die Frau ist da, damit der Mann durch sie klug werde.« – »Der Mann ist der Anlass der Lust, das Weib die Ursache des Geistes.« – »Ich stehe immer unter dem starken Einfluss dessen, was ich von einer Frau denke.« Solche Äußerungen, die sich nicht zufällig vor allem in Kraus' Aphorismen finden (weshalb der Aphorismus bis heute die privilegierte Form der Misogynie ist, wäre ein interessantes Thema für eine sprach- und geschlechterkritische Studie), lassen sich jederzeit problemlos als Herrenwitze anbringen, ihren immanenten Stellenwert bei Kraus erfasst man aber erst, wenn man in den Blick nimmt, dass Kraus, wann immer über »die Frau« oder »das Weib« spricht, auch über die Sprache redet, die er selbst als Weib imaginiert. Ein Epigramm mit dem Titel »Die Sprache« lautet: »Mit heißem Herzen und Hirne / naht' ich ihr Nacht für Nacht. / Sie war eine dreiste Dirne, / die ich zur Jungfrau gemacht.« Schlechte feministische Sprachkritik zeichnet sich dadurch aus, dass sie schon diese Metapher nicht gelten lässt, sondern sie sogleich zum Ausdruck einer misogynen Weltanschauung erklärt und damit verstanden zu haben glaubt. Erkenntnis fängt demgegenüber damit an, nach dem Bild zu fragen, dass hier entworfen wird, und zu überlegen, was in ihm denn gesagt ist. Zum einen stellt das Epigramm den Autor in seinem Verhältnis zur Sprache (und »Verhältnis« ist hier im erotischen, nicht allein im sozialen Sinn gemeint), als *Gegenzuhälter* vor: Während der Zuhälter in der populären Imagination derjenige ist, der aus Jungfrauen Dirnen macht und unschuldige Mädchen in schlechte Gesellschaft bringt, verwandelt der Autor die als Dirne vorgefundene Sprache in eine Jungfrau. Jungfrausein ist in diesem Bild nicht der natürliche oder ursprüngliche Zustand, der durch die korrumpierende Gesellschaft verloren geht, sondern Ziel der Arbeit an der Sprache, die nicht auf Entjungferung, sondern gleichsam auf *Entschändlichung* zielt. Anders als bei der Figur des Zuhälters ist das Verhältnis des Autors zur Sprache kein geschäftliches, sondern ein intimes: Seine Zeit ist die Nacht, in der er sich der Sprache mit »heißem Herzen und Hirne« nähert. Seine ganze Konzentration gilt der Aufgabe, nicht eine verschüttete Reinheit wiederherzustellen, sondern die Sprache, die er als Dirne vorfindet, überhaupt erst zum reinen Ausdruck ihres Gehalts werden zu lassen. Das Verhältnis zur Sprache ist eines der Liebe, aber der illegitimen, gleichsam rechtlich nicht sanktionierten, und damit ein *Verhältnis* im vollen Wortsinn: Wer der Sprache gerecht werden will, muss mit ihr *fremdgehen*, durch Ehe würde er sie sich oder sich ihr unterwerfen – während die meisten Menschen heute aus den gelegentlichen Begegnungen mit ihr ähnlich verkatert hervorgehen, wie sie nach misslungenen Abenden auf der Couch des beliebigen Nächsten aufwachen.

Um zu sehen, wie prägend die Imagination der Sprache als Frau und die Auffassung von Autorschaft als Affäre mit der Sprache für Kraus ist, muss man die zitierten Aphorismen nur noch einmal unter diesem Aspekt lesen. Nicht nur sind sie in sich selbst sprachkritisch, Kontrafakturen eingeschliffener Denkbilder und Redeweisen: Nicht die Oberfläche ist das, was man bald erfasst, sondern der Inhalt, während man zur Oberfläche erst vordringen muss; nicht *aus* etwas soll man klug werden, sondern *durch* es; und aus dem Klischee, dass jeder große Mann unter dem Einfluss einer starken Frau stehe, wird der Einfluss, den das Denken über eine Frau auf den Mann ausübt. Vor allem aber wird dabei über die Sprache selbst gesprochen: Nicht der oberflächlichen Wirklichkeit literarische Tiefgründelei entgegenzusetzen, sondern die Oberfläche zu ergründen, ist die Maxime von Kraus' Sprachkritik.

Die Imagination der Sprache als Frau und der Autorschaft als Liaison mit der Sprache wiederholt nicht das organizistische Klischee von der Frau als Natur, die vom Mann mit Geist beseelt, und von der Sprache als Leib, der vom Geist befruchtet werden müsse, sondern die Beziehung zwischen Logos und Eros, Geist und Leib, ihr mimetisches Verhältnis, wird als konstitutiv für die Sprache begriffen. Das Erste ist bei Kraus immer die Sprachgestalt, der bis in ihre äußerste Nuancierung zu folgen ist, damit sie über sich hinausgetrieben und Erkenntnis werden kann. Deshalb erniedrigen seine Aphorismen, anders als der Herrenwitz, Sprache nicht zum Mittel chauvinistischer Auftrumpferei, sondern folgen auch dort, wo die Aussageebene als misogyn aufgefasst werden kann, keinem vorweg festgelegten Zweck, sondern der Sprach*form* – und die ist für Kraus weder »männlich« noch »weiblich«, sondern mimetisch, und weist über die Dualität hinaus.

## Universalismus und Rechtsprechung

Deshalb spricht die Sprache, wie sie bei Kraus gedacht ist, als *rechtsprechende*, immer auch gegen die bornierte Männlichkeit; ihr Verhältnis zur Geschlechtsidentität bleibt, gerade weil sich Eros und Logos in ihr versöhnen, ein negatives: »Ich bin nicht für die Frauen, sondern gegen die Männer.« Den Unterschied von sozialer und natürlicher Geschlechtsidentität hat auch Kraus schon gekannt, ohne freilich diese jener als deren »Konstruktion« zu subsumieren. Stattdessen hat er beide gegeneinander in Anschlag gebracht, um den Widerspruch, auf den die Differenz verweist, als der Abschaffung wert zu überführen – den Widerspruch wohlgemerkt, nicht die Differenz.

So kann der notorische Gegner der Frauenbewegung ein in seiner Schärfe von der Frauenbewegung selbst nicht übertroffenes Plädoyer für die Erwerbstätigkeit der Frauen formulieren: »Jedes Frauenzimmer, das vom Weg des Geschlechts in den männlichen Beruf abirrt, ist im Weiblichen echter, im Männlichen kultivierter als die Horde von Schwächlingen, die es im aufgeschnappten Tonfall neuer Erkenntnisse begrinsen und die darin nur den eigenen Misswachs erleben. Das Frauenzimmer, das Psychologie studiert, hat am Geschlecht weniger gefehlt als der Psycholog, der ein Frauenzimmer ist, am Beruf.« Um nicht vollends am *Geschlecht* zu fehlen, in dem die Erinnerung der Individuen an die erste Natur fortlebt, müssen die Individuen vom *Weg des Geschlechts* abirren, in dem sich der Fluch der ersten Natur reproduziert. In der *rechtsprechenden* Sprache, die die korrumpierte vorgefundene Sprache bannt, um den gesellschaftlichen Bann von ihr zu nehmen, ist dieser Widerspruch sprachlich aufgehoben und damit die Versöh nung auch der Geschlechter antizipiert. »Frauenzimmer« war in der Sprache der Aufklärer ein Ehrentitel, Name für die Frauen, die sich durch Bildung, Selbstaufklärung und Beruf aus der auch selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien trachteten. Erst später wurde es zu einer versächlichenden, abwertenden Bezeichnung für lästige Frauen. Kraus verwendet das Wort abwertend für lästige Männer und verleiht ihm als Bezeichnung für Frauen seine Dignität zurück. Darin führt er vor, dass keine Sprache jemals »Männersprache« war, sowenig wie irgendeine, am wenigsten die *rechtsprechende* Sprache »geschlechtergerecht« werden kann, weil sie stets auf Universalität zielt: Das Recht suspendiert die Gerechtigkeit, die nur das Unrecht verewigt. Als reflektierte Mimesis weist alle Sprache über das Geschlecht, das freilich in ihr zum Ausdruck kommt, hinaus wie der sublimierte Trieb. Wer in diesem Sinne spricht, hat keinen Sprechort, aber den Ort der Erkenntnis in der Sprache gefunden.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung aus:

Magnus Klaue, *Die Antiquiertheit des Sexus. Kindheit – Sprache – Geschlecht*, XS-Verlag, 2017

# Liebe im Digitalen Zeitalter

## Emily Witt recherchiert in »Future Sex« die schöne, neue Welt der Sexualität. Von *Marcel Matthies.*

Das Leben in der westlichen Hemisphäre am Anfang des dritten Jahrtausends ist gekennzeichnet von der Gleichzeitigkeit von Identitätspolitik und Kulturrelativismus, von Diversität und konformistischer Rebellion, von historischem Gedächtnis und bahnbrechender Digitalisierung. Die Synchronisierung der Zeit und die Verdichtung des Raumes gehen mit einem absurden Nebeneinander von Burkinis und orgasmischer Meditation, von Misogynie und Queer-Theorie, von Zivilisationsmüdigkeit und Selbstmordattentaten einher. Witts Buch unter dem Gesichtspunkt zu lesen, wie das Verhältnis des Menschen zu sich selbst und zu anderen Menschen im Begriff ist, sich zu verändern, verrät mehr über unsere Zukunft und den Menschen von morgen als es die Zukunftsforschung prognostizieren könnte.

Die Autorin Emily Witt, Jahrgang 1981, ist ausgebildete Journalistin aus Brooklyn (New York). Sie schreibt Essays und Reportagen für namhafte US-amerikanische und englische Zeitungen und Magazine. Geprägt wurde sie von den Schriften Simone de Beauvoirs und Joan Didions. Ihre sexuelle Selbstfindungsrecherche trägt im Deutschen wie im Original den Titel »Future Sex«. Lediglich der Untertitel weicht vom Englischen »A New Kind of Free Love« ab und lautet »Wie wir heute lieben. Ein Selbstversuch«. Nicht nur der Widerspruch von »Future« und »heute« fällt negativ auf. Überdies weckt der deutsche Untertitel die Erwartung, es würde sich bei diesem Buch um Ratgeberliteratur handeln. Stattdessen ist der Erlebnisbericht eindeutig dem New Journalism zuzuordnen. Die von Hannes Meyer ins Deutsche übersetzte Fassung ist ansonsten gut lesbar.

Welche Beweggründe hat die Autorin? Im Alter von 30 Jahren fragt sie sich, warum ihr gesamtes Umfeld, sie inbegriffen, immer davon ausgegangen ist, dass das Ziel eines gelingenden Lebens darin besteht, die Liebe als »absolutes, messianisches Endzeitereignis« zu finden, »als wäre das Universum sie jedem Einzelnen von uns schuldig und als gäbe es vor ihr kein Entrinnen.« Witt verabschiedet sich also vom pseudo-fatalistischen »Projekt Ehefrauendasein, Monogamie und Kinderaufzucht«. Indem sie sämtliche Normen und Konventionen, die Sexualität betreffend, für sich außer Kraft setzt, öffnet sie sich für avantgardistische Praktiken von sexueller Leibesertüchtigung, Cybersex und anderen Konzepten zur Steigerung sexueller Lust. Mit ihrem Buch macht sich Witt zur Chronistin angewandter Science-Fiction-Pornografie.

Witt verfügt über eine besondere Beobachtungsgabe, bleibt aber leider zu oft bei der bloßen Schilderung stehen. Das kann zweifelsohne sehr informativ sein, wenn sie beispielsweise den Sitzungsablauf einer orgasmischen Meditation schildert: »Dann zieht die Frau sich die Hose und Unterwäsche aus, legt sich auf den Rücken und öffnet die Beine. Ihr Partner bleibt angezogen und setzt sich auf ein Kissen zu ihrer Rechten. Er legt sein linkes Bein über ihren Körper und schiebt sein rechtes unter ihr rechtes Bein. Dann stellt er einen Wecker auf 15 Minuten, zieht sich Latexhandschuhe an und reibt sich einen Finger mit Gleitmittel ein. Er beschreibt der Frau mit poetischen Worten ihre Vulva. Er bittet sie um Erlaubnis, sie zu berühren. Wenn sie ihm die Erlaubnis gewährt, legt er den Daumen der rechten Hand in ihren Introitus. Mit der linken streichelt er sanft über den oberen linken Quadranten ihrer Klitoris. Damit fährt der Partner den Rest der ihm zugeteilten Zeit fort [...]. Ist die Zeit abgelaufen [...], legt der Mann die Hand mit festem Druck auf die Vulva, um die Frau zu ‚erden'.«

Wozu dient dieses kostenintensive Spektakel? Der Vorteil der orgasmischen Meditation, auch Coregasm genannt, bestehe darin, so seine Befürworter, dass Sexualität von Liebe und Dating entkoppelt ist. Die orgasmische Meditation schaffe so einen neutralen Ort ohne Verhaltenskonditionierung und romantische Geschichten.

Das Kapitel über Online-Dating ist, wie das Thema selbst, gekennzeichnet von einer gewissen Banalität. Witts Dates verlaufen weitgehend ergebnislos. Ihr Raster weitet sich derart, dass jeder Bewohner ihrer Stadt infrage kommt, der »einigermaßen die Rechtschreibung beherrschte und nicht unbedingt ein Rechtsradikaler war.« Witt stellt die Geschichte des Online-Datings anschaulich an einzelnen Unternehmen wie zum Beispiel OkCupid, Manhunt, Grindr oder Tinder dar. Auch der Unterschied zwischen homo- und heterosexuellen Nutzern von Dating-Apps ist Thema. Im Gegensatz zu vielen ihrer Freunde, die sich online verliebt hatten und »in der Technologie einen klaren Sinngebungskorridor gefunden hatten, der sie ohne Umwege vom Single- ins Pärchendasein geführt hatte«, fühlt Witt sich denjenigen zugehörig, die »Teil eines ahistorischen, aber heutzutage bedeutenden Bevölkerungsanteils waren, dem [...] jegliches Gruppenbewusstsein fehlte, ganz zu schweigen von irgendeiner gemeinsamen sexuellen Ambitionserklärung.«

Im Zuge der Neo-Liberalisierung von Märkten und Ressourcen leistet das Kapital eine grenzenlose Verflüssigung aller Verhältnisse. Die Auflösung monogamer oder von auf Dauer angelegten Sexualitätskonzepten lässt sich kaum als ahistorisch begreifen, sondern vielmehr als biopolitischer Vollzug sozio-ökonomischer Prozesse im Rücken der Menschen. Ein Symptom maximaler Flexibilisierung und Anpassungsfähigkeit von menschlichen Arbeitskraftbehältern lässt sich in der Nutzung von Dating-Apps erkennen. Sie dienen dem Finden von Gesprächs- oder Sexualpartnern an jedem Ort der Erde. Darin kommt der Drang zum Ausdruck, Isolation zu überwinden, um Kommunikation und Emotion verfügbar zu machen.

Eine besonders harte Form der Internetpornographie ist das Public Disgrace. Dabei geht es um die Inszenierung von brutalem, entwürdigendem Sex durch Entblößung, Züchtigung und Erniedrigung in der Öffentlichkeit. Bespucken und Beschimpfen gehören genauso wie das bloße Benutzen oder extreme Anal-Fisting des Sexualpartners dazu. Die Protagonisten sind durchtrainiert, beweglich und absolut professionell. Das Publikum wird vorher genauestens instruiert. Auffällig ist, dass Witt trotz der Drastik des Public Disgrace eine emotional distanzierte Haltung zu diesem Erlebnis einnimmt. Immerhin bringt sie ihre Bewunderung für die Darsteller und deren Lässigkeit, Selbstsicherheit und Vermittlung eines positiven Körpergefühls zum Ausdruck. Ob diese Distanz ihrem Berufsethos als Journalistin entspricht oder aus einem ihren Gefühlen übergestülpten Bewusstseinsmanagement zur Disziplinierung von Trieb, Bindung und Emotion entspringt, beantwortet das Buch nicht.

Das Kapitel über Polyamorie diskutiert die Vorzüge gegenüber der Monogamie, das, so Janet Hardy und Dossie Easton, als Ideal überholten Agrarkulturen entstamme. Die Institution der Monogamie ist die Ehe. Ihrer Tendenz nach sei die Ehe »Heuchelei, Verlogenheit, Libidominderung und stumme Frustration«. In der Polyamorie gehe es um sexuelle Abenteuer und den Selbstzwang, sich ein Gefühl wie Eifersucht auszutreiben. Wie dies gelingt? »Sie wollten [...] über ihre wahren Gefühle sprechen, ihre tatsächlichen Begierden benennen und ausgedehnte schwierige Gespräche führen. Statt in Furcht vor einer festen Bindung verunsichert wegzulaufen, versuchten sie eine andere Art der Bindung zu finden, die ihrem Wunsch nach einem aufregenderen Leben gerecht wurde. [...] In der Monogamie gab es eine Grenze. In ihrer Beziehung würde es viele geben. [...] Sie entwarfen Moralkodizes, um ihre Beziehungen zu schützen. Sie schonten Gefühle und physische Gesundheit durch Regeln und Satzungen. Sie verhielten sich ernst [...] und behandelten Gefühle als individuelle Wesen, die sie in Baumwolle packten und sorgfältig beschrifteten. Statt die Verlockung als etwas Ehrloses darzustellen, war für sie die Eifersucht die reaktionäre Antwort, der sie möglichst nicht nachgeben wollten.« Es ist kein Zufall, dass die Wirkungsmacht beruflicher Tugenden wie »Ehrgeiz, Neugier und Risikofreudigkeit« auch durch polyamouröse Konzepte Einzug in die Privatsphäre erlangt.

Witts »Future Sex« ist eine sensitive Psychotechnik eingeschrieben. Sie sehnt eine Zeit herauf, in der »wir Übung im Gefühlsmanagement mehrerer gleichzeitiger Beziehungen bekommen.« Dieser Satz bildet die Quintessenz zukünftiger Sexualität. Denn in Witts sexueller Experimentierfreude verdichtet sich weniger Sexualität als vielmehr der verwaltungstechnische Umgang mit eigenen Gefühlen und Bedürfnissen im Jargon der Psychotherapie. Witt definiert Future Sex so: »Futuristischer Sex war keine neue Art von historisch noch nie dagewesenem Sex, sondern einfach eine neue Art, darüber zu reden.«

Der Erfahrungsbericht vom Burning-Man-Festival liest sich wie ein stumpfes Fest der Selbstauflösung. Das Festival trägt seinen Namen, weil am sechsten Tag der achttägigen Veranstaltung eine riesige menschliche Statue in der Black Rock Desert angezündet wird. Es geht um Kunst, Rausch, Sex und Selbsterfahrung. Im sogenannten Orgy Dome, so berichtet Witt, gab man »uns eine Tüte mit Kondomen, Gleitgel, Feuchttüchern, Minzbonbons und Anweisungen, wie wir unseren Müll hinterher zu entsorgen hatten. Wir gingen hinein. Ich war ein bisschen enttäuscht, dass keine richtige Orgie im Gange war. Eigentlich hatten dort gerade nur einige Hetero-Paare getrennt voneinander Sex. Lunar Fox und ich setzten uns auf ein Sofa und sahen zu. Wir kamen uns komisch vor. Irgendwie war klar, dass wir entweder selbst etwas tun oder gehen sollten. ‚Sollen wir auch Sex haben?', fragte ich. ‚Ja ...', erwiderte er. ‚Willst du denn?' ‚Ja', sagte ich. ‚Sicher?', fragte er. ‚Ja', sagte ich. Die Frau an der Tür hatte uns zu lauter, nachdrücklicher Zustimmung ermutigt.« Es scheint so, als sei dieser Bevölkerungsteil die Vorhut einer erlebnisgeilen Exzess(sub)kultur, die – den Wirkmechanismen des Kapitals folgend – das omnipräsente Gefühl eines existentiellen Vakuums zu füllen versucht: ohne verbindliche Regeln, kontinuierliche Bindungen und die Fähigkeit zur Erfahrung.

Abschließend setzt Witt sich mit Fragen der Verhütung, der Fortpflanzung und des Einfrierens von Eizellen auseinander. Um Familie, sexuelle Freiheit und Fortpflanzung zu vereinbaren, »müsste [man] Alleinerziehende nicht nur materiell, sondern auch ideologisch stärker unterstützen. Diese Zukunftsforschung dürfte feststellen, dass Ehe und Babys einander nicht bedingen.« Das Thema kreist weniger um Sexualität als vielmehr um Selbstermächtigung. Witt geht es um die Bereitstellung einer Infrastruktur, die der bewusstlosen oder bewusstseinserweiternden Konstitution von potentiell unbegrenzten sexuellen Verbindungen Rechnung trägt.

Wenn sie hofft, dass »die Vorherrschaft eines einzigen Sexualmodells immer mehr ausgehöhlt werden würde«, dann macht sie sich zum Sprachrohr eines ohnehin nicht mehr aufzuhaltenden Trends in bestimmten Milieus der New Economy, der Neurochemie sowie der digitalen Medien und Technologien. »Niemand kann sich zu einem anderen Subjekt machen als zu dem des geschichtlichen Augenblicks«, so Max Horkheimer. Auch Witt ist weniger selbstbestimmt als sie annimmt. Ihr Buch legt Zeugnis davon ab, dass der Verlust übergeordneter Sinnordnungen im Zuge der digitalen Revolution auch Konzepte von Liebe, Fruchtbarkeit, Verhütung, Fortpflanzung und Familie verändern wird. Die Flexibilisierung der Arbeitskräfte im digitalen Zeitalter geht einher mit permanentem Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagement. Ohne es zu wissen, vollzieht sich in ihrem Denken, Handeln und Fühlen bereits diese Anpassung an kybernetische Zukunftskonzepte. Datafizierung und Digitalisierung sind dabei an die Unfähigkeit gekoppelt, überhaupt Erfahrungen zu machen.

Das enfant terrible Maxim Biller hat die Liebe einst als Lieblingsfetisch der Freizeitterroristen bezeichnet. Liebe ist demnach in so aufregenden Selbstverwirklichungszeiten wie diesen kein Wort mehr, das das Gefühl eines Menschen zum anderen bezeichnet, sondern nur zu sich selbst. Vielleicht besteht die Schattenseite unseres spätmodernen Lebens darin, dass die hypochondrische Selbstliebe, die Angst davor, etwas zu verpassen, und das Sammeln von unvergesslichen Augenblicken es erschweren, einen anderen Menschen ausdauernd zu lieben. Vielleicht ist aber auch die Fähigkeit zu lieben, in einer Zeit der Selbstoptimierung, Selbstvermarktung und des allumfassenden marktwirtschaftlichen Äquivalents längst antiquiert.





# Das linke Ohr

## *Berthold Seliger* über den Schweizer Komponisten Jacques Wildberger.

»Dagegen zu komponieren war und ist mein agita movens.«
Diese eindeutige Aussage des Schweizer Komponisten Jacques Wildberger (1922-2006) steht im Zentrum einer von Michael Kunkel kuratierten Ausstellung, die noch bis März 2018 in der Universitätsbibliothek Basel zu sehen ist und von einem Internationalen Symposium und von einigen Konzerten ergänzt wird. Nur zufällig habe ich von dieser Ausstellung erfahren: Im Museum Tinguely das Faltblatt mit dem schönen Titel »Das linke Ohr« gesehen, und wir hatten noch einen Montag im verregneten und kalten Basel zu verbringen, bis abends unser Flug zurück nach Berlin ging, warum also nicht einen mir bislang unbekannten Komponisten erkunden? Um es vorwegzunehmen: Die Begegnung mit Jacques Wildberger war faszinierend und bereichernd.

Wildberger stammt aus dem humanistisch geprägten Basler Bürgertum. Früh entscheidet er sich fürs Engagement gegen Faschismus und gegen die typische Schweizer »Igelmentalität«. Er tritt 1944 in die Schweizer kommunistische Partei, die »Partei der Arbeit«, ein und schreibt als frisch diplomierter Pianist Agitprop-Kampflieder für das Basler Arbeiterkabarett »Scheinwerfer« und die Neue Volksbühne Basel, Musik im Stil Hanns Eislers, eine Art »humanistisch-bürgerliche Protestmusik«, die für Wildberger den »Versuch der Unterlegenen, zu singen« darstellt. Noten und Musik von *Wir wollen zusammen marschieren* kann man in der Ausstellung sehen und hören, »wir Stempelbrüder, wir Männer vom laufenden Band, das freie Volk soll regieren, in jedem Land (...) Sozialismus ist Freiheit und Brot.« Doch bereits 1947 tritt Wildberger desillusioniert angesichts der stalinistischen Diktatur aus der Partei der Arbeit aus. Freilich, er bleibt dabei, »dagegen zu komponieren«, er beschäftigt sich mit den Werken und der Zwölftontechnik Arnold Schönbergs, der in der Schweiz damals »ein verfemter Komponist« war. »Da wollte ich in die Opposition gehen", und er nimmt Kontakt zum Busoni-Schüler Wladimir Vogel auf, der vor den Nazis geflohen war und im Tessin lebte und lehrte. Dessen 1943 uraufgeführtes, antifaschistisches Oratorium *Thyl Claes* beeindruckt Wildberger stark, insbesondere auch der Sprechchor, mit dem Vogel die Sprache so organisiert, daß sie zum Klangmaterial wird. »Das ist richtige Widerstandsmusik.«[1]



Jacques Wildberger

Die Zwölftonmusik ist für Wildberger »die einzig begründbare Sprache«, er findet in der Zwölftontechnik ein probates Mittel zur Entwicklung einer traditionsbewußten und gleichzeitig kritischen Ausdruckskunst. Er kreiert eine Art Interpolationstechnik, mit deren Hilfe er sich kompositorisch innerhalb einer vorgegebenen Reihe frei bewegen konnte. Wildberger fühlt sich als »Ausdrucksmusiker«, steht also näher bei Schönberg als beim späten Webern. »Ich habe nie einfach Reihenspiele gemacht, sondern immer etwas aussagen oder ausdrücken wollen«, bekennt der Komponist, und: »Die Musik darf nicht einfach stehen bleiben und kristallisieren.« Seine Werke fallen in den 1950er Jahren beim bürgerlichen Publikum und der ebensolchen Kritik in der Schweiz durch, sie stoßen auf Unverständnis und offene Ablehnung, taugen also etwas. In Darmstadt und Donaueschingen machen Wildbergers Werke Furore, Pierre Boulez setzt sich nachhaltig für Wildbergers Musik ein, Hans Rosbaud dirigiert 1953 in Donaueschingen die Uraufführung von *Tre Mutazioni per orchestra de camera*, man kann den Mitschnitt dieser großartigen Komposition in der Ausstellung anhören. Wildberger jedoch scheint viel zu eigensinnig, als daß er ein »Darmstädter« oder »Donaueschinger« wird, er bewundert zwar die Radikalität, mit der Boulez in seinen *Structure I* (1952) vorgeht, empfindet serielle Automatismen aber als »Zeitzwang«, von dem man sich freimachen sollte. Er gibt eine Schrift mit dem Titel *Freiheit von der rationalen Zeit* heraus und bleibt skeptisch gegenüber der »eingefrorenen Zeit«, etwa in seiner Komposition *Zeitebenen* (1959).

1962 entwickelt Wildberger sein einziges großes Bühnenprojekt, *Epitaphe pour Evariste Galois* über den revolutionären Mathematiker und bekennenden Republikaner, der 1832 20-jährig einem Duell zum Opfer fällt (Gerüchte sprechen von einem als Duell getarnten politischen Mord). Galois entwickelte die nach ihm benannte Galoistheorie und ist einer der Begründer der Gruppentheorie. In einem Brief an einen Freund am Vorabend des tödlichen Duells stellt der junge Mathematiker seine bahnbrechenden Erkenntnisse für die Nachwelt zusammen. Kein Wunder, daß Galois für Wildberger doppelt interessant war: als Revolutionär, der mehrfach verhaftet worden war, ebenso wie als Mathematiker, denn Wildberger war von dieser Wissenschaft ähnlich fasziniert wie Alain Badiou, dessen *Lob der Mathematik* dieser Tage erschienen ist und der »für die Mathematik auch immer unter dem ästhetischen Blickwinkel wirbt«, für ihre »feststehende, absolut einzigartige Schönheit«.[2] Badiou hätte sich darüber mit dem Komponisten Jacques Wildberger möglicherweise gut verständigen können. Wildberger jedenfalls suchte Galois' »gruppentheoretische Überlegungen nicht nur kompositorisch, sondern auch choreographisch fruchtbar« zu machen und damit »zu demonstrieren, wie Mathematik und Politik sich unter den Bedingungen des Einzelschicksals Galois' zu einer hochexplosiven Mischung verbinden können« (Kunkel).

1967 hielt Wildberger sich als Stipendiat des DAAD in Berlin auf. Er erlebte den politischen Aufbruch der APO mit, war aber auch für die Popkultur offen und bezeichnete »Woodstock« und »den unvergessenen Jimi Hendrix«, aber auch die Verschleppung des koreanischen Komponisten Isang Yun aus Berlin durch den südkoreanischen Geheimdienst als »einschneidende Ereignisse«. Er konstatierte: »Die schönen Tage eines kompositorischen Handwerks mit dem goldenen Boden sind nun zu Ende«, er bekannte sich zum Schaffen explizit politischer Musik und äußerte die Hoffnung, daß seine Werke »als Stein des Anstoßes, als Sandkorn im Getriebe, als Ärgernis« wirken würden. In seinem Aufsatz *Über die Schwierigkeit, heute noch zu komponieren* bezeichnet er seine künstlerische Arbeit jetzt als »Restitutionsversuch, wie man ihn bei Geisteskranken beobachtet, die während der klinischen Behandlung zu zeichnen und zu schreiben beginnen, um sich damit wiederzufinden und sich gegen die existentielle Bedrohung zu behaupten«. Wildberger verwendet jetzt noch expliziter Sprache, sei es Lyrik, seien es vorgefundene Textstellen, seien es Dokumente, denn »die Musik bedarf, um in ihrer kritischen Spitze erkennbar zu werden, des sprachlichen Kommentars. Denn ihre kritische Haltung bliebe stumm, wäre sie nicht begrifflich gemacht und dieserart festgelegt: Musik für sich allein vermag nichts eindeutiges zu sagen.«[3] Wildberger verarbeitet Gedichte von Enzensberger und Michelangelo (in *La Notto, trittico per nastro, mezzosoprano e 5 strumenti*, 1967, das sich mit dem Vietnamkrieg auseinandersetzt), spiegelt das Hegelsche Axiom »Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee« (in *Double Refrain*, 1972) oder verwendet Lyrik und Texte von Camus, Hölderlin, Celan oder Beckett (in *...die Stimme, die alte, schwächer werdende Stimme...*, 1973-74, mit dem er auf den Freitod dreier Freunde reagiert). Es entstehen Werke großer Hoffnungslosigkeit, die aber gleichzeitig doch dem »Prinzip Hoffnung« verpflichtet bleiben: »Man hofft, daß es einmal besser oder gerechter kommt. Die Hoffnung ist noch nicht erfüllt.« Die Hoffnung als eine Art Flaschenpost der Verzweifelten für die Nachgeborenen – in seinem eindrucksvollen Werk *An die Hoffnung für Sopransolo, Sprecher und Orchester* (1978-79) dekliniert er diese Möglichkeiten durch, Wildberger stellt *Hyperions Schicksalslied* von Hölderlin ins Zentrum:

> Es schwinden, es fallen
> Die leidenden Menschen
> Blindlings von einer
> Stunde zur andern,
> Wie Wasser von Klippe
> Zu Klippe geworfen,
> Jahr lang ins Ungewisse hinab.

Und er fügt der Ode die Chronik der Shoah hinzu und verwendet das berühmte Stejtellied *s brent* von Mordechai Gebirtig, das der große jüdische Komponist und Widerstandskämpfer, der am 4.Juli 1942 von deutschen Soldaten ermordet wurde, 1938 als Reaktion auf ein Pogrom in der polnischen Stadt Przytyk geschrieben hat: »S'brent! briderlekh, s'brent!« Wildberger verbindet dieses Lied auf erschütternde Art mit dem munteren Trommelmarsch der Mörder sowie mit »mißbrauchtem und mißbrauchbarem Kulturgut«, etwa *Les Préludes* von Liszt, dessen Hauptmelodie seit dem Rußlandfeldzug als Erkennungsmelodie der deutschen Wehrmachtsberichte diente, Wagners *Meistersinger-Vorspiel* und *Freude, schöner Götterfunken*. Und im Nachspiel hören wir Melodiefetzen von chilenischen Sängern, etwa von Violeta Parra (1917-1967), der wunderbaren Sängerin, die die Basis für den chilenischen »Nueva Canción« schuf. »Sie darf von Hoffnung singen! Sie darf tröstend sein, denn sie hat alles an Elend und Verfolgung selber erlitten. Sie darf – aber nicht wir! Wir dürfen nicht von unserem sicheren Port aus Hoffnung verordnen. Ich habe nicht das Recht, Hoffnung zu verordnen! Wir, die wir im Luxus leben auf Kosten von vier Fünftel der Erdbevölkerung, die hungern, Mangel haben und abhängig sind vom Verbrechen.« Hier haben wir den Komponisten mit unerbittlicher Haltung, streng uns und sich selbst gegenüber – Lieder wie *s brent*, *Gracias a la vida* oder *Partisanen vom Amur*, das Wildberger ebenfalls im Nachspiel von *An die Hoffnung* zitiert, können wir heute, im Wissen um die Shoah, nur noch »hastig, atemlos« singen, keinesfalls aber mit hohlem Pathos oder als die Verkünder von Hoffnung. Die Hoffnung gehört nicht uns, sie ist uns »nur um der Hoffnungslosen willen gegeben«, wie wir von Walter Benjamin wissen. Der auch geschrieben hat, daß der »Feind zu siegen nicht aufgehört hat«: »Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der ‚Ausnahmezustand', in dem wir leben, die Regel ist.«[4]
Die beeindruckende und beklemmende Aufnahme von *An die Hoffnung* mit Sylvia Nopper, Georg Martin Bode und dem Sinfonieorchester Basel unter Heinz Holliger[5] ist eine der wenigen Aufnahmen, die heute von Jacques Wildberger zur Verfügung steht, man kann sie als gebrauchte CD oder auf Youtube finden. Das ist ja leider nicht unüblich bei den Werken moderner und zeitgenössischer Komponisten, umso mehr, wenn sie jenseits großer Kompositionskunst auch Widerspruch gegen die Zeitläufte einlegen: Im musikindustriellen Allerlei stehen ihre Aufnahmen kaum einmal zur Verfügung oder gehen unter, während die einschlägigen belanglosen Schönklang-Orgien, komfortabel und wartungsfrei, auf und ab gespielt und verkauft werden. Komponisten wie Jacques Wildberger erhalten nur Brosamen: einzelne Aufnahmen, die nicht veröffentlicht oder, falls sie doch einmal eine Veröffentlichung erlebt haben, nicht wiederaufgelegt werden. Man verleiht ihnen vereinzelt Auszeichnungen (Wildberger erhielt 1981 den Komponisten-Preis des Schweizerischen Tonkünstlervereins), gibt ihr Werk aber recht eigentlich dem Vergessen anheim. Es ist unsere Aufgabe, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und von den einschlägigen Institutionen die Veröffentlichung aller Aufnahmen von großen Künstlern wie Jacques Wildberger zu verlangen. Es bleibt zu hoffen, daß die Ausstellung »Das linke Ohr« die Aufmerksamkeit auf diesen wichtigen Komponisten lenkt – und daß diese Ausstellung an vielen anderen Musikhochschulen gezeigt werden wird, in Berlin, München, Wien, Linz und anderswo, im Idealfall begleitet von einer preisgünstigen CD-Werkschau, die Aufnahmen liegen ja in den Archiven und müßten nur von mutigen Musikmanagern (ich weiß, das ist in aller Regel eine contradictio in adiecto...) neu aufgelegt werden.

Jacques Wildbergers Kompositionen können unser Leben bereichern, sie harren neuer Auseinandersetzung. »Immer Opposition! Ganz einfach! Immer Opposition gegen alles Traditionelle!«

Links zur Musik von Jaques Wildberger finden Sie in der Online-Fassung dieses Textes *http://versorgerin.stwst.at*

---

[1] Die wörtlichen Zitate Wildbergers wie auch viele biographische Informationen aus der Ausstellung sowie: Michael Kunkel, Der Komponist Jacques Wildberger – eine Porträtskizze. Aussagen und Dokumente, zum 80. Geburtstag zusammengestellt. In: dissonanz, *https://www.dissonance.ch/CH-Komponisten/Wildberger.html*, zuletzt abgerufen am 29.1.2018.

[2] Alain Badiou mit Gilles Haéri, Lob der Mathematik. Wien 2018, S. 15.

[3] In: Tibor Kneif, Politische Musik? Wien-München 1977, S. 38.

[4] Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte. Kritische Gesamtausgabe, Band 19. Berlin 2010, S. 19.

[5] Jacques Wildberger, in der Reihe »Musikszene Schweiz«: *Tempus cadendi, tempus sperandi* (1998/99), *Commiato* (1997) und *An die Hoffnung* (1978/79), erschienen bei Harmonia/Harmonia mundi.

---

*Berthold Seliger leitet seit über 27 Jahren eine Konzertagentur und schreibt regelmäßig Beiträge u.a. für* Konkret, Jungle World *und* Berliner Zeitung, *sowie auf seinem Blog unter* http://www.bseliger.de/.

# Von Linz als City of Media Arts …

… bis zur Blockchain des Giblings. *Franz Xaver* über die Medienkunst der 2. Generation, über Prozesskunst, die STWST-Zugänge der New Contexts und über einen Informationstransport ohne Glanz und Utopie.

In der Reihe Mythos Medienkunst habe ich in ca. 15 Ausgaben der Versorgerin versucht, den Begriff Medienkunst zu erörtern. Es fanden Mail-Interviews mit **Katharina Gsöllpointner, Herwig Turk, Georg Ritter, Gudrun Bielz, Peter Weibel, Max Kossatz, Thomas Lehner, Graf und ZYX, Armin Medosch, Barbara Doser, Kurt Hofstetter, Gottfried Hattinger, Rainer Ganahl, Gertrude Moser Wagner, Helmut Mark, Margarete Jahrmann, Station Rose, Konrad Becker, Fe Rakuschan u.a.** statt. Die InterviewpartnerInnen waren bis auf wenige Ausnahmen meist MedienkünstlerInnen der 2. Generation, also jene KünstlerInnen, die zu Beginn der 80er Jahre versuchten, digitale Technologie in den Kunstschaffungsprozess einzubinden. Es war die Zeit, als die ersten Homecomputer auf den Markt kamen, die in Folge die Entwicklung der Medienkunst prägten. Das Arbeitsumfeld der KünstlerInnen war im Zeitalter der PUSHMEDIEN angesiedelt – also jenen Medien, bei denen der Informationsfluss nur in eine Richtung ging, vom Sender zum Empfänger. Der Sender, von dem aus die Information verbreitet wurde, hatte dabei die absolute Macht. Die Machtkonzentration wurde über staatliche Medien- und Telekommunikationsgesetze geregelt.

In den interaktiven Installationen wollten die KünstlerInnen die BesucherInnen meist in ihr Werk miteinbeziehen und hinterfragten deshalb diese Sender-Empfängersituation. Um diesen einseitigen Informationsfluss etwas entgegenstellen zu können, war ein kollektives und vernetztes Arbeiten in Gruppen notwendig. Mit STADTWERKSTATT TV und VAN GOGH TV möchte ich hier nur zwei Initiativen aufzählen, in denen KünstlerInnen diese einseitige Kommunikationsrichtung in Frage stellten. Bis zum Eintreffen der PULLMEDIEN, bis zum Internet, haben nun diese Künstlergruppen etwa zehn Jahre mit verschiedensten Sender-Empfänger-Sender-Situationen experimentiert. Wichtige künstlerische Perspektiven wurden geschaffen, die heute fast in Vergessenheit geraten sind. Daraus ergibt sich zwingend, dass in den nächsten Jahren am Archiv der STWST gearbeitet werden muss.

Der Wandel von den PUSH- zu den PULLMEDIEN könnte aber auch durchaus Nahrung für eine Verschwörungstheorie sein, in der eine unbekannte Macht eine weltweite Kontrolle des Informationsflusses angestrebt hat. Das wäre aber nicht so einfach gewesen, denn es hätte zuerst ein Bedarf an einem neuen Informationsmedium geschaffen werden müssen – da wäre Wissenschaft, Kunst und Kultur schon der richtige Bereich in unserer Gesellschaft gewesen, um die Utopien in diese Richtung gelenkt zu haben. Vielleicht wurde alles durch das Ende des kalten Krieges verursacht, in der freigewordene Strategen der Rüstungsindustrie, die sich mit der Spieltheorie im militärischen Bereich beschäftigten, keinen Job mehr hatten. Das Internet wurde ja sowieso vom Militär erfunden und hat sich erst in Folge »frei« im universitären Bereich entwickelt.
Uffff, zum Glück stehen dieser Betrachtungsweise Personen gegenüber, die das Internet durch Opensource und Freie Software transparent gemacht haben und somit den Verschwörungstheorien den Wind aus den Segeln nahmen. Der Wandel von den PUSH- zu den PULLMEDIEN war eines der Jahrtausendereignisse und kann auch als Paradigmenwechsel unserer Kultur bezeichnet werden. Leider mussten KünstlerInnen und AkteurInnen, die im Vorfeld dieses Paradigmenwechsels arbeiteten, ihre Federn lassen. Positionen von KünstlerInnen oder AkteurInnen aus diesem Jahrzehnt werden heute kaum rezipiert. Die KünstlerInnen wurden in Folge auch durch die AktivistInnen der OPENSOURCE- und FREESOFTWARE-Bewegung sehr ausgedünnt. Ihre COPYLEFT-Bewegung brachte selbst die ausgekochteste MedienkünstlerIn ins Schwitzen. Gleichzeitig hatten nun KünstlerInnen aller Genres mit den PULLMEDIEN plötzlich eine Möglichkeit, ihre Kunst in den Medien aktiv anzubieten. Jeder konnte plötzlich »Sender« und MedienkünstlerIn werden. Der Begriff der Medienkunst wurde schwammig, trüb und verlor in Folge Glanz und Utopie. Mein ursprünglicher Begriff der Medienkunst bezeichnet einen Bereich, in dem alle Materialien und Situationen in ein Werk einbezogen wurden. Alle Komponenten mussten kontrollierbar sein. Mit dem Internet kam aber eine neue Möglichkeit des Informationstransports. Es war die TCP/IP Technologie, die Information schichtenweise aufbereitete – (und die Medienkunstwerke funktionierten plötzlich :). Durch diese Schichtentechnologie war es aber nicht mehr möglich, alle Komponenten des Mediums zu kontrollieren. Programmierer der OPENSOURCE- und FREESOFTWARE-Technologie konnten ihre Kreativität zwar ein paar Layer tiefer ausleben; den KünstlerInnen fehlte aber das Verständnis dafür und die Kommunikation zwischen KünstlerInnen und TechnikerInnen brach ab.

### Zurück an den Start: Die Medienkunst in Linz und die Ars Electronica

Getragen vom Gedanken eines allumfassenden Festivals – in Einklang mit Harmonie, Kunst und Synthesizertechnologie – suchte die Generation der 70er Jahre nach einem Weg um ihre neuen Perspektiven zu positionieren. Ein Hauptbestandteil war die elektronische Kunst, die aber meist von den sphärischen Klängen der Moogsynthesizer getragen wurde. Die Idee war gut und mit dem ORF Landesstudio war sofort ein Gründungsmitglied gefunden. Es entstanden zwei Spielstätten. Es dauerte nicht lange bis man bemerkte, dass sich diese Spielstätten inhaltlich nicht immer auf einer Linie befanden. Im Brucknerhaus wurden »Interaktive Installationen« gezeigt und im ORF Landesstudio die »Videokunst«.

Ich weiß nicht, ob es Zufall oder Kalkül war, die elektronische Kunst in öffentlich wirksame und inhaltliche Komponenten zu teilen. Einerseits pilgerten damals schon 100000 Leute in den Linzer Donaupark um eine Klangwolke zu sehen, andererseits gab es die Ars Electronica mit einem internationalen Fachpublikum und einem beachtlichen Geldpreis für Videokunst. Diese Eckpunkte konnten medial gut transportiert werden und blieben im Gedächtnis der LinzerInnen, die aber meist zwischen Ars, Klangwolke und goldener Nica nicht unterscheiden konnten. In diesem Fahrwasser der öffentlich-wirksamen Handlungen hatte man nun die Möglichkeit, ein inhaltlich starkes Festival aufzubauen. Eine Meisterleistung der Strategie. In diesem Biotop konnte sich eine internationale Medienkunst und eine Utopie entwickeln, in der jeder Empfänger als auch Sender sein konnte. Es war vielleicht in den frühen 90er Jahren wieder Zufall oder auch nur Pech, dass der Zeitpunkt für die Umstrukturierung der Ars Electronica in ein zusätzliches Museum und ein experimentelles Labor genau in den Zeitabschnitt des Paradigmenwechsels PUSH/PULLMEDIEN fiel.

Die Klangwolke wurde endgültig von der Ars Electronica medial befreit und ein öffentlich wirksames Museum nahm diesen Platz ein. Die Restrukturierung in eine Medienstadt hatte auch Folgen für die Stadtwerkstatt. Stadtwerkstatt-TV inszenierte bis zu dieser Zeit regelmäßig große Medienereignisse, die während der Ars Electronica die PUSHMEDIEN zu hinterfragen begannen und die Möglichkeiten der PULLMEDIEN aufzeigten. Dafür bekam die Stadtwerkstatt in den 90er Jahren auch einen Staatspreis für Medienkunst, wurde aber bei der Restrukturierung der Medienstadt Linz nicht bedacht. Die Stadtwerkstatt organisierte sich neu: Die medialen Bereiche wurden Mitte der 90er Jahre zu eigenständigen Vereinen - Radio FRO bot einen demokratischen Zugang (jeder konnte zum Sender werden) und servus.at beschäftigte sich mit den OPENSOURCE- und FREESOFTWARE-Bereich – um mich vom Gedanken einer Weltverschwörungstheorie abzubringen.

### Wir nannten es Medienkunst

Mit den PULLMEDIEN brach ein neuer Abschnitt der Informationsgesellschaft an. Die Medienkunst in ihrer ursprünglichen Bedeutung gab es nicht mehr. Ab diesem Zeitpunkt machte dieser Begriff sowieso nur Schwierigkeiten, deswegen möchte ich in Zukunft dieses Genre eher der PROZESSKUNST zuordnen.

Also, die Prozesskunst entwickelte sich in den 80er Jahren enorm, weil man die statische Kunst als langweilig und unsexy empfand. Prozesse wurden in das Werk integriert und es boten sich dadurch mehr Möglichkeiten. Interaktion als Demokratisierung der Kunst war dabei eine wichtige Komponente. Das Kunstwerk wurde zwar programmiert, konnte aber nicht in die Dramaturgie eingeordnet werden. Maschinentheater mit offenem Ausgang war schon eine treffgenauere Bezeichnung. Mit der PROZESSKUNST konnte man der »Wa(h)ren Kunst« etwas dynamisch entgegensetzen.

Was diese Prozesskunst leider nicht konnte: sich archivieren, denn Archivierung bedeutet Stillstand. Und bei jedem Stillstand fand der Prozess und somit das Werk ein jähes Ende. Vielleicht ist dies der Grund, warum so wenig Dokumente dieser Zeit erhalten sind. Prozesskunst ist auch mit dem Punk der 80er Jahre zu vergleichen, in dem es einzig um das spontane Handeln geht - NO ARCHITECTS.

### Die Gegenwart

Nun aber zur gegenwärtigen Situation und Position der Stadtwerkstatt mit einem neuen Kunstkontext, der durchaus noch in einer direkten Line mit der Prozesskunst der 80er Jahre steht.
Die Stadtwerkstatt hat sich inzwischen in verschiedene Bereiche aufgeteilt, Radio FRO und servus.at arbeiten in der Stadtwerkstatt. Weitere Bereiche sind das Cafe Strom, der Veranstaltungsbetrieb, ein weiterer Medienbereich, der die Versorgerin und andere Formate produziert, und der Kernbereich EPK (Entwicklung-Kunst-Produktion). Der Bereich EPK beschäftigt sich mit einer möglichen Kunst nach den neuen Medien und firmiert unter der Bezeichnung New Art Contexts. Hintergrund: Die neuen PULL-Medien sind inzwischen auch schon über 20 Jahre alt, sind aber zu wenig reflektiert worden. Die »NETZ-KUNST-Community« um Geert Lovink, Andreas Broeckmann, Jodi, internationale Stadt, Waag Society, V2, Transmediale, AEC etc waren erst ab den PULLMEDIEN aktiv und versuchten, diese neuen Medien zu reflektieren. Es ist aber schwer, einen Zeitabschnitt zu betrachten, in dem man sich selbst befindet. Es ist nun deutlich zu erkennen, dass uns PULLMEDIEN in immer größere Bedrängung bringen. Vor allem die Kunst und anders Denkende kommen durch die rationale Welt der Algorithmen in immer größeren Erklärungsnotstand.

Die Stadtwerkstatt will ein kreatives Biotop bleiben und muss sich daher mit Fragen der Gegenwart beschäftigten. Im Sinn der PROZESSKUNST wollen wir uns weiterentwickeln und Position in unserer Informationsgesellschaft beziehen. Eines von mehreren Kunstprojekten, bzw die Weiterentwicklung eines langfristiges STWST-Projektes rund um den Wert des Geldes im Bereich der Finanz- und Wirtschaftskrise, die eigentlich ein Problem unserer Informationsgesellschaft ist, möchte ich euch nun näherbringen.

### DAS GELD - DER GIBLING

2012 haben wir ein eigenes Geldsystem initiiert. Den Gibling der punkaustria.at. Gibling leitet sich aus Geben und Schilling ab (Leo Schatzl), ist aber komplett anders aufgebaut und bietet eigentlich mehr ab, als unser herkömmliches DOLLAR-EURO-System ist.

- Das Geld ist umlaufgesichert, jede Ausgabe ist zwei Jahre gültig und verliert dann jedes weitere Jahr an Wert. Nach sechs Jahren ist eine Ausgabe nichts mehr wert.
- Beim Kauf eines Giblings beträgt der Wert einen Euro.
- Jede Ausgabe besteht aus 1er-, 2er-, 5er- und 500er-Scheinen.
- Jedes Jahr gestaltet die Ausgabe eine andere KünstlerIn. KünstlerInnen seit 2012 waren: Vala Oona, Leo Schatzl, Deborah Sengl, Micheal Aschauer, Judith Fegerl und Julius Deutschbauer.
- Es gibt ca. 100 Partnerbetriebe, in denen man mit dem Gibling bezahlen kann.
- Es gibt drei Wechselstellen in Graz, Wien und Linz, in denen man Giblinge wechseln kann.
- Es sind immer ca 8000.- Giblinge im Umlauf, siehe *http://punkaustria.at*

### Maschinenwerte

Während der Vienna Art Week 2013 haben wir eine mobile Wechselstube im Wiener Museumsquartier betrieben. In der Wechselstube konnte man nicht nur Giblinge, sondern auch Bitcoins tauschen. In Kooperation mit der Bitcoin-Austria Group gab es neben den Giblingen von Leo Schatzl auch Bitcoins auf Paperwallets. Im Raum D des Museumsquartiers wurde eine Diskussionsveranstaltung mit dem Thema »Bitcoin versus Gibling« durchgeführt. Beide Systeme kamen aus dem Bereich der NutzerInnen und konnten somit als Communitywährungen bezeichnet werden. Der Bitcoin hatte damals schon einen Wert von 170 Euro und wurde während der Veranstaltung bereits als reines Spekulationsobjekt von der Community abgelehnt.

Wir setzten uns aber auch nach der Veranstaltung weiter mit der Wertegenerierung durch ein System auseinander. Und machten im Frühjahr 2014 **unsere Blockchain: »Den Givecoin«.**

Der Wert des Bitcoins ist kein Hype. Der Bitcoin und seine Währungsbrüder und -schwestern, ca 1000 Kryptowährungen, haben meiner Meinung nach das Potential, unser gesamtes Euro-Dollar-Geldsystem aus den Angeln zu hebeln. Unser DOLLAR-EURO-Geldsystem bezeichnet man als FIAT-Geld[1]. Ein Geldsystem, das über unnachvollziehbare Regierungsentscheidungen Papier zu Geld macht.
Also diesem FIAT-Geld stehen diese Kryptowährungen (Bitcoin & Co) mit ihrer Blockchain-Technologie gegenüber. Im Gegensatz zum FIAT-Geld wird in der Welt der Blockchain alles nachvollziehbar gespeichert, und über Algorithmen werden Werte über digitale Arbeit maschinell erzeugt (Proof of Work).

### Warum sind Blockchains so erfolgreich

Die Blockchains erzeugen wieder die langersehnten Werte. Durch die demokratische Bereitstellung von Information ist in unserer Gesellschaft davon viel zu viel verfügbar. Wir ersticken in Information. Dadurch ist es nur eine Ressourcenfrage, um unterschiedliche Wahrheiten von Sachlagen zu konstruieren. Zum Beispiel könnte man mit genügend Ressourcen (Kapital) so viel Information zusammentragen, um den Stephansdom nächstes Jahr abreissen zu lassen. Das verunsichert im Moment Politik und Wähler. Für jede Entscheidung der Politik müssen teure Gutachten vorgelegt werden und Lobbyisten verfolgen im Hintergrund dabei ihre Interessen. Die verunsicherten WählerInnen sehnen sich nach einer starken Führung. Bei der Blockchain ist es ähnlich wie bei einem Führer, sie hat keine Parameter, lässt keine individuellen Entscheidungen zu und Werte können mit stumpfer, einfacher maschineller Arbeit erzeugt werden. Die Situation gleicht einer Machtübernahme der Algorithmen.

AUSWIRKUNGEN: Die Clients einer Kryptowährung verwalten dezentral eine Datenbank, in der jede Transaktion festgehalten wird. Dadurch wird es unmöglich, die Kryptowährungen zu verbieten ohne das ganze Internet in Frage zu stellen. Hier stellt sich die Frage, welche weltweite Instanz es geben könnte, die eine Opensource-Software verbieten kann? Einzige Möglichkeit wäre, den Handel auf Kryptobörsen zu verbieten, wie es China getan hat, das würde die aktuelle Lage ein wenig entschärfen. Die private Nutzung (Peer to Peer) würde trotzdem bleiben. Das einzige Problem der Kryptowährung ist im Moment der Stromverbrauch. Das Erzeugen von Kryptowährungen verbraucht so viel Strom wie ein kleines Land benötigt. 2019 soll dieser Stromverbrauch der Kryptowährungen so hoch sein wie heute der USA, und 2020 so viel Strom verbraucht werden wie heute die ganze WELT verbraucht (Spiegel Online). Also - ein Crashkurs, der nicht zu stoppen ist.

**Warum macht das STWST-INFOLAB bei diesem Wahnsinn mit?**
Ich sehe es als notwendig, sich mit den Problemen der Gegenwart auseinanderzusetzen und dem etwas zu entgegnen. Und zwar mit realen Projekten, nicht in theoretischen Vermutungen. Der Karren steckt so weit im Dreck, dass man weit in den Dreck hineinsteigen muss, um ihn wieder herauszuholen…

**Das Projekt: Den Privat-Key unserer Kryptowährung auf den Gibling drucken! Er wird dadurch zusätzlich zum Paperwallet des Givecoins.**

NOCHMAL TECHNIK: Eine Blockchain baut ihre »Wahrheit« über die Aufzeichnung aller Transaktionen in einer dezentralen Datenbank auf. Die Endpunkte dieser Datenbank sind die Clients oder digitale Brieftaschen. Diese Brieftaschen besitzen eine oder mehrere Adressen, auf denen Werte (die sogenannten KryptoCoins) abgelegt werden können. Aus kryptographischer Erfordernis besitzt jede öffentliche Adresse auch einen so genannten »Privat Key« – über diesen Privat Key können Paperwallets erzeugt werden. Auf einem Paperwallet kann man auch ohne Computer die KryptoCoins aufbewahren. Auf einem Paperwallet ist der Privat Key und die öffentliche Adresse aufgedruckt. In der digitalen Welt wird grundsätzlich niemandem vertraut. Man darf den privaten Schlüssel NIE öffentlich machen, es würde sofort zu einem Diebstahl des Coins führen. Ein Paperwallet, auf dem ein Privat-Key ausgedruckt ist, wird deshalb immer gefaltet, damit der private Schlüssel nicht zu sehen ist.

**Die Givecoins haben KEINEN Wert in Giblingen oder Euros**, sie dienen nur dazu, den Gibling um die Perspektive der Blockchain zu erweitern. Wir drucken auf jeden Gibling einen Privat Key, auf dem so viele Givecoins gespeichert sind wie die Giblinge wert sind.
**Noch einmal:** Der Givecoin hat nichts mit dem Gibling zu tun, außer dass Du, wenn Du zB einen 2er-Gibling kaufst, automatisch zwei Givecoins in Form eines Paperwallets geschenkt bekommst.
Der Gibling wird durch den Privat-Key nicht rückverfolgbar. Die Givecoins des Giblings kann man nur über ein Givecoin-Wallet in die Blockchain der STWST einfügen und/oder mit dem Blockexplorer kontrollieren. Mehr kann im Moment damit nicht gemacht werden.
Es bleibt alles wie bisher: Wenn man Euros gegen Giblinge tauscht, kann man mit diesen nach wie vor bei allen Partnerbetrieben normal bezahlen und bekommt nach wie vor an speziellen Orten bis zu 20 Prozent Rabatt beim Kauf von Giblingen. Dadurch werden alle Waren billiger. Diese Rabatte sind möglich, da unsere BenutzerInnen den Gibling gerne sammeln. Diese Sammeltätigkeit der NutzerInnen zeigt den Wert des Giblings als Währungskunst. Mit jedem Gibling bekommt man ab März 2018 auch Givecoins mitgeschenkt, die im Moment zwar keinen Wert haben, die aber für zukünftige Projekte im »Internet of Things« ausgestattet sein werden.

---

[1] Netzrecherche
*https://newcontext.stwst.at/projects/infolab/projekte/givecoin_download*

---

*Franz Xaver ist Mitarbeiter der Stadtwerkstatt.*

**MEHR ZU DEN NEW ART CONTEXTS NACH DEN NEUEN MEDIEN**
Das angesprochene **Infolab**, **Quasikunst** als erweiterter systemisch-performativer Zusammenhang und alle laufenden **New Art Context Projekte** der STWST unter: *https://newcontext.stwst.at/projects*

**MEHR PROZESSKUNST UND FRISCHE NEW CONTEXTS**
**Achtung, Announcement! – Save the Date NOW: STWST48x4 im September.** Dort ist geplant, unter anderem neue Projekte aus STWST-EPK auf PREVIOUS LAYER früherer STWST-Projekte zu untersuchen.

**WEITERS KONTINUIERLICH 2018 – DIE STWST PROSECCO CITY OF MEDIA ARTS**
Die Frage: Ist Prosecco trinken schon Medienkunst? Der seriöse Kern: Das Weitertreiben von Kunst nach den neuen Medien, von Prozesskunst und New Contexts, sowie der Blick auf die historische Bedeutung der Stadtwerkstatt-Medienkunst. Im Rahmen der 2018 kontinuierlich mitlaufenden Prosecco City-of-Media-Arts-Kampagne werden auch ehemalige ProtagonistInnen der STWST angefragt, ihr favorisiertes Bildsujet aus den früheren Tagen der Medien- bzw Prozesskunst auszuwählen. Das Sujet unten hat zum Auftakt die STWST aus dem Archiv-Hut gezaubert.

Mehr: *https://newcontext.stwst.at/projects/prosecco_city_of_media_arts*




»Frühstück in der Kurve«, 1985 – Rainer Zendron lud zum Kaffee.






Impressum versorgerin Nr. 0117 / MÄRZ 2018 . herausgeberin: »stadtwerkstatt«, kirchengasse 4, A-4040 linz . tel: 0732-731209 . fax: 0732-711846 . e-mail: versorgerin@servus.at . web: versorgerin.stwst.at . redaktion: astrid benzer, tanja brandmayr, claus harringer, kurt holzinger, franz xaver . cover: botpoesie.org . layout: astrid benzer, astrid.benzer@liwest.at . basislayout/entwurf: us(c)hi reiter . anzeigen: kurt.holzinger@servus.at . auflage: 8.000 stück . druck: landesverlag wels . blattlinie: die versorgerin berichtet über die aktivitäten der stadtwerkstatt und bringt beiträge zur transformation von kultur und politik. **RETOUREN AN: STADTWERKSTATT, KIRCHENGASSE 4, 4040 LINZ**